Donnerstag, den 1. Juli 1943

bis

Sonntag, den 4. Juli 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

/6

Montag, den 5.Juli 1943

7.52 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia .

Anschliessend Fahrt nach Kressendorf.

10.00 Eintreffen des Reichsstatthalters Gauleiters Forster.

13.20 Mittagessen in Haus Kressendorf.

15.10 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Krakau.

Dortselbst Besuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

20.15 Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Türkenzelt unter Leitung des Kapellmeisters Rudolf Erb.

Zur Aufführung gelangen:

Ouverture zu Figaros Hochzeit v.Mozart
Oxford-Symphonie von Haydn
je ein Satz aus der zweiten und siebten Sinfonie von Ludwig van Beethoven.

21.20 Abendessen im Kaminsaal der Burg.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

IV/6

Krakau

Dienstag, den 6. Juli 1943

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{25} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur einen Erlass +) des Staatssekretärs Dr. Bühler betreffend die Einführung der Zusatzversicherung im Generalgouvernement vor. Nach diesem Erlass ist die Emissionsbank als Stockbank dafür zu benennen.

12^{00} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge.

Präsident Dr. Teitge erbittet eine Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs darüber welche Abteilung in der Frage der Seuchenbekämpfung zuständig sein soll.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, dass diese Frage demnächst einer Besprechung unterzogen werden soll, an der teilnehmen sollen: der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Gouverneur Dr. Losacker, Präsident Dr. Teitge mit Referenten, der Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge und gegebenenfalls Vertreter anderer interessierter Stellen.

Professor Dr. Teitge weist weiter darauf hin, dass die Übertragung des gesamten zivilen

+) vgl. Schreiben des Bankdirigenten Dr. Paersch vom 6.7.1943 - GG K 3333 -

Krankentransportwesens auf das Rote Kreuz im Generalgouvernement noch nicht habe durchgeführt werden können, da sich Präsident Dr. Losacker einer Regelung in dieser Frage widersetze, der sie nicht als kriegswichtig ansehe. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass auch diese Frage bei der Besprechung behandelt werden soll. - Die Frage des Weiterbestehens des Polnischen Roten Kreuzes soll in dieser Besprechung ebenfalls erörtert werden.

Professor Dr. Teitge teilt sodann dem Herrn Generalgouverneur mit, dass in der laufenden Woche eine Ärztetagung in Krakau stattfindet, und bittet den Herrn Generalgouverneur, aus diesem Anlass die Ärzte zu empfangen und vor ihnen zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, am Freitag, den 9. Juli mittag 12 Uhr die Ärzte auf der Burg zu empfangen.

Ferner berichtet Professor Dr. Teitge, dass er nach Übereinkommen mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Struwe die einheitliche Regelung des Ärzteeinsatzes im Generalgouvernement übernommen habe.

17^{00} T e e mit Gauleiter Forster.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Forster nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 7.Juli 1943

9.40 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9.45 Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10.00 Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl legt dem Herrn Generalgouverneur das Programm der für den Parteitag des Arbeitsbereichs Generalgouvernement in Aussicht genommenen Veranstaltungen vor. - Der Herr Generalgouverneur stimmt den von Hauptabschnittsleiter Stahl gemachten Vorschlägen zu.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über seine Reise nach Prag und teilt mit, dass Staatssekretär Frank demnächst zum Besuch nach Krakau kommen will.

Ferner berichtet Hauptabschnittsleiter Stahl über seine Teilnahme an der Beerdigung des Oberdienstleiters Schmidt-Holland.

11.00 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, dass Reichskabinettsrat Killy mit den Mitgliedern des Killy-Ausschusses demnächst ins Generalgouvernement kommen werde.

7.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erteilt Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker nähere Weisungen für die Verhandlungen mit dem Killy-Ausschuss.

Auf Vortrag des Staatssekretärs Dr. Boepple beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung für Donnerstag, den 8. Juli mit Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Losacker und Ministerialrat Dr. Weh an, in der die Fragen des Judeneigentums, der Umsiedlung und andere Probleme behandelt werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird die Frage erörtert, in welcher Form die Karpathenölgesellschaft weiter bestehen soll. In diesem Zusammenhang wendet sich der Herr Generalgouverneur mit Entschiedenheit dagegen, dass die Erdölbetriebe des Generalgouvernements etwa einer privatkapitalistischen anonymen Gesellschaft zur Ausbeutung überantwortet werden sollen. Es könne höchstens die Schaffung einer Betriebsgesellschaft in Frage kommen.

12^{00} Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Krämer.

Der Herr Generalgouverneur spricht Stadthauptmann Dr. Krämer zunächst seine Anerkennung für den schleunigen Ausbau der Strasse an der Burg aus.

Stadthauptmann Dr. Krämer berichtet sodann über seine Arbeit im Bereiche der Stadtverwaltung und kann mitteilen, dass es ihm nach anfänglichen Schwierigkeiten gelungen

7.7.1943

sei, alle etwa bestehenden Differenzen mit anderen Dienststellen zu beseitigen.

Im Hinblick auf die am 1.September 1943 eintretende Neuregelung der Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung ordnet der Herr Generalgouverneur an, dass noch im Monat Juli eine Besprechung der Ernährungssituation der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement stattfinden soll.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem Wunsche Ausdruck, dass mehr als bisher das Kulturleben der Stadt Krakau in den Vordergrund gerückt werden müsse. Die Stadt Krakau müsse als solche als Zentrum des Kulturlebens in Theater, Musik usw. in Erscheinung treten. Vielleicht werde es auch möglich sein, das alte Theater der Stadt Krakau wieder seinem ursprünglichen Zweck zuzuführen und dort für Deutsche, gegebenenfalls auch für Polen Vorführungen zu veranstalten. Diesem Theater müsste dann der Charakter einer Volksbühne gegeben werden.

Weiter will der Herr Generalgouverneur in Krakau mittelalterliche Musik aus der Zeit vor Bach besonders gepflegt wissen und weist Stadthauptmann Dr. Krämer an, sich in dieser Frage mit Professor Walter Bader, dem Musikreferenten in der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht, in Verbindung zu setzen.

Stadthauptmann Dr. Krämer nimmt dann zu dem von Gouverneur Dr. Wendler und ihm herausgegebenen Erlass über die zur Verfügungstellung von Wohnraum Stellung und weist in diesem Zu-

sammenhang auf den zur Zeit bestehenden grossen Wohnraummangel hin, der sich für die Reichsdeutschen äusserst fühlbar mache. Gegen die in Aussicht genommene Regelung könnten irgendwelche Bedenken nicht geltend gemacht werden. Er hoffe, dass auf diesem Wege bis zum Beginn des Winters 4000 Zimmer freigemacht werden können. Darüber hinaus werde die Stadtverwaltung bemüht sein, Personen, die sich unbefugt im Generalgouvernement bezw. in Krakau aufhielten, durch Entzug der Lebensmittelkarten den Aufenthalt unmöglich zu machen. Hier werde in Zukunft eine ganz scharfe Kontrolle durchgeführt werden.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Ministerialrats Radtke und des Oberregierungsrats Dr. Walter den Oberzollrat Tachmina und überreicht ihm aus Anlass seines 50jährigen Dienstjubiläums mit Worten der Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

12^{30} Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur den Schriftleiter Dr. Tobias als Nachfolger des Schriftleiters Hirche von der Krakauer Zeitung vor.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch und des Referenten für Truppenbetreuung in der Hauptabteilung Propaganda Pyttlik den SS-Sturmbannführer Gadischke.

Sturmbannführer Gadischke verliest ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Dankschreiben des Kommandeurs der SS-Kavallerie-Division, General-

majors der Waffen-SS Fegelein, das folgenden Wortlaut hat:

Hochverehrter Herr Generalgouverneur!

Für die Zuteilung von Betreuungsmitteln über Ihr Amt Propaganda für die SS-Kavallerie-Division bitte ich, mich gehorsamst im Namen aller Führer, Unterführer und Männer bedanken zu dürfen.

SS-Sturmbannführer Gadischke hat den Auftrag, Ihnen , sehr verehrter Herr Generalgouverneur, den Dank unserer Soldaten persönlich zu übermitteln.

Die SS-Kavallerie, deren Heimatgebiet ja das Generalgouvernement ist und die hoffentlich nach dem Kriege ihre Garnisonen dort beziehen wird, erkennt in solchem Gedenken die Verbundenheit zwischen ihrer Heimat und der Truppe ganz besonders an.

Die Division ist im Augenblick in einem- durch das Sumpfgelände mit viel Urwald und Sand bedingten - ziemlich schwierigen Einsatz. Die Verluste sind erträglich, und wir haben denselben Schwung und denselben Geist wie zu Beginn dieses Krieges.

Ich darf Ihnen, sehr verehrter Herr Generalgouverneur, noch einmal versichern, dass wir uns ganz besonders darüber freuen, dass Sie uns nicht vergessen haben!

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf die Verlesung dieses Schreibens mit folgenden Worten: Herr Sturmbannführer! Ich danke Ihnen vielmals für die liebenswürdige Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalmajors Fegelein. Ich darf Sie bitten, Herrn Generalmajor Fegelein und allen Männern der SS-Kavallerie-Division meine und aller Deutschen des Generalgouvernements herzlichste Grüsse zu über-

7.7.1943

bringen und ihnen zu sagen, dass wir auch in Zukunft auf die Männer der SS-Kavallerie, deren Heimatgebiet ja das Generalgouvernement ist, stolz sein werden. Wir alle hoffen, dass wir nach siegreich beendetem Kriege die Männer der SS-Kavallerie-Division in ihre Friedensgarnision hier einziehen sehen. Was weiterhin noch geschehen kann, um die Verbundenheit zwischen uns und unserer SS-Kavallerie-Division zum Ausdruck zu bringen, wird geschen; dessen können sie gewiss sein. Ich selber werde mit Präsident Ohlenbusch gemeinsam immer bemüht sein, nach wie vor gute Kameradschaft mit den Männern der SS-Kavallerie-Division zu halten.

13⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Ministerialdirigenten Dr. Emmerich den aus seinem Amt scheidenden bisherigen Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Warschau Generaldirektor Schlosser und spricht ihm seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

13²⁰ M i t t a g e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Donnerstag, den 8.7.1943

Krakau

11^{00} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler - Lublin.

11^{35} Besprechung mit k.Gouverneur und Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr.Weh.

11^{45} Besprechung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Ministerialrat Dr.Weh und Regierungsdirektor Rosendahl .

Gegenstand der Besprechung ist zunächst der von Ministerialrat Dr.Weh eingebrachte Entwurf einer vom Staatssekretär der Regierung und vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gemeinsam zu unterzeichnenden

Verwaltungsanordnung über die Distrikts-, Kreis- und Ortspolizeibehörden im Generalgouvernement.

Nach einer von allen gewünschten Abänderung, derzufolge im Text anstatt " im Einvernehmen" die Worte "nach vorheriger Kenntnisnahme des Staatsekretärs der Regierung" zu setzen sind, erteilt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Weh die Ermächtigung für den abwesenden Staatssekretär Dr. Bühler die Unterschrift zu geben.

Die Entwürfe einer

Vierten Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 8.Mai 1940 über die Berufung der Amtsträger und die Dienstanweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement und

8.7.1943

Verwaltungsanordnung Nr. 6 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 1.12.1940 (Änderung der Gliederung der Behörden der Kreishauptleute)

finden die Billigung des Herrn Generalgouverneurs und werden vom Staatssekretär der Regierung und vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gemeinsam unterzeichnet werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Krüger, die Frage des Judeneigentums und des organisatorischen Aufbaus der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums mit Reichsführer SS Himmler zu besprechen, damit anschliessend eine Besprechung mit den Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements zwecks Erlangung einer einheitlichen Behandlung dieser Fragen stattfinden könne.

Staatssekretär Krüger berichtet sodann über den polizeilichen Grosseinsatz im Distrikt Lublin. Die Aktion werde in einigen Tagen abgeschlossen sein, und man hoffe, dass dann im Distrikt Lublin die Erfassung der Ernte und die davon abhängige Ernährungssicherheit gewährleistet sei. Der grosse Biljorajer Wald sei durchgekämmt und die Randgebiete evakuiert worden.

Reichsführer SS Himmler habe ihm für die drei oberen Distrikte Warschau, Radom und Lublin je ein Polizeiregiment zur Verstärkung der dortigen Kräfte zugesagt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt bei dieser Gelegenheit, dass er auch für dieses Jahr einen Ernteausnahmezustand schaffen werde.

Staatssekretär Krüger berichtet zum Schluss, dass es der Polizei gelungen sei, des Leiters der

8.7.1943

polnischen Widerstandsbewegung, eines früheren polnischen Generals in Warschau habhaft zu werden. Die Folge davon sei, dass die Tätigkeit der Widerstandsbewegung zur Zeit in einem ausgesprochenen Lähmungszustand sich befinde. Viel trage dazu auch der Tod Generals Sikorskis bei.

11^{55} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

13^{00} F r ü h s t ü c k

16^{30} Teeempfang für Präsident Emmerich und 6 Leiter der Abteilungen Wirtschaft der Distrikte. Anwesend sind noch Staatssekretär Dr. Boepple und Schriftleiter Krafft.

18^{45} Besprechung mit den Architekten von Palezieux und Korinthenberg über den Kanzleineubau auf der Burg.

20^{30} Kinovorführung: "Das andere Ich" und die Wochenschau des Generalgouvernements.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg in Krakau)

Krakau

Freitag, den 9.Juli 1943

8^30 Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^20 Besprechung mit Regierungsrat Dr. Götz, Referent im Statistischen Amt, in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Regierungsrat Dr. Götz legt dem Herrn Generalgouverneur die neuesten Ergebnisse der Volkszählung vor. Er bemerkt dazu, dass in den erfassten Zahlen auch die Militärpersonen enthalten seien. Es frage sich, ob sich die statistische Erfassung der Einwohnerzahl des Generalgouvernements auch für eine weitere amtliche Behandlung der Ergebnisse der Volkszählung auf diese Militärpersonen ausdehnen soll. Es handle sich insgesamt um etwa 60 000 Soldaten, die seinerzeit angesichts der Tatsache, dass sie über 2 Monate im Generalgouvernement anwesend gewesen seien, als bodenständig bezeichnet worden seien. Die Leitung des Statistischen Amtes würde es unter Umständen als politisch zweckmässig ansehen, auch die Zahl der im Generalgouvernement anwesenden Militärpersonen für eine amtliche Statistik mit zu erfassen. Rechne man die Militärpersonen nicht mit, dann würde sich für die deutsche Bevölkerung eine Zahl von etwa 240 000 Menschen insgesamt ergeben. - Weiter wirft Regierungsrat Dr. Götz die Frage auf, ob die Zahlen gemeindeweise veröffentlicht werden sollen.

Regierungsrat Dr. Götz überreicht hierauf dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar der auf Grund der Volkszählung aufgestellten Statistik.

9.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung dahin Ausdruck, dass man mit Veröffentlichungen des Ergebnisses der Volkszählung vom 10. Mai 1943 vorläufig zurückhaltend sein müsse. Er werde jedoch das ihm zur Verfügung gestellte Exemplar unverzüglich als geheime Reichssache dem Chef der Reichskanzlei Reichsminister Dr. Lammers übersenden. Er lege vor allem Wert darauf, dass die Bekanntgabe der Statistischen Erhebungen aufgrund der Volkszählung erst zu einem Zeitpunkt erfolge, in welchem eine solche Veröffentlichung nicht den Bedenken gewisser politischer Gefahren unterliege.

Ein in Vorbereitung befindliches Gemeindeverzeichnis soll nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs gewissermassen als Beitrag des Statistischen Amtes zum vierjährigen Gründungstag des Generalgouvernements der Öffentlichkeit übergeben werden. Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur an, dass fortan die Distrikte in der Reihenfolge des deutschen Alphabets bezeichnet werden sollen.

Regierungsrat Dr. Götz überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Ausarbeitung über die vorläufigen Ergebnisse der Bodennutzung und der Anbauerhebungen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 181 Gemeinden ihre Gemeindehäuser mit den diesbezüglichen Akten bei Bandenüberfällen verloren hätten.

Auf eine Frage des Regierungsrats Dr. Götz erwidert der Herr Generalgouverneur, dass gemäss einer Weisung des Führers Zahlen aus dem General-

9.7.1943

nur

gouvernement durch Behörden des Generalgouvernements veröffentlicht werden dürften, und dass eine Zuständigkeit des Statistischen Reichsamts in dieser Beziehung nicht bestehe. Mit etwaigen Anfragen habe sich das Statistische Reichsamt lediglich an ihn, den Generalgouverneur, zu wenden. Nur der Führer habe zu bestimmen, welchen Dienststellen von Staat, Partei und Wehrmacht im Reich die Zahlen zur Verfügung gestellt werden sollten.

10^{45} - Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

10^{50} Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Gerteis berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Besprechungen, die er mit massgebenden Persönlichkeiten des Reichsverkehrsministerium über die Neuorganisation der Ostbahn gehabt hat. Der Organisationsleiter habe seine Bereitwilligkeit erklärt, eine Befriedungsaktion durchzuführen. Man sei über die Stellung der Ostbahndirektionspräsidenten in Verhandlungen eingetreten, und auf der Grundlage von Entwürfen, die ihm innerdienstlich zugeleitet worden seien, hätten sich Verhandlungsmöglichkeiten ergeben. Man sei übereingekommen, für die Zuständigkeit der Generaldirektion der Ostbahn gewisse Festlegungen zu treffen. Die bei den Verhandlungen gefundene Grundlage sei wenigstens einigermassen befriedigend. Festgelegt sei unter anderem worden, dass die Vertretung der Ostbahn gegenüber allen zentralen Stellen des Reiches allein bei der Generaldirektion der Ostbahn liege. Er, Präsident Gerteis, habe sich die gesamten Verhandlungen mit ausländischen Staaten über den Grenzverkehr vorbehalten. Gegen

9.7.1943

die Absicht, die finanzielle Selbständigkeit der Ostbahn insofern einzuschränken, alls sich das Reichsverkehrsministerium vorbehalten hätte, die Zuteilung der Mittel an die Direktionen unmittelbar durchzuführen, habe er Widerspruch eingelegt. Die volle finanzielle Selbständigkeit des Generalgouvernements in Fragen der Ostbahn sei dann auch wieder hergestellt worden. Im übrigen sei er als Beauftragter des Generalgouverneurs voll berechtigt, über die finanziellen Mittel zu verfügen. Ferner verbleibe der Kraftwagenverkehr im Generalgouvernement als selbständige Einrichtung bei der Generaldirektion. - Längere Debatten hätten über die Verkehrslenkung stattgefunden. Auch hier sei es ihm gelungen, seinen Standpunkt durchzusetzen, wobei er habe feststellen müssen, dass die Konstruktion der Regierung des Generalgouvernements an manchen Berliner Zentralstellen offenbar noch völlig unbekannt sei. Was Grossplanungen oder etwa die Frage der Industrieveralgerung angehe, so lägen alle Rechts - und Hoheitsentscheidungen nach wie vor in Krakau, ebenso die Bearbeitung der allgemeinen Personalangelegenheiten der Reichsdeutschen, der Volksdeutschen und der Nichtdeutschen. In allen diesen Fragen habe er ein Weisungsrecht gegenüber den Direktionen erkämpft.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Gerteis seinen Dank und seine Anerkennung dafür aus, dass er die Interessen der Ostbahn bezw. des Generalgouvernements in dieser vorbildlichen Weise vertreten habe. Er habe seinerzeit dem Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller gegenüber mit aller Entschiedenheit den gleichen Standpunkt vertreten. Es sei ihm damals gelungen, trotz der krisenhaften Zustände des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ostbahn, sich den Organisations-

plänen, die Staatssekretär Dr. Ganzenmüller gehabt habe, entgegen zu stellen. Im übrigen sei er, wenn die andere Seite sich entgegenkommend zeige, ebenfalls grundsätzlich zu jedem Entgegenkommen bereit, müsse allerdings bei allen solchen Verhandlungen stets die Gegenseitigkeit verlangen. Er sei jedoch der Auffassung, dass die Möglichkeit eines Ausgleichs sehr wohl bestehe.

Anschliessend gibt Präsident Gerteis dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Gestaltung der Einnahmen bei der Ostbahn. Danach sei die Bilanz sehr gut, man habe Rückstellungen für Kriegsschädenvergütung vornehmen und zum ersten Mal auch die gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsreserve mit 45 Millionen Zloty dotieren können. Das Jahr 1943 lasse sich ebenfalls gut an, und man werde voraussichtlich auf eine Einnahme von 2 Milliarden kommen und so in diesem Jahre einen echten Überschuss haben. Mit einer wesentlichen Erhöhung der Verkehrssteuer werde die Ostbahn einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Finanzverwaltung des Generalgouvernements leisten können.

11[20] Amtseinführung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD SS-Oberführers Bierkamp in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Dr. Losacker und des Ministerialrats Dr. Weh.

Vorbehaltlich der Überreichung der Bestallungsurkunde gibt der Herr Generalgouverneur die Erklärung ab, dass SS-Oberführer Bierkamp in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Sicherheitspolizei gleichzeitig zum Mitglied der Regierung des Generalgouvernements ernannt werde.

Der Herr Generalgouverneur umreisst dann die

9.7.1943

Aufgaben, die dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement gestellt sind. Er als Generalgouverneur lege vor allem den grössten Wert darauf, dass sich der oberste Chef der Sicherheitspolizei als Organ des Deutschen Reiches und des Generalgouvernements fühle. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob sich der SD in einer sonderpolitischen Führungstätigkeit unabhängig oder völlig ausserhalb des Entwicklungslebens des Generalgouvernements bewege. Er könne als Generalgouverneur auf die Dauer die Verantwortung nur tragen, wenn seine Autorität gerade von dem Chef der Geheimen Staatspolizei getragen würde. Wenn SS-Oberführer Bierkamp in die Regierung des Generalgouvernements aufgenommen werde, so um deswillen, damit vor allem der Kontakt zwischen den Dienststellen der Sicherheitspolizei und den Organen der Regierung aufrecht erhalten bleibe. Er kenne die Aufgaben der Sicherheitspolizei und sei sich dessen bewusst, dass sie nicht justizmässig gebunden sein können. Andererseits könne man im Generalgouvernement zur Zeit keine andere Politik treiben als diejenige, die darauf gerichtet sei, die Kraft des Volkes im Dienste des Sieges nutzbar zu machen. Alles, was dazu diene, die Ruhe der fremdvölkischen Bevölkerung im Dienste des Reiches arbeitsmässig aufrecht zu erhalten, sei von Nutzen, alles, was die Ruhe durch gewaltsame Eingriffe störe, sei schädlich. Die Partisanen wüssten zwar genau, was sie wollten, aber interessant sei die Feststellung, dass es ihnen doch nicht geglückt sei, mit ihrer Tätigkeit in Gestalt von Zersetzung und Sabotage eine grössere Unruhe hervorzurufen. Das zeige zum Beispiel die Tatsache, dass nach

9.7.1943

wie vor etwa 140 000 fremdvölkische Arbeiter und Angestellte im Dienste der Ostbahn ständen. Wenn diese Massen in Unruhe kämen oder gar zum Streik griffen, so hätte das deutsche Volk den grössten Schaden davon. Ihm komme es weder auf Polenfreundschaft noch Polenfeindschaft an, sondern nur darauf, die polnische Arbeitskraft im Dienste des deutschen Volkes auszuwerten. Er könne es nicht ändern, dass im Generalgouvernement 12 Millionen Polen lebten, die man unmöglich sämtlich ausrotten könne. Die fremdvölkische Bevölkerung müsse deshalb auch einigermassen zureichend ernährt werden. Er habe über alle diese Dinge auch mit SS-Oberführer Kaltenbrunner gesprochen, und auch ihm gegenüber dargelegt, dass vor allem für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Arbeitskraft der Bevölkerung gesorgt werden müsse.

Eingriffe der Geheimen Staatspolizei in Gestalt der Verhaftung von Funktionären polnischer oder ukrainischer Volkszugehörigkeit dürften im Einzelfall nur bei kriminellen Dingen möglich sein, und das massenweise Wegholen von Polen, die im Dienste von Behörden ständen, wünsche er in Zukunft grundsätzlich vermieden zu sehen. Er müsse deshalb die Forderung erheben, dass ihm über die Ergebnisse der Arbeit der Sicherheitspolizei Bericht erstattet werde; denn er brauche eine Berichterstattung, die ihn entsprechend ins Bilde setze. Er habe gestern dem Staatssekretär Krüger mitgeteilt, dass er an seine Loyalität glauben wolle, wenn dieser Schluss aus seinem künftigen Verhalten gezogen werden könne. Staatssekretär Krüger habe ihm versprochen, in diesem Sinne treu und loyal die Arbeit weiterführen zu wollen. Er sehe es als entscheidend an, dass das vertrauenvollste Zusammenarbeiten zwischen den

9.7.1943

Behörden der Regierung und der Polizei bestehe. Er habe dem Reichsführer SS gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass er im Generalgouvernement einen einheitlichen Staat sehe, der als solcher ein Instrument für das Reich sei und dass er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen Angriffe auf diese Einheitlichkeit zur Wehr setzen werde, weil sonst die Möglichkeit der Tragung einer einheitlichen Verantwortung nicht mehr bestehe. . Daher sei auch im Sicherheitserlass des Führers über die Einführung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen angeordnet, dass Befehle, die für das polizeiliche Geschehen im Lande vom Reichsführer SS gegeben würden, im Generalgouvernement nur im Einverständnis mit dem Generalgouverneur vollzogen werden dürfen.

SS-Oberführer Bierkamp erklärt, er habe von der Berliner Zentrale den ausdrücklichen Befehl erhalten, mit dem Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements aufs engste zusammen zu arbeiten, und werde dem Befehl Folge leisten. Ebenso habe er den Befehl erhalten, vertrauensvoll mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen zusammenzuarbeiten, da die Berliner Zentrale auf dem Standpunkt stehe, dass eine enge Zusammenarbeit aller politischen Stellen im Reich wie im Generalgouvernement unbedingt erforderlich sei. In diesem Sinne werde er seine Aufgabe auffassen und durchführen.

9.7.1943

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Herren Kenntnis von dem Inhalt der Besprechung, die er mit Präsident Gerteis gehabt hat.

Weiter berichtet der Herr Generalgouverneur von dem Ergebnis der Volkszählung auf Grund der Ausarbeitung des Statistischen Amtes. Danach hat das Generalgouvernement zur Zeit 14,8 Millionen Einwohner, davon Reichsdeutsche und Volksdeutsche einschliesslich 60 000 Mann Militär und Polizei 306 000, Polen 10,2 Millionen, Ukrainer 3,9 Millionen, Juden 203 000. Der Prozentsatz der Deutschen betrage 2 %, der Polen 69%, der Ukrainer 26%, der Juden 1,4%. Der Distrikt Krakau zähle eine Bevölkerung von 3,4 Millionen, der Distrikt Lublin von 2,1 Millionen, der Distrikt Radom von 2,3 Millionen, der Distrikt Warschau von 2,6 Millionen, der Distrikt Galizien von 4,2 Millionen. Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, dass in einer ganzen Reihe von Gemeinden als Folge von Bandenüberfällen statistisches Material und sonstige Unterlagen zum Beispiel über Bodennutzung, Anbaufläche, Viehzählung usw. vernichtet worden seien.

9.7.1943

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement

2) einer Verordnung zur Änderung der Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

11⁵⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

9.7.1943

12.15 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Dr. Losacker und des Pressechefs Gassner den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge und 50 Ärzte des Distrikts Krakau sowie eine Anzahl Ärzte der Wehrmacht, die zur Zeit als Anlass einer ärztlichen Tagung in Krakau anwesend sind.

Der Empfang findet im Königssaal der Burg zu Krakau statt.

Präsident Professor Dr. Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur für das grosse Wohlwollen, das er stets dem Gesundheitswesen gewidmet habe. Es sei bekannt, dass das Gesundheitswesen gerade im Generalgouvernement besondere Aufgaben zu lösen habe. Das hänge vor allem mit den unhygienischen Bedingungen des Generalgouvernements zusammen, die unvergleichlich viel schlechter seien, als im westlichen Europa. Im Generalgouvernement herrschten viele Seuchen, die man in Deutschland nicht oder kaum kenne, die aber gerade für die Deutschen besonders gefährlich seien. Der Gesundheitsführung im Generalgouvernement sei es gelungen, das Fleckfieber soweit einzudämmen, dass es für die Deutschen seine grössten Gefahren verloren habe. Aber es gäbe daneben andere Seuchen, wie Typhus und Ruhr, die weitere Gefahren für die Deutschen mit sich brächten. Er danke dem Herrn Generalgouverneur besonders dafür, dass er in Erkenntnis dieser Tatsachen die Abteilung Gesundheitswesen zur Hauptabteilung erhoben habe.

9.7.1943

Er gebe das Versprechen ab, dass die Ärzte des Generalgouvernements in stetem Gehorsam zu dem Generalgouverneur als dem berufenen Vertreter des Führers zu arbeiten gewillt seien, bereit, sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einzusetzen, dass der Raum des Generalgouvernements hygienisch einwandfrei werde.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender AnSprache:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident Dr.Teitge, und allen Angehörigen des Gesundheitswesens des Generalgouvernements für ihren Besuch auf der Burg. Es ist mir eine grosse Freude, dass Sie nunmehr auch in diesem alten Krönungssaal der Krakauer Burg sich eingefunden haben, um von mir den Dank für die wirklich grossartige, vorbildliche und, wie ich auch sagen kann, medizinalgeschichtliche einmalige Leistung zu empfangen, die die deutschen Ärzte in diesem Raum in den vergangenen Jahren vollführt haben.

Als ich im Jahre 1939 kurz nach der Beendigung des Feldzuges die Führung dieses Gebietes übernahm, sah es vor allem auf dem Gebiet, das Ihnen anvertraut ist, auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, geradezu katastrophal aus. Nicht das, was bereits da war, war furchterregend, sondern schlimmer war das, was von hier drohte. Alle für die europäische Auffassung von medzinal-politischer Betreuung eines Volkes gegebenen Voraussetzungen fehlten vollkommen; überall gab es die völligste Verwahrlosung. Es fehlte an jeder wirklich durchorganisierten, durch das ganze Land weithin verzweigten Ordnung der Lebensbedingungen und der Beachtung sanitärer Vorschriften. Die paar sensa-

tionell aufgebauschten Krankenhäuser, die hier isoliert aufragten, deuteten wohl an, dass eine medizinal-politische Änderung auf diesem Gebiete im Laufe der allenfallsigen Weiterentwicklung der polnischen Republick erstanden war, aber das fiel völlig aus dem Rahmen und war gerade wegen der Isoliertheit dieser seltenen Krankenhäuser ein besonderer Merkpunkt, an dem man erkennen konnte, wie es sonst im Lande aussah. Ich erinnere nur daran, welche Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelüberwachung, der Trinkwasserversorgung, der Wohnungsverhältnisse usw. bestanden. Das waren geradezu Seuchenherde ganz furchtbarer Art.

Dazu kam, dass 3,5 Millionen Juden im Lande herumgeisterten, dass das Gros der Bevölkerung unter hygienischen Bedingungen lebte, die geradezu grauenerregend waren. ⌐ Aber neben diesen Zuständen, die wir vorfanden, ergab sich eine ganze düstere Wolke von Gefahren, die drohte. Die Seuchen des Ostens sollten wieder ihren Einzug halten wie immer, wenn Europa einmal das Osttor aufgeschlagen hatte. Dann kam nicht nur der Segen und die Erweiterung des Lebensbereiches mit den glückstrahlenden Früchten des Sieges, sondern es kam damit auch der toddrohende Schaden des Ostens in Gestalt der Seuchen.

Ein ganz grosses Ruhmesblatt der deutschen Ärzte ist es daher, dass sie mit diesen Gefahren radikal fertig geworden sind. Es erfüllt mich geradezu Ergriffenheit vor der Leistung des deutschen Arztes in diesem Raum. Wenn ich an die Gefahren denke, die sich aus dem Fleckfieber für das ganze deutsche Volk ergeben, und wenn ich feststellen kann, dass es Ihnen gelungen ist, diese Gefahr zu bannen, dann ist das ein stolzes Zeichen für die Leistungskraft des deutschen Ärztetums. ⌟

9.7.1943

Ich muss sagen, dass ich glücklich bin, Sie heute begrüssen zu können. Das Generalgouvernement, als ganz merkwürdiges und eigenartiges Staatsgebilde im Sinne eines Nebenlandes des Deutschen Reiches aufgerichtet, hat diesem nun auch staatskonstruktiv Ausdruck verliehen, in-dem es als erstes innerhalb des grossdeutschen Machtbereiches eine völlig gleichberechtigte Hauptinstanz ministeriellen Charakters für das Gesundheitswesen geschaffen hat. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen, die unter Ihrer bewährten Führung, Herr Präsident Professor Dr. Teitge, steht, hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon das Ansehen einer vollwertigen Regierungsinstanz erworben. Ich kann nur versprechen, dass ich alles tun will, um den Ärzten auch innerhalb des Staatsaufbaues die Verwaltungsheimstätte zu geben, die ihnen schon längst gebührt hat. Ich hoffe, dass eine ähnliche Entwicklung im Reiche bald folgen wird.

Dieses erste- man kann ruhig sagen - Gesundheitsministerium, wenn wir auch diesen Ausdruck nicht verwenden, ist durchaus Neuland. Diese Hauptabteilung Gesundheitswesen wird sich auch gerade mit wichtigen Fragen zu beschäftigen haben. Uns Ärzten in diesem Raume fehlt vor allem eine Klarlegung des grossen Problemes des Nachwuchses der fremdvölkischen Ärzte. Wir können in diesem Raum und möchten in diesem engen Rahmen von Persönlichkeiten, die alle über eine grosse Verantwortung verfügen, keine Germanisierungs- und gewaltsame Deutschtumspolitik treiben. Meine Aufgabe in diesem Lande, in welchem nur knapp 1,5 % der Gesamtbevölkerung Deutsche sind, ist die, die Arbeitspotenz dieses Volkes so stark wie nur möglich in den Dienst des Sieges unseres Volkes zu stellen. Das führt zu den ungeheuren Schwierigkeiten, die mit den politi-

9.7.1943

schen Führungsaufgaben in diesem Raum zusammenhängen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, dass wir die Bevölkerung in zunehmendem Masse pfleglich zu behandeln haben, um ihre Arbeitskraft sicherzustellen. Denn jeder europäische Mensch, ganz gleich, welchen Volkes er ist, ist heute mit immer grösserer Wichtigkeit ein Punkt in der Entwicklung unseres Sieges. Es ist sehr einfach, ein Volk, sagen wir einmal, auszurotten oder in seinen Lebensbedingungen so herabzudrücken, dass es ausstirbt. Es gibt Beispiele in der Geschichte, die zeigen, dass eine solche Ausrottung durch Jahrzehnte oder Jahrhunderte möglich ist. Die harte und grausame Vernichtung der indianischen Bevölkerung von Südamerika nach der Besetzung durch die Spanier ist ein solches Beispiel. Aber wir würden uns sehr schaden, wenn wir diese Prozedur etwa auf die polnische Bevölkerung übertragen wollten. Wenn Sie sich einmal den Ostbahnbetrieb ansehen und sich dabei überlegen, dass über die Strecken der Ostbahn 3/5 des Gesamtverkehrs zwischen Heimat und Osten laufen, wenn Sie weiter bedenken, dass von den 148 000 Beamten und Angestellten der Ostbahn nur 9000 Deutsche und über 130 000 Polen sind, so können Sie ermessen, welche Bedeutung dieses Wort von der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in diesem Raum in dem Augenblick der Präzision der Kriegsituation erlangt.

Es ist daher nicht Polenfreundschaft, wenn ich mich immer und immer wieder bemühe, diese pflegliche Behandlung der Bevölkerung auch bei den Reichsstellen durchzusetzen, sondern es ist einfach die eiskalte Erkenntnis, dass man im Kriege nur den Sieg wollen darf, sonst nichts, und dass alle anderen Fragen nach dem Siege gelöst werden können. Mitten

hinein in die pflegliche Behandlung gehört die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung dieses Raumes. Ich habe nicht nachgelassen und werde auch nicht nachlassen, diesen meinen Willen durchzusetzen. Zum 1. September dieses Jahres wird eine einigermassen ausreichende Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung sichergestellt werden. Die Vorarbeiten dafür werden Tag und Nacht getroffen. Ich werde dafür sorgen, dass vom 1. September ds.Js. an wirklich die Möglichkeit besteht, der Bevölkerung auch eine gewisse Lebenssicherheit zu schaffen. Auf diesem Wege kommen wir aus manchem heraus, was heute gefahrdrohend vor uns aufsteigt; ich erinnere nur an das Schreckbild der Tuberkulose, das in diesem Lande sich zeigt.

Im Zusammenhang mit der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in unserem Sinne und Interesse ist natürlich auch die Frage des fremdvölkischen Ärztenachwuchses von grösster Bedeutung. Ich werde auch hier alles tun, um im deutschen Interesse die Betreuung der fremdvölkischen Ärzteschaft soweit wie nur möglich zu fördern und zu steigern. Es ist auch nicht ganz unangebracht, wenn ich in diesem Zusammenhang dankbar feststelle, dass sich auch die polnischen und ukrainischen Ärzte doch in grossem Umfange dieser Gemeinschaftsarbeit im Dienste der allgemeinen Gesundheitsführung dieses Raumes nicht nur nicht verschlossen, sondern teilweise sehr aktiv und verdient mitgearbeitet haben.

Meine Herren Ärzte, seien Sie überzeugt, dass ich gerade Ihren Beruf mit grösster Interessiertheit zu fördern gedenke. Ihr Beruf ist dem meinigen sehr verwandt. Denn alles, was wir auch an Staatsführungsaufgaben tun können, gleicht dem Volke gegenüber den grossen Aufgaben des Arztes, der auch die Prophylaxe mit der Heilung kombiniert. Was der

9.7.1943

Nationalsozialismus Adolf Hitlers dem deutschen Volke politisch gegeben hat, lässt sich in allen seinen Massnahmen unter diese beiden Leitgedanken bringen, ob Sie nun an die Rassenfragen denken oder an die Gesundung aller anderen öffentlichen Bereiche, die der Nationalsozialismus herbeigeführt hat.

In diesem Zusammenhang müssen wir sagen, dass gerade, was die Gesundung Europas angeht, die Beseitigung des jüdischen Elements eine wahre Erlösung bedeutet. Wenn diese Aufgabe von unserer Generation gelöst wurde, wenn wir diese Hauptbazillenträger im allgemeinen wie auch im politischen Sinne aus unserem Gemeinschaftsleben abgeschoben haben, dann liegt darin eine ganz grosse Vorbedingung für die Wiederherstellung gesunder Lebensverhältnisse der Völker Europas.

Meine Herren Ärzte, seien Sie überzeugt, dass ich tun werde, was in meiner Macht liegt, um Ihre Arbeit zu unterstützen. Ich danke Ihnen wirklich, dass Sie den Weg zu mir auf die Burg gefunden haben. Mögen Sie mit Ihrer Arbeit im Generalgouvernement volle persönliche Befriedigung finden, möge über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinweg der Sieg unserer deutschen Waffen auch ein Sieg der deutschen Ärzteschaft sein! Dass insbesondere die grosse einheitliche Interessiertheit am Gesundsein der Menschen die Ärzte des Zivilstandes mit den Ärzten der Wehrmacht aller Kategorien verbunden hat, das freut mich ganz besonders und zeigt, dass über die Uniform hinweg die soziale Funktion des einzelnen Volksgenossen doch eine Macht besitzt, die uns einheitlich zusammenführt zum Dienste am Werke des Führers und seines Reiches.

Herr Professor Dr. Teitge, seien Sie in

9.7.1943

diesem Sinne verpflichtet und bedankt!

Präsident Professor Dr. Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur namens seiner Mitarbeiter und der anderen anwesenden Ärzte für diese Worte. Die Ärzteschaft des Generalgouvernements werde ihren Dank dadurch abstatten, dass sie sich mit aller Macht dafür einsetzen werde, das Land, das dem Herrn Generalgouverneur unterstellt sei, nach Möglichkeit zu sanieren und für Deutsche wohnbar zu machen.

Mit dem von Präsident Professor Dr.Teitge ausgebrachten Sieg - Heil auf dem Führer wird die Sitzung geschlossen.

12^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Referenten von Palézieux.

9.7.1943

16[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass Generaldirektor Pleiger von Reichsmarschall Göring zum Beauftragten für die besetzten Gebiete einschliesslich des Generalgouvernements ernannt worden sei. Dieser Auftrag beziehe sich vor allem auf das Problem der Kohlenförderung, das für den gesamten grossdeutschen Raum unter eine einheitliche Steuerung kommen solle. Weiter sei eine Reichsvereinigung unter Leitung des Generaldirektors Dr. Röchling gegründet worden. Dr. Röchling sei zum Reichsbeauftragten für Eisen in den besetzten Gebieten ernannt worden. Es handle sich hier um wirtschaftspolitische Massnahmen, die sich staatsstruktionell nicht auswirkten. Immerhin ergebe sich aus der Ernennung der Herren Pleiger und Röchling ein Weisungsrecht. Zwar blieben die Bewirtschaftungsstellen für Eisen und Kohle im Generalgouvernement wie bisher bestehen, wenn sich aber das Verfahren auf andere Warengebiete ausdehnen sollte, auf denen das Generalgouvernement mehr Erzeuger sei, dann könnte es sich unter Umständen auf dem Wege über den Vierjahresplan für das Generalgouvernement ungünstig auswirken.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen eine solche Einflussnahme von Seiten des Reiches. Bisher sei ihm noch kein entsprechender Erlass vorgelegt worden. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so würde er sofort Protest

einlegen. Er erwarte, dass ihm Präsident Dr. Emmerich von einer solchen Anordnung sofort Kenntnis geben werde.

Präsident Dr. Emmerich berichtet dann von Verhandlungen, die er mit Präsident Kehrl im Reichswirtschaftsministerium gehabt hat. In diesen Verhandlungen habe Präsident Kehrl den Standpunkt vertreten, dass die gesamte zentrale Planung stärker ausgebaut werden müsse und in sie auch die Randgebiete einzubeziehen seien. Er, Präsident Emmerich, habe demgegenüber auf den Charakter des Generalgouvernements als eines östlichen Gebietes hingewiesen und geltend gemacht, dass es im Generalgouvernement anders als in den Niederlanden und im Westen eine Ernteerfassungproduktion und keine pro-Kopf-Verteilung gebe, weshalb es auch unzweckmässig sei, festzustellen, dass alle Anordnungen der Reichsstellen im Generalgouvernement gälten. Präsident Kehrl habe es als notwendig bezeichnet, dass den Bewirtschaftungsstellen im Generalgouvernement Weisung gegeben werde, sich an die Reichsrichtlinien zu halten. Die Besprechung sei im durchaus freundschaftlichen Geist vor sich gegangen. Präsident Kehrl habe dann einen Beauftragten ins Generalsgouvernement geschickt, der die Aufgabe gehabt habe, die Tätigkeit der Bewirtschaftungsstellen zu prüfen. Dieser Beauftragte habe seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, mit wie wenigen Menschen die Aufgaben gemeistert würden; nach seiner Meinung werde es sich nicht vermeiden lassen, mehr als bisher Polen und Ukrainer einzustellen, weil sonst die zusätzlichen Aufgaben der Bewirtschaftung nicht erfüllt werden könnten. Er, Präsident Emmerich, habe darauf seinen Bewirtschaftungsstellen zunächst die Weisung gegeben, sich an die

Richtlinien des Reiches anzulehnen und mit dem Reichsbeauftragten Fühlung zu nehmen. Es sei ja auch selbstverständlich, dass sich die Bewirtschaftungsstelle in den grossen Rahmen der Reichsplanung einfügen müsste. Er habe diese interne Weisung mit Staatssekretär Dr. Bühler besprochen. Dieser habe gegen eine Wendung Bedenken erhoben, und er habe deshalb Präsident Kehrl eröffnen müssen, dass die Abrede nicht ganz im Sinne der Regierung des Generalgouvernements liege. Präsident Kehrl habe jedoch geglaubt, bereits genügend Entgegenkommen gezeigt zu haben. Er, Präsident Emmerich, habe dann dem Staatssekretär Dr.Bühler den Vorschlag gemacht, dass der Herr Generalgouverneur, um die Angelegenheit völlig nach eigenem Recht des Generalgouvernements zu regeln, in Form eines Erlasses der Hauptabteilung Wirtschaft eine Weisung gebe, sodass dann der Eingriff des Reiches vollständig abgewehrt werden könnte.

Präsident Dr. Emmerich legt dem Herrn Generalgouverneur den von Präsident Kehrl ausgearbeiteten Entwurf vor, gegen dessen Fassung der Herr Generalgouverneur Einspruch erhebt.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Dr. Emmerich, als Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Präsident Emmerich solle dem Präsidenten Kehrl eröffnen, dass er von dem Herrn Generalgouverneur angewiesen worden sei, alles das, was er wolle, praktisch zu tun. Ihm als dem Generalgouverneur komme es hier nicht so sehr auf das materielle als vielmehr auf das formale an, und er müsse vor allem Wert darauf legen, dass er als Generalgouverneur die einheitliche Verantwortung für alles in der Hand habe.

9.7.1943

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird noch zu der Tatsache Stellung genommen, dass für den Bereich der gesamten Wirtschaftsverwaltung von Präsident Dr. Emmerich 40 Kräfte verlangt werden.

Präsident Dr. Losacker betont in diesem Zusammenhang, dass er dem Herrn Generalgouverneur dafür verantwortlich sei, dass die Dienststellen zunächst einmal hinsichtlich der Einstellung von neuem Personal grösste Zurückhaltung üben. Diese Verantwortung bestehe auch wiederum für den Sonderauftrag des Führers. Der Hereinnahme von 40 weiteren männlichen Kräften könne er nicht ohne weiteres zustimmen, da sofort andere Dienststellen mit Berufungen kommen würden.

Präsident Dr. Emmerich bemerkt, dass er diese Forderung für die gesamte Wirtschaftsverwaltung einschliesslich der Distrikte Warschau und Radom gestellt und diese Frage auch mit dem Personalamt erörtert habe.

Präsident Dr. Losacker will sich mit der Einstellung dieser 40 Angestellten einverstanden erklären, wenn in jedem Einzelfall eine besondere Begründung für die Notwendigkeit der Einstellung gegeben wird.

Der Herr Generalgouverneur gibt dieser Regelung seine Zustimmung mit der ausdrücklichen Feststellung, dass in jedem einzelnen Falle über die Kriegswichtigkeit der betreffenden Position verhandelt wird.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

Krakau

Sonnabend, den 10.Juli 1943

10.00 Besprechung mit Oberbaurat Hofer und Architekten von Palézieux.

10.45 Besprechung mit Oberst Fischer.

11.00 Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Naumann berichtet eingangs von der in Berlin stattgefundenen Ernährungskonferenz fast aller europäischen Länder. In dieser Sitzung seien die Leistungen des Generalgouvernements im abgelaufenen Ernährungswirtschaftsjahr von maßgebender deutscher Seite voll anerkannt und in den Vordergrund gerückt worden. Zum erstenmal seien damit die Anstrengungen des Generalgouvernements, dem Reich auf dem Ernährungssektor zu helfen, in ihrem ganzen Umfange richtig gewürdigt worden. Das Generalgouvernement habe sein ihm vom Reich auferlegtes Soll von 760 000 Tonnen bis auf 20 000 to abgeliefert, die man für Zwecke der Rüstungsarbeiter in großer Notlage abgezweigt habe. Für weitere 90 000 zurückbehaltene Tonnen Getreide habe das Generalgouvernement ein Mehr an Zucker, Fleisch usw. geliefert.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß diese vollbrachte Leistung das Ansehen des Generalgouvernements im Reich stark gehoben habe und daß das Generalgouvernement damit zu einem der wichtigsten Leistungsfaktoren für die Kriegswirtschaft des Reiches geworden sei.

16.7.1943

Präsident Naumann führt dann fort, daß in der Nachmittagssitzung der Konferenz, die unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Moritz, der die gesamten Versorgungsfragen im Reich lenke, stattgefunden habe, über die Erfordernisse des neuen Ernährungswirtschaftsjahres 1943/44 gesprochen worden sei. Die Gesamtforderung des Reiches an das Generalgouvernement auf dem Getreidesektor belief sich auf 550 000 to. Er habe demgegenüber den neuen Versorgungsplan des Generalgouvernements entwickelt, demzufolge im Generalgouvernement für die Versorgung der Bevölkerung auf der Basis der Warthegausätze 1 012 000 to benötigt würden. Er habe dargelegt, daß bisher die Bevölkerung des Generalgouvernements nicht einmal das Existenzminimum an Ernährungsgütern habe beziehen können und daß man jetzt, sollte eine Katastrophe vermieden werden, unbedingt die Einführung der geplanten Lebensmittelsätze bewerkstelligen müsse. Davon hänge die Gewährleistung der Sicherheit im Lande weitgehend ab; diese wiederum sei die Voraussetzung für eine Bergung und Erfassung der Ernte, auf die man für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials unbedingt angewiesen sei.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hoffe, 1,4 Mill. to Getreide erfassen zu können; wenn man dieses Ziel erreiche, könnten dem Reich 388 000 to zur Verfügung gestellt werden. Weiter sei das Generalgouvernement bereit, jede weiterhin erfaßte, über das Soll von 1,4 Mill. hinausgehende Tonne an das Reich abzuliefern.

Der Herr Generalgouverneur ersucht in diesem Zusammenhang Präsident Naumann, ihm einen offiziellen Bericht zuzuleiten, in dem die einzelnen Versorgersparten und die für sie gewährten Lebensmittelsätze

und die dafür benötigten Gesamtmengen dargelegt seien.

Präsident Naumann gibt dann davon Kenntnis, daß ihm Ministerialdirektor Moritz erklärt habe, daß ein Erlaß des Reichsmarschalls im Kommen sei, demzufolge Rationssatzerhöhungen in den besetzten Gebieten nur nach vorheriger Genehmigung durchgeführt werden dürften. Demgegenüber habe er in Berlin erklärt, daß die Regierung des Generalgouvernements auf Befehl des Generalgouverneurs am 1.September ds.Jrs. die neuen Rationssätze einführen müsse; diese Maßnahme sei im Interesse des Reiches unbedingt notwendig.

Eine Einigung mit Ministerialdirektor Moritz sei nicht erzielt worden, da dieser erklärt habe, erst Staatssekretär Backe Vortrag halten zu müssen. Er, Präsident Naumann, beabsichtige nun, an Staatssekretär Backe ein Schreiben zu richten, in dem die Notwendigkeit einer Einführung der neuen Sätze im Generalgouvernement und die Höhe der beabsichtigten neuen Sätze dargelegt seien. Dieses Schreiben werde er die nächsten Tage dem Herrn Generalgouverneur zur Kenntnisnahme unterbreiten.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Absichten der Berliner Stellen. Bei der Einführung der von der Regierung des Generalgouvernements für notwendig erachteten Rationssätze könne nicht von einer Erhöhung die Rede sein, sondern von der erstmaligen Gewährung von Existenzminimumsätzen. Gewähre man der Bevölkerung des Generalgouvernements diese Sätze nicht, dann werde die Sicherheitslage im Generalgouvernement so schlecht, daß an ein Arbeiten der deutschen Verwaltung im Interesse des Reiches nicht mehr zu denken sei; in diesem Falle müßte dann das Reich auf sämtliche Lieferungen verzichten.

10.7.1943

Er gebe daher Präsident Naumann erneut den amtlichen Befehl, alle Vorbereitungen zur Einführung der neuen Rationssätze ab 1.September 1943 zu treffen. Er ersuche Präsident Naumann auch, sich zwecks Erleichterung und guten technischen Durchführung der Verteilung mit den Stadthauptleuten zu beraten. Die Verteilung müsse so vorbereitet werden, daß ab 1.September alle Versorgungsberechtigten auf Grund ihrer Karten die ihnen zustehenden Lebensmittel in allen Läden einkaufen könnten.

Präsident Naumann erklärt dazu, daß die Vorbereitungen bereits seit 14 Tagen im Gange seien.
Gelinge es, 1,6 Millionen Tonnen zu erfassen, dann könnten trotz Einführung dieser Neuregelung die Forderungen des Reiches in Höhe von 55o ooo to in vollem Umfange befriedigt werden. Die Forderungen des Reiches auf den anderen Landwirtschaftssektoren könnten fast alle erfüllt werden.

Präsident Naumann legt dann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Erlasses zur Verkündung des Ernteausnahmezustandes 1943/44 vor. Der Ernteausnahmezustand habe sich im vergangenen Jahr bewährt und man wolle wieder die gleichen Mittel einsetzen.
Er habe in Berlin die neuen Prämienmarken gezeigt und damit unter den Fachleuten großes Aufsehen erregt. Die Marken würden in Wien gedruckt und könnten nicht leicht gefälscht werden.
Dem Wunsche, die Wehrmacht in die einzelnen Befehlsstäbe mit hinein zu nehmen, wolle er nicht entsprechen. Der Befehlsstab bestehe wie im Vorjahr aus dem Staatssekretär der Regierung, dem Staatssekretär

für das Sicherheitswesen und dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Vorsitzender sei der Staatssekretär der Regierung, in den Distrikten der Gouverneur.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

Präsident Naumann überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle.

Der Herr Generalgouverneur weist auf Klagen von verschiedenen Seiten über die Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle hin und will einmal eine Besprechung über alle damit zusammenhängenden Fragen ansetzen. Er erklärt sich bereit, in der kommenden Woche die maßgebenden Männer der Landwirtschaftlichen Zentralstelle zu empfangen.

Präsident Naumann führt dazu aus, daß die Landwirtschaftliche Zentralstelle die gesamte Warenbewegung im Generalgouvernement - Erfassung und Verteilung - in den Händen habe und sich zum größten Unternehmen des Generalgouvernements entwickelt habe. Sie sei eine Einrichtung, um die das Generalgouvernement von vielen europäischen Ländern beneidet werde.

Präsident Naumann bittet dann den Herrn Generalgouverneur, für die Fremdvölkischen eine Art Erntetag zu veranstalten. Er solle eine Abordnung von Ukrainern und Polen auf der Burg empfangen, die unter ~~der~~ seiner Führung dem Generalgouverneur Erntegaben überbringen würden.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

10.7.1943

Die Besprechung wendet sich zum Schluß der Frage der Schaffung von Staatsdomänen zu. Der Herr Generalgouverneur äußert sich grundsätzlich dahin, daß einige größere Betriebe unbedingt zu Staatsdomänen gemacht werden müßten.

Staatssekretär Dr. Boepple bringt neben der bereits bestehenden Staatsdomäne Gumniska die Okocim-Brauereien und Präsident Naumann Jagielnica zum Vorschlag.

19[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonntag, den 11. Juli 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Kressendorf-Krakau

Montag, den 12.Juli 1943

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau

20^{00} S e r e n a d e im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg.)

Krakau

Dienstag, den 13.Juli 1943

Besprechung mit Referenten von Palézieux.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Mitglieder des Killy-Ausschusses in Krakau eingetroffen seien und er bereits die Verhandlungen mit ihnen aufgenommen habe, die bisher im besten Einvernehmen verlaufen seien.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Mitglieder des Killy-Ausschusses am 17.Juli im Königssaal der Burg zu empfangen.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur, daß einige Kompanien des Polizeihilfsdienstes für eine Dauer von etwa 3 Wochen eingezogen worden seien. Befremden müsse die Tatsache erregen, daß die Mannschaften mit der Durchführung einer Ausweiskontrolle an den Ausfallstraßen Krakaus beauftragt seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Art des Einsatzes des Polizeihilfsdienstes. Der Polizeidienst solle nach dem ursprünglichen Plan bei Katastrophen und besonderen Ereignissen eingesetzt werden, sei aber nicht als reguläre Polizeitruppe gedacht, die den üblichen Dienst der Polizei zu übernehmen hätte. Es gehe unter keinen Umständen an, daß der Befehlshaber der Ordnungspolizei bzw. der SS- und Polizeiführer des Distrikts Krakau Maßnahmen träfen, die von höchst ungünstigen Folgen für die Verwaltung sein müßten. Auch Polizeioberst Padua habe keinerlei Befugnis, ohne seine, des Generalgouverneurs, bzw. des Staatssekretärs Genehmigung über den Kopf der Verwaltung hinweg einen solchen Einsatz des Polizeihilfsdienstes zu verfügen.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, folgende Fragen zu klären:

1. Wer hat den Befehl zum Einsatz des Polizeihilfsdienstes gegeben?

2. Was wird mit dem Einsatz bezweckt?

3. Welche Voraussetzungen sind gegeben, damit das Funktionieren der Verwaltung gewährleistet ist?

4. Warum ist der Befehl erteilt worden, ohne daß vorher die Verwaltungsstellen um Rat gefragt worden sind?

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß die der Verwaltung angehörenden Männer der beiden zum Einsatz bestimmten Kompanien sofort wieder für ihren Verwaltungsdienst freigegeben werden, daß ferner ohne seine, des Generalgouverneurs, Genehmigung solche Einsätze nicht mehr durchgeführt werden.

Im Anschluß an die Besprechung legt Ministerialrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Jugenddienst im Generalgouvernement vor, den der Herr Generalgouverneur unterzeichnet.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Gegenstand der Besprechung ist die Übernahme der Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl in das Gewahrsam der Burg.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Mühlmann Kenntnis von einem Bericht des Architekten von Palézieux vom 23.Juni 1943. Darin sei u.a.

13.7.1943

gesagt: In dem abschließenden Bericht vom 5. Januar 1943 über die Nachforschungen nach dem Verbleib der fehlenden Kunstgegenstände sei der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl auf die Burg zu bringen. In dem Erlaß des Herrn Generalgouverneurs vom 17. April 1943 sei Architekt von Palézieux vom Herrn Generalgouverneur persönlich beauftragt worden, seinen Vorschlag sofort durchzuführen, darüber hinaus den Verbleib der noch fehlenden Kunstgegenstände festzustellen, die durch Staatssekretär Dr. Mühlmann gesichergestellten Kunstschätze zu sichten und auf ihre Vollständigkeit zu prüfen. Inzwischen sei die erste, zweite und dritte Wahl, soweit sie sich in Krakau befunden habe, zum größten Teil auf die Burg gebracht und hier aufgestellt worden.

Es heißt dann in dem Bericht weiter:

> Die Nachforschungen über den Verbleib der Kunstgegenstände gestalteten sich äußerst schwierig, da fast überall chaotische Zustände herrschten. Der größte Teil der ersten und zweiten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, während die dritte Wahl in ihrer Gesamtheit den Architekten Koettgen & Horstmann zu Einrichtungszwecken zur Verfügung gestellt worden war. Die bei Beginn der Arbeit aufgestellten Fehllisten enthielten allein vom Schloß Łazienki nicht weniger als 296 Kunstgegenstände, von denen zum überwiegenden Teil der Aufbewahrungsort inzwischen festgestellt werden konnte. Abgesehen von der ersten Wahl,

13.7.1943

gesagt: In dem abschließenden Bericht vom 5. Januar 1943 über die Nachforschungen nach dem Verbleib der fehlenden Kunstgegenstände sei der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Kunstgegenstände der ersten, zweiten und dritten Wahl auf die Burg zu bringen. In dem Erlaß des Herrn Generalgouverneurs vom 17. April 1943 sei Architekt von Palézieux vom Herrn Generalgouverneur persönlich beauftragt worden, seinen Vorschlag sofort durchzuführen, darüber hinaus den Verbleib der noch fehlenden Kunstgegenstände festzustellen, die durch Staatssekretär Dr. Mühlmann gesichergestellten Kunstschätze zu sichten und auf ihre Vollständigkeit zu prüfen. Inzwischen sei die erste, zweite und dritte Wahl, soweit sie sich in Krakau befunden habe, zum größten Teil auf die Burg gebracht und hier aufgestellt worden.

Es heißt dann in dem Bericht weiter:

> Die Nachforschungen über den Verbleib der Kunstgegenstände gestalteten sich äußerst schwierig, da fast überall chaotische Zustände herrschten. Der größte Teil der ersten und zweiten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, während die dritte Wahl in ihrer Gesamtheit den Architekten Koettgen & Horstmann zu Einrichtungszwecken zur Verfügung gestellt worden war. Die bei Beginn der Arbeit aufgestellten Fehllisten enthielten allein vom Schloß Łazienki nicht weniger als 296 Kunstgegenstände, von denen zum überwiegenden Teil der Aufbewahrungsort inzwischen festgestellt werden konnte. Abgesehen von der ersten Wahl,

13.7.1943

die in einem Buch festgelegt wurde, waren über den Verbleib einiger Gegenstände der zweiten Wahl sowie über die gesamte dritte Wahl keine Unterlagen vorhanden. Selbst der Katalog der ersten Wahl weist Unstimmigkeiten auf, da dort Gegenstände, die in die erste Wahl gehören, nicht verzeichnet sind.

Das Chaos, das in der Verteilung der Wahlen, Verbleib und Inventarisierung der Gegenstände herrschte, wurde noch von der Aufbewahrung dieser drei Wahlen übertroffen. Der größte Teil der ersten, zweiten und dritten Wahl lagerte in den Kellern der Staatsbibliothek, nicht so, wie es ihrem Werte entsprach. Beim Betreten des Kellers, in dem der größte Teil der ersten und zweiten Wahl, untermischt von Teilen der dritten Wahl, lagerte, schlug einem ein feuchter, modriger Geruch entgegen, da weder Fenster noch sonstige Lüftungsmöglichkeiten vorhanden waren. Die Millionenwerte der ersten und zweiten Wahl wurden hinter einer gewöhnlichen Kellertür, die noch dazu häufig unverschlossen war, aufbewahrt. Zwischen altem Gerümpel, gefüllten Kartoffelkisten, Papierresten und sonstigem Schmutz lagen zum Teil wertvollste Ölgemälde unverpackt am Boden, zum Teil standen sie ungerahmt, mit den Malflächen aneinander gelehnt, herum. Der größte Teil der Gegenstände war in Kisten und Verschläge verpackt, wahllos übereinander getürmt. In einer Ecke des Raumes standen auf einem Tisch Tassen, Teller, Kaffeekannen usw. eines modernen Geschirrs, von dem ein beträchtlicher Teil zerbrochen am Boden lag. In einem Bretterverschlag stehen noch jetzt auf Regalen

13.7.1943

Porzellanfiguren, Vasen, silberne Leuchter, Holzplastiken, Fayencen usw., die fast alle aus dem Königlichen Schloß, dem Nationalmuseum und dem Lazienki in Warschau stammen. Der größte Teil der Gegenstände ist mehr oder weniger beschädigt, da sie seit über 3 Jahren in diesem verschmutzten, luft- und lichtlosen Keller herumliegen.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß die aus der Staatsbibliothek übernommenen Kunstschätze jetzt in den zur Unterbringung bestimmten und von Staatssekretär Dr. Boepple sowie Staatssekretär Dr. Mühlmann für gut befundenen Räumen des Schlosses untergebracht seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Befremden über diese Zustände Ausdruck und stellt an Staatssekretär Dr. Mühlmann die Frage, ob ihm diese Zustände bekannt gewesen seien.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erwidert, daß seinerzeit eine Kontrolle durch das Oberste Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements stattgefunden habe und in dessen Bericht keine Beanstandungen gemacht worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt demgegenüber seiner Auffassung Ausdruck, daß man einen solchen Zustand nicht durch Rechtfertigungsberichte aus der Welt schaffen könne. Jedenfalls müsse jetzt Klarheit in die Dinge gebracht werden. Die Berufung des Staatssekretärs Dr. Mühlmann auf seine Arbeit beim Reichsmarschall Göring könne für ihn nicht maßgebend sein. Auch für die Kunstschätze des Generalgouvernements sei allein der Generalgouverneur befehlsberechtigt, da er allein die Verantwortung trage. Die Kunstgegenstände seien von ihm, dem Generalgouverneur, seinerzeit im Namen

des Führers übernommen worden, und er könne einen von Reichsmarschall Göring erteilten Auftrag nicht als zu Recht bestehend anerkennen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Mühlmann, daß er nicht Angestellter des Generalgouvernements sei, sondern vom Herrn Generalgouverneur lediglich einen Sonderauftrag als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst erhalten habe, sich allerdings als solcher nach wie vor für die Dinge verantwortlich fühle.

[..]00 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Ministerialrat Dr. Weh, Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Dr. Zülch und Referenten von Palézieux, sowie Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß durch die Verordnung vom 26.Oktober 1939 die Verwaltungszuständigkeit des Generalgouverneurs auf dem Gebiet der Betreuung der Kunstschätze begründet worden sei. Auf Grund dieser Verordnung seien damals die gesamten Kunstschätze für das Generalgouvernement beschlagnahmt worden.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß nach einem Führererlaß sämtliche beschlagnahmten Kunstwerke hoher Qualität, die aus den besetzten Gebieten stammen, für den Führer zu reservieren und der Führer allein darüber zu entscheiden habe.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß er selbstverständlich dem Führer sowie so unterstehe. Was mit dem Eigentum des Generalgouvernements nicht nur auf dem Gebiete der Kunst, sondern auch auf den Gebieten der Eisenbahn, der Häuser, Straßen usw. geschehe, darüber entscheide selbstverständlich auch der Führer.

13.7.1943

Ministerialrat Dr. Weh weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Staatssekretär Dr. Mühlmann seinerzeit zum Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst ernannt worden sei. Dieses Amt sei ursprünglich ein selbständiges Amt im Staatssekretariat der Regierung gewesen wie etwa das Amt für Gesetzgebung. Es sei dann auf Grund der Vorschläge des Präsidenten Dr. Losacker im Zuge der Verwaltungsvereinfachung zum 1.April 1943 in die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht eingegliedert worden und bestehe, wenn auch nicht als selbständiges Amt, unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. Mühlmann weiter.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf den Gegenstand der Besprechung ein und teilt zunächst mit, daß der Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst einen Bericht erstattet habe, der auch vom Obersten Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements nachgeprüft worden sei.

Dazu teilt Staatssekretär Dr. Mühlmann ergänzend mit, daß das Oberste Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements in längerer Arbeit jede Einzelheit nachgeprüft habe. Dieser Bericht sei ebenso positiv, wie der andere Bericht, der von Architekt von Palézieux erstattet worden sei, negativ sei. Der Bericht des Obersten Rechnungsprüfungsamtes sei vor allem darauf gerichtet, die Vollständigkeit der Gegenstände nachzuweisen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Dr. Zülch, daß das Oberste Rechnungsprüfungsamt in Stichproben eine Prüfung der Zahl der vorhandenen Kunstgegenstände vorgenommen habe.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm dieser Prüfungsbericht demnächst vorgelegt wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Mühlmann, daß im Amte für die Pflege alter Kunst zur Zeit noch zwei Angestellte beschäftigt seien, deren Tätigkeit keinen großen Umfang habe. Er selber sei an dem Weiterbestehen dieses Amtes nicht interessiert. Im übrigen habe er Reichsmarschall Göring gebeten, ihn von seiner Vollmacht zu entheben,und bitte den Herrn Generalgouverneur,dasselbe auch hinsichtlich seiner Stellung als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst zu tun.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Staatssekretär Dr. Mühlmann von diesem Auftrag zu entheben. Die Formalitäten müßten im einzelnen festgelegt werden, auch müsse festgestellt werden, auf wen dann die Verantwortung übergehe. Eine Übernahme durch eine andere Persönlichkeit könne allerdings nur nach Klärung des gesamten Sachverhalts erfolgen. Im Beisein des Staatssekretärs Dr. Mühlmann müßte dann festgestellt werden, daß das Amt für die Pflege alter Kunst aufgehoben, die Leitung niedergelegt und kommissarisch von dem Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht als unmittelbarem Vorgesetzten dieses Amtes übernommen werde. Mit der Übergabe der Geschäfte könnte gegebenenfalls Prof. Kudelich beauftragt werden.

Staatssekretär Dr. Mühlmann will seinen freiwilligen Rücktritt von seiner bisherigen Funktion von dem Ablauf einer Übergangszeit abhängig machen, da er ja noch, solange die Sichtung und Übergabe dauere, die Verantwortung trage.

13.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Mühlmann von seinem Amte annehme, und setzt den Zeitpunkt auf den 1.September 1943 fest.

Staatssekretär Dr. Mühlmann bittet den Herrn Generalgouverneur, den Termin auf den 1.Oktober 1943 festzusetzen. Er bemerkt weiter, daß er über die Sachlage dem Reichsmarschall Göring Bericht erstatten werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dann auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Mühlmann damit einverstanden, daß dieser bis zur endgültigen Übergabe von Dr. Kudelich, dem Direktor des Museums in Troppau, vertreten wird.

Der Herr Generalgouverneur trifft nunmehr folgende Verfügung:

1. Dem Ersuchen des Staatssekretärs Dr.Mühlmann um Enthebung von seiner Funktion als Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst wird stattgegeben.
2. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verfügung wird der 1.Oktober 1943 in Aussicht genommen.
3. Mit sofortiger Wirkung wird durch den Vertreter des Staatssekretärs Dr. Mühlmann, den Direktor Dr. Kudelich, in Verbindung mit einem Beauftragten der Regierung des Generalgouvernements die Übernahme der Kunstschätze nochmals überprüft und werden die Gegenstände aufgenommen, damit am 1.Oktober 1943 eine reibungslose Übernahme erfolgen kann.

13.7.1943

4. Mit dem 1.Oktober 1943 wird das Amt für die Pflege alter Kunst aufgelöst und seine Zuständigkeit auf die Hauptabteilung Unterricht und Wissenschaft bzw. die Museumsverwaltung übertragen.

5. Staatssekretär Dr. Boepple wird beauftragt, mit den beteiligten Persönlichkeiten weitere notwendig werdende Verhandlungen zu führen.

6. Staatssekretär Dr. Boepple wird beauftragt, auf Grund der heutigen Besprechung die Fühlung mit den beiden in Betracht kommenden Dienststellen aufzunehmen, damit alles geschehen kann, um die Feststellung der Kunstschätze zu ermöglichen. Eine Wegnahme oder Beseitigung von Kunstschätzen aus dem Burgbereich findet nicht statt.

15⁴⁰ Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Staatssekretär Backe vor. In diesem Schreiben wird auf die vom Generalgouvernement getätigten Lieferungen an das Reich Bezug genommen und darauf hingewiesen, daß von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements alle Voraussetzungen geschaffen worden seien, um trotz der schwierigen Verhältnisse die Erfüllungen der Reichsleistungen auch weiterhin zu gewährleisten. Als weitere Voraussetzung für die Ermöglichung dieser Leistungen sei, wie in dem Entwurf des Schreibens dargelegt wird, eine völlige Änderung der Verpflegungssätze für die nichtdeutsche Bevölkerung ab 1.September 1943 in Aussicht genommen. Im übrigen wird in dem Schreiben

13.7.1943

auf die allgemeine politische und Sicherheitslage, ferner auf die Folgen der Umsiedlung und anderer Aktionen Bezug genommen und dann eine genaue Aufstellung darüber gegeben, wie und in welchem Umfange die einzelnen Nahrungsmittel in Gestalt von Brot, Fleisch, Fett usw. an die Nichtdeutschen verteilt werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich unter Vornahme einiger Änderungen mit dem Inhalt des Schreibens einverstanden und stellt dabei ausdrücklich fest, daß es unter allen Umständen bei der von ihm für den 1.September 1943 eintretenden Änderung der Verpflegungssätze der nichtdeutschen Bevölkerung des Generalgouvernements verbleibe.

Präsident Naumann verweist dann auf die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur getroffene Anordnung, nach welcher Umsiedlungen nur nach gründlicher Vorbereitung und im Einvernehmen mit den Dienststellen der Verwaltung vorgenommen werden dürften. In einem Telefongespräch habe ihm nun heute der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Lublin Dr. Claus mitgeteilt, daß nach Angabe des Vertreters des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums im Süden des Distrikts Lublin, und zwar in den Kreisen Bilgoraj, Zamosc und Teilen der Kreise Hrubieschow und Rostow wieder große Umsiedlungen im Gange seien, in deren Rahmen etwa 2oo ooo Menschen in Bewegung gesetzt würden. Aus dem Kreise Bilgoraj seien angeblich 25 ooo Menschen herausgeholt worden, die voraussichtlich als Arbeitskräfte ins Reich gebracht werden sollten. Im Kreise Zamosc sollten Volksdeutsche aus Kroatien und Litzmannstadt angesiedelt werden. Die Aktion solle mit Ende der laufenden Woche beendet sein. Die Polen aus dem Kreise Zamosc kämen nach Bilgoraj, eine erhebliche Anzahl sei

allerdings schon geflohen. Die Polizeitruppen seien mittlerweile bis auf drei Einheiten abgezogen worden.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß nach einer Erklärung des Gouverneurs Dr. Wendler diese Umsiedlungsaktion völlig im Rahmen dessen gehalten sei, was er, der Generalgouverneur, mit dem Reichsführer SS vereinbart habe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt im Anschluß an die Mitteilungen des Präsidenten Naumann die Absendung folgenden Fernschreibens an den Gouverneur des Distrikts Lublin:

> Ich ersuche um sofortigen Bericht über die Lage der von Abteilungsleiter Dr. Claus heute mitgeteilten riesigen Umsiedlungsaktion, die zwangsweise in diesen Tagen in den Kreisen Bilgoraj, Zamosc, Hrubieschow und Krasnik vorgenommen worden sein sollen. Ich bitte vor allem um Mitteilung, wer die Weisung zu dieser Umsiedlung gegeben hat und ob diese Umsiedlung wirklich im Sinne meiner Besprechung mit dem Reichsführer SS Himmler im vollsten Einvernehmen mit Ihren Verwaltungsstellen nach sorgfältiger Einzelvorbereitung vorgenommen worden ist.

Präsident Naumann fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, daß Abteilungsleiter Dr. Claus unter allen Umständen eine zweite Polizei-Großaktion vermieden sehen wolle; denn der Schaden, der durch die Polizei angerichtet worden sei, habe in diesem Falle größte Ausmaße angenommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bisherige SS- und Polizeiführer Globocnik nunmehr aus seinem Amte ausscheidet. Es sei zu hoffen, daß sein

13.7.1943

Nachfolger eine völlig anders geartete Politik treiben werde.

Präsident Naumann teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß das landwirtschaftliche Gut Potok-Zloty im Kreise Radomsko, Distrikt Radom, auf Grund einer Verfügung des Staatssekretärs Krüger beschlagnahmt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Beschlagnahmeverfügung des Staatssekretärs Krüger vom 16. Juni mit sofortiger Wirkung aufgehoben und auf Grund dieser Beschlagnahmeverfügung bereits vorgenommene Durchführungsaktionen einzustellen bzw. rückgängig zu machen seien. Für die Zukunft dürften solche Güterbeschlagnahmen nur mit seiner vorherigen persönlichen Einwilligung durchgeführt werden.

16^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Oberbereichsleiter Bodo Stahr.

Gegenstand der Besprechung ist der für den nächsten Tag vorgesehene Empfang des Oberbefehlsleiters Friedrichs.

17^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Referent Jänicke und Dr. Löffler.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den für die Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements getroffenen Vorbereitungen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den von Präsident Ohlenbusch in dieser Frage gemachten Vorschlägen einverstanden und beauftragt Präsident Ohlenbusch, eine Satzung ausarbeiten zu lassen und diese ihm dann vorzulegen.

13.7.1943

Einer Anregung des Präsidenten Ohlenbusch folgend verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung eines Schreibens an Hauptabschnittsleiter Stahl, in welchem darauf hingewiesen wird, daß zur Zeit die Eröffnung des NS.-Kulturwerkes im Generalgouvernement nicht möglich sei, da gegenwärtig noch keine Vereine beständen, die von diesem Volkskulturwerk zusammengefaßt werden könnten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu dem Programm der Veranstaltungen anläßlich des Parteitages des Arbeitsbereiches Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß eine Kunstausstellung in den Tagen der Parteitagveranstaltungen eröffnet wird und im Anschluß daran gegebenenfalls eine Kulturwoche des Generalgouvernements stattfindet.

Mit dem Vorschlage der Schaffung eines Dichterpreises für das Generalgouvernement erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Auch der Vorschlag der Verleihung eines Musikpreises findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann seinem Wunsche Ausdruck, daß "Das Generalgouvernement" zu einer deutschen Kulturzeitschrift ausgestattet wird und die erste Nummer dieser Zeitschrift aus Anlaß der Gründung der Kulturvereinigung unabhängig vom Parteitag erscheinen solle. Die Leitung dieser Zeitschrift müßte dann in den Händen der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda liegen, der Titel der Zeitschrift würde lauten: "Das Generalgouvernement, Blätter für Deutsche Kultur im Weichselraum, herausgegeben von der Hauptabteilung Propaganda".

13.7.1943

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß der Gründungsakt der Kulturvereinigung des Generalgouvernements am 23. Juli auf der Burg zu Krakau in feierlichem Rahmen stattfinden soll.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch richtet sodann der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Hauptabschnittsleiter Stahl:

In der Angelegenheit Dr. Löffler hat der Leiter des Personalamtes des Arbeitsbereiches eine mir völlig unverständliche Stellungnahme aufrecht erhalten, indem er entgegen dem Schreiben des Gauleiters Mutschmann vom 18. März 1943 die den Herrn Dr. Löffler ablehnende Einstellung nicht geändert hat. Ich bitte Sie, dem Pg. Seifert folgende Verfügung des Leiters des Arbeitsbereichs bekannt zu geben:

1. Ich stelle fest, daß Gauleiter Mutschmann am 18. März 1943 der Landesregierung Sachsen mitgeteilt hat, daß die am 16. Februar 1942 über den Pg. Dr. Löffler gegebene schlechte Beurteilung aufgehoben ist.

2. Demzufolge hebe ich hiermit die gegen Dr. Löffler vom Personalamt der Regierung zum 30. September ds. Jrs. ausgesprochene Kündigung auf Antrag des Präsidenten der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda auf. Ich weise das Personalamt des Arbeitsbereiches Generalgouvernement an, diese Entscheidung zu den Akten zu nehmen und die Angelegenheit für erledigt zu erklären.

13.7.1943

18^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Botschaftsrat Schaumburg.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur Botschaftsrat Dr. Schaumburg einen Überblick über die allgemeine Lage im Generalgouvernement. Er weist darauf hin, daß das Interesse am Generalgouvernement im Steigen begriffen sei und daß in der kommenden Zeit auch einige ausländische Gäste dem Generalgouvernement einen Besuch abstatten wollten.

Botschaftsrat Dr. Schaumburg erklärt, daß er auf Grund von Berichten über die Lage vom Auswärtigen Amt zur Unterstützung des Generalgouverneurs nach Krakau berufen worden sei. Er wolle zu diesem Zweck seinen Kontakt mit dem Herrn Generalgouverneur möglichst eng gestalten.

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes wolle er das Einverständnis des Herrn Generalgouverneurs mit der Abberufung des Grafen di Fossombrone aus Krakau herbeiführen. Die Voraussetzungen dafür seien vom Auswärtigen Amt in Berlin bereits geschaffen worden. Die Tätigkeit des Grafen Fossombrone im Generalgouvernement habe viele belastende Momente ergeben, so daß ein weiteres Verbleiben des Grafen Fossombrone in Krakau nicht mehr möglich sei. Die Italienische Botschaft in Berlin sei mit seiner Abberufung auch einverstanden, wolle allerdings an seiner Stelle einen Konsul nach Krakau entsenden.

Der Herr Generalgouverneur ist mit der Abberufung des Grafen di Fossombrone unter der Voraussetzung einverstanden, daß dieselbe auf diplomatischem Wege in diskreter Form vor sich gehe. Konsulate wolle er grundsätzlich im Generalgouvernement nicht erreichtet sehen.

13.7.1943

Jeglicherdiplomatische Verkehr solle über das Auswärtige Amt in Berlin abgewickelt werden. Um das Interesse der ausländischen Diplomaten am Generalgouvernement zu befriedigen, sei er gern bereit, im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt ausländische Gäste im Generalgouvernement zu empfangen. Alle diese Besuche müßten von Botschaftsrat Dr. Schaumburg vorbereitet werden. Mit dem Antrag von Botschaftsrat Dr. S-chaumburg, die Wohnung des Grafen Fossombrone im Palais Pomorski beziehen zu dürfen, ist der Herr Generalgouverneur einverstanden. Der Chef der Kanzlei erhält den Auftrag, von dieser Entscheidung den Stadthauptmann von Krakau zu verständigen.

Zum Schluß werden noch die für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Besuche des ungarischen und des slowakischen Gesandten in Berlin erörtert, für die der Herr Generalgouverneur Botschaftsrat Dr.Schaumburg die notwendigen Vorbereitungen zu treffen bittet.

IV/S ... 18[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

Staatssekretär Dr. Mühlmann bittet den Herrn Generalgouverneur, für den zur Zeit im Wehrmachtsdienst stehenden Architekt Koettgen beim OKW einen Urlaub für die Abwicklung der Geschäfte, soweit sie für die Feststellung von Kunstgegenständen notwendig ist, erwirken zu wollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, ein entsprechendes Fernschreiben an das OKW gehen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann teilt dann dem Herrn Generalgouverneur, daß er zusammen mit Architekt von Palézieux die Burgräumlichkeiten besichtigt habe, in denen die Kunstschätze erster, zweiter und dritter Wahl untergebracht seien. Er könne feststellen, daß

13.7.1943

die Kunstschätze dort in musterhafter Ordnung gelagert seien.

Dem darauf erscheinenden Architekten von Palézieux eröffnet der Herr Generalgouverneur, daß Staatssekretär Mühlmann soeben die Unterbringung der Kunstschätze als mustergültig bezeichnet habe. Damit dürften wohl die bisher bestehenden Differenzen beseitigt sein, und man könne der weiteren Entwicklung in Ruhe entgegen sehen. Im übrigen bleibe es bei der Entscheidung des Führers. Von den Kunstgegenständen werde an niemanden etwas herausgegeben, es sei denn auf besondere schriftliche Verfügung hin. Was noch fehle, darüber müßten in den nächsten Wochen Feststellungen getroffen werden. Voraussetzung für das Gelingen dieser Feststellung sei ein freundschaftlich-kameradschaftliches Zusammenarbeiten. Man müsse sich darüber klar sein, welch' große Verantwortung man angesichts der zu betreuenden Millionenwerte zu tragen habe, und daß der Name des Generalgouverneurs wie aller anderen Beteiligten mit de dem Verbleib dieser Kunstschätze auf immer verbunden sei. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß sich die an diesen Dingen beteiligten Persönlichkeiten über ein Arbeitsprogramm einigten. Die Hauptarbeit werde nach dem Ausscheiden des Herrn Ernst in den Händen des Direktors Dr. Kudelich und des Architekten von Palézieux liegen, die sich wieder mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs bzw. seinem Stellvertreter ins Benehmen zu setzen hätten. Darüber müsse ihm dann zu gegebener Zeit ein Bericht vorgelegt werden, und aus diesem Bericht müsse hervorgehen, was völlig verschwunden, was verschenkt worden oder nicht mehr erreichbar sei.

-

13.7.1943

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß nunmehr eine Einigung zustande gekommen sei, und spricht dem Architekten von Palézieux, der sich hier als Fachmann in bester Weise bewährt habe, seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

20[00] Vorführung des anläßlich des 25-jährigen Jubiläums gedrehten Farbenfilms der Ufa "Münchhausen".

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Mittwoch, den 14.Juli 1943

10^{30} Besprechung mit Präsident Naumann.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, ihm in einem besonderen Schreiben Einzelangaben über den Verlauf der jüngsten Polizei-Großaktion im Distrikt Lublin zu machen.

Präsident Naumann wird in dieser Angelegenheit Berichte seiner Verbindungsleute anfordern.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbefehlsleiter Friedrichs und Dienstleiter Walkenhorst von der Parteikanzlei-München.

Der Herr Generalgouverneur gibt eingangs einen allgemeinen Überblick über die Lage im Generalgouvernement und teilt insbesondere die Ergebnisse der letzten Volkszählung im Generalgouvernement mit. Er weist darauf hin, daß die Partei im Generalgouvernement mit einer Zahl von 240 000 ständig anwesenden Deutschen rechnen könne.

Dann hat Oberbefehlsleiter Friedrichs als Vertreter des Reichsleiters Bormann mit dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Besprechung über die Regelung von Parteiangelegenheiten.

Nach Darlegung der Geschichte und Aufgaben des Generalgouvernements betont der Herr Generalgouverneur, daß er über die Parteiorganisation des Generalgouvernements erst persönlich mit Reichsleiter Bormann sprechen müsse, bevor endgültige Entschlüsse gefaßt werden können.

Oberbefehlsleiter Friedrichs will für diese Besprechung zwischen dem Herrn Generalgouverneur und Reichsleiter Bormann möglichst bald einen Termin ansetzen.

14.7.1943

Im einzelnen wird eine Einigung etwa auf folgender Grundlage skizziert:

1. Es werden etwa 7 Kreisstandorte des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP an den Orten und in den Kreisen gebildet, die die größte Zahl von Deutschen im Generalgouvernement aufweisen. Die in Betracht kommenden 7 Kreisstandortführer werden von Reichsleiter Bormann dem Herrn Generalgouverneur vorgeschlagen und sollen hauptamtliche Parteifunktionäre werden. Sie unterstehen dem für ihren Kreis zuständigen Distriktsstandortsführern.

2. In der Angelegenheit des Stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Schalk, der zur Zeit an der Front steht, erklärt der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck, daß er an Pg. Schalk um seiner Verdienste am Aufbau der Parteiarbeit im Generalgouvernement willen kameradschaftlich festzuhalten gedenke und auf keinen Fall zulassen werde, daß Pg. Schalk einfach auf Grund der bis jetzt gegen den Generalgouverneur und dessen Einrichtungen getriebenen Hetze abgesägt wird. Diese Hetzperiode muß nunmehr endgültig vorüber sein, und es darf keine Möglichkeit geben, sie wieder aufzunehmen. Demnach muß auch dem Pg. Schalk volle Genugtuung werden. Ohne eine Regelung dieser Angelegenheit, der auch Pg. Schalk seine volle Zustimmung gibt, ist die Durchsetzung eines anders gearteten Regimes in der Partei unmöglich.

14.7.1943

3. In der Frage der Personalunion bei der Leitung des Arbeitsbereiches und den Distrikten weist der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck darauf hin, daß diese Personalunion eine absolut unabdingbare Notwendigkeit ist; denn der Kampf, den der Generalgouverneur unter den schwierigsten Umständen im Namen des Führers und des Reiches zu führen hat, ist so außerordentlich groß, daß alle Autorität - auch die parteigenössische - in seiner und in der Hand seiner wichtigsten Mitarbeiter bleiben muß.

Im übrigen ist davon völlig unabhängig das Parteileben im Generalgouvernement im besten Gang und in voller Entwicklung. Eine Lösung könnte nach Erledigung des zu Punkt 2 Gesagten nur in der Form denkbar sein, daß ein Nachfolger für Pg. Schalk als neuer stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches in hauptamtlicher Funktion dem Herrn Generalgouverneur von der Partei vorgeschlagen wird. Ob aus dieser vorläufigen Berufung des stellvertretenden Leiters im Laufe der Zeit einmal die Stellung eines eigenen Leiters des Arbeitsbereiches wird, muß der Generalgouverneur von den Umständen abhängig machen, die die künftige Entwicklung mit sich bringt. Im übrigen ist die Lage des Generalgouvernements so ausserordentlich schwierig und dabei die Entwicklung in diesem Land für das Deutsche Reich so ungemein wichtig, daß Experimente auf keinen Fall gemacht werden können.

14.7.1943

Der Herr Generalgouverneur weist dann darauf hin, welche verheerenden Folgen die Einrichtung des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen für die Autorität des Generalgouvernements gehabt habe. Es habe sich eine eigene Polizei- und SS-Regierung gegen den Generalgouverneur zu bilden versucht, die nur mit Aufwand äußerster Energie im letzten Augenblick habe niedergeschlagen werden können.

In diesem Zusammenhang verweist der Herr Generalgouverneur auf das wahrscheinlich im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15.Juli erscheinende Übereinkommen zwischen den Staatssekretären Dr. Bühler u. Krüger und bezeichnet es als großen Sieg der Staatsidee über aufrührerisches Intrigantentum.

Des weiteren erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er zu jeder Aussprache mit Reichsleiter Bormann bereit sei und nach wie vor alles tun werde, um das Parteileben im Generalgouvernement, an dem er das größte Interesse habe, zu fördern und weiter zu entwickeln.

Oberbefehlsleiter Friedrichs erklärt, daß dem Reichsleiter Bormann nichts ferner läge, als irgendwie in den Verdacht zu kommen, daß er die geringste Animosität gegen den Herrn Generalgouverneur habe. Er könne vielmehr darauf hinweisen, daß Reichsleiter Bormann und auch er persönlich sich gerade in den letzten Monaten der Krise völlig zurückgehalten hätten und dass es nunmehr, da die Krise überwunden sei, naheliege, durch eine Besprechung mit Reichsleiter Bormann alles, was auf dem Parteisektor noch unklar sei, zu bereinigen.

14.7.1943

Oberbefehlsleiter Friedrichs dankt zum Schluß dem Herrn Generalgouverneur für den ihm bereiteten Empfang und bittet ihn, überzeugt zu sein, daß er seinerseits alles tun wolle, um die Bereinigung des Verhältnisses der Parteikanzlei zum Generalgouvernement in jeder Weise herbeizuführen.

13[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

13[15] F r ü h s t ü c k .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 15.Juli 1943

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Beauftragten der Italienischen Botschaft in Berlin Fossombrone in Gegenwart des Botschaftsrats Dr. Schumburg.

15[45] Besprechung mit Pressechef Gassner.

15[50] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schriftstücke zur Unterschrift vor.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung zum Schutze der Ernteerfassung und zur Ernährungssicherung im Wirtschaftsjahr 1943/44
2. einer Verordnung über die Errichtung der Bewirtschaftungsstelle für Mineralöle im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Ministerialrat Dr. Weh gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei Dr. Lammers betr. die

Verordnung zur Rechtsangleichung zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement auf dem Gebiet des Patent- und Gebrauchsmusterrechtes vom 1.Juni 1943.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Hauptabteilung Justiz vorerst von diesen Vorschriften keinen Gebrauch macht, und zwar mit der Begründung, daß ihm dieser Vorgang völlig unbekannt sei.

15.7.1943

16[00] Abschlußsitzung des vom Herrn Generalgouverneur eingesetzten Wirtschaftsausschusses des Generalgouvernements im Königssaal.

(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Präsident Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Beratungen, die der Wirtschaftsausschuß in seiner Sitzung am Vormittag gepflogen hat.

Das Problem der Sanierung der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements zerfalle in je einen Beitrag der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft. Präsident Naumann habe den neuen Ernährungsplan des Generalgouvernements mitgeteilt, der ab 1.September für die fremdvölkische städtische Bevölkerung und die im deutschen Interesse arbeitenden Menschen des Generalgouvernements die Warthegausätze einführe und damit eine ausreichende Ernährung sicherstelle.

Die gewerbliche Wirtschaft habe die Aufgabe, die Arbeiter so zu stellen, daß sie mit ihrem legalen Lohn unter Anlegung strengster Maßstäbe neben den Lebensmitteln die täglichen Artikel zu normalen Preisen kaufen könne für ihren Bedarf. Gelinge das, dann sei auch der Unternehmer nicht in die Zwangslage versetzt, nach Auswegen zu suchen, die ungesetzlich seien, z.B. in der Form, daß er einen Teil seiner Produktion dem Schleichhandel zuführe.

Auf dem gewerblichen Gebiet habe man nun Vorkehrungen getroffen in der Form, daß dem Arbeiter die notwendige Bekleidung und auch Hausstandsartikel zur Verfügung gestellt werden könnten. Der gewerbliche Sektor habe sich verpflichtet, im Rahmen des

15.7.1943

Möglichen über die Rüstungsindustrie hinaus auch den in den übrigen Industrien arbeitenden Menschen Waren zuzuführen. Über die Maßnahmen auf diesem Gebiet hätten die Vertreter der Bewirtschaftungsstellen für Spinnstoffe, Lederwaren und Eisen gesprochen.

Auf dem Spinnstoffgebiet habe man einen Plan aufgestellt, der sich aus der Eigenerzeugung des Generalgouvernements und dem Reichsbeitrag zusammensetze. Die Gesamterzeugung werde nach dem Beispiel des Reiches in Punkten gewertet. Dem Generalgouvernement stünden für insgesamt 23o Millionen Punkte Waren zur Verfügung. Von diesen 23o Millionen Punkten würden für Prämienzwecke der Ernteerfassung vorerst loo Millionen Punkte abgezweigt. Die restlichen 13o Mill. Punkte verteilten sich auf Rüstungsbetriebe, A- und B-Betriebe, Wehrmachtsbetriebsstellen und auf die übrigen gewerblichen Sektoren.

Eine schlagartige pro-Kopf-Zuteilung lasse sich nicht durchführen. Man werde bei dem bisher üblichen Verfahren bleiben, indem man von den 13o Mill.Punkten nach einer gerechten Verteilungsliste den einzelnen Betriebsführern zu einem Stichtag eine gewisse Menge Waren zur Verfügung stelle. Diesem sei es dann überlassen, diese Waren an Stellen besonders großen Notstandes oder als Belohnung für besonders gute Leistungen zu verwenden.

Auf den Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, ob nicht wie auf dem Ernährungssektor auch auf dem gewerblichen Sektor ab 1.September eine größere Aktion möglich sei, erklärt der Leiter d. Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe, daß man für diesen Termin Waren für 3o Millionen Punkte zur Verfügung stellen könne, ohne die loo Mill. Punkte der Landwirtschaft zu gefährden.

716

15.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über diese Zusage Ausdruck und weist darauf hin, daß es psychologisch von ungeheuerer Bedeutung sei, wenn zugleich mit der Einführung der neuen Rationssätze auch eine größere Aktion auf dem Gebiete der Spinnstoffverteilung gestartet werden könne.

Der Leiter der Hauptabteilung Arbeit Präsident Struve bezeichnet es als ungeheuer eindrucksvoll, wenn die deutsche Verwaltung erklären könne, daß ab 1. September die Ernährung des Kreises der Bevölkerung gesichert sei, der im europäischen Sinne arbeite; ausserdem könne man dann noch darauf verweisen, daß sofort Waren für 30 Millionen Punkte zur Verfügung gestellt würden und daß im Generalgouvernement ein Auflageprogramm gestartet sei, mit dem man das Ziel verfolge, in fortschreitendem Maße Artikel des täglichen Bedarfes herzustellen und der im europäischen Sinne tätigen Bevölkerung zuzuleiten.

Geschäftsführer Burghardt will auf dem Gebiete der Zuteilung von gewerblichen Erzeugnissen auch das Handwerk und den Handel nicht vergessen sehen.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Leder Reitz kann für eine zusätzliche Versorgung mit Schuhwerk nichts zusagen. Auf dem Ledergebiet lebe man von der Hand in den Mund, da die Rohstoffe aus der Landwirtschaft kämen. Man werde die Versorgung auf der bisherigen Basis weiterführen, die den Verhältnissen und der Versorgung im Reich gleichwertig sei. Die im deutschen Interesse arbeitenden Polen seien im Winter ausreichend mit Schuhwerk versorgt.

15.7.1943

Präsident Naumann berichtet sodann von der katastrophalen Lage der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Eisenversorgung; man sei nicht mehr in der Lage, genügend Hufeisen herzustellen, von Wagenbeschlägen ganz zu schweigen. Die geringen Zuteilungsmengen würden für die Herstellung von Pflugscharen und zur Erstellung unerläßlicher Bauten benötigt.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Eisen und Stahl Pikler erklärt dazu, daß anläßlich der Zusammenlegungsaktion von Betrieben einige Tausend Tonnen Eisen frei geworden wären, von denen man der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft abgeben könne.

Der Herr Generalgouverneur setzt sich für eine bevorzugte Eisenzuteilung an die Landwirtschaft ein.

Des weiteren will er die Herstellung von Töpfen, Strohschuhen und Schuhen aus Holzgeflecht im verstärkten Maße durchgeführt sehen, ebenso eine Steigerung der Keramikerzeugung und der Erzeugung von Bedarfsartikeln für Küche und Haus.

Zur Frage der Verteilung erklärt Präsident Dr. Emmerich noch, daß eine genaue Liste der Betriebe und der Fertigungen bestehe; auf Grund dieser Liste fände die Verteilung an die einzelnen Betriebe statt.

Der Herr Generalgouverneur ordnet dann für Dienstag, den 3. August, 16 Uhr im Großen Sitzungssaal der Regierung eine Wirtschaftsführer-Tagung an, in der die Ergebnisse der Beratungen des Wirtschaftsausschusses bekannt gegeben werden sollen.

16^{40} T e e - Empfang für die Wirtschaftsführer.

18^{40} Besprechung mit Pressechef Gassner.

(Übernachtung auf der Burg.)

Anwesenheitsliste

für die Wirtschafts[illegible]

am 15.Juli 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]offer	Leiter u. Referent	Bewirtschaftungsstelle Papier u. Verpackungsmittel
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Leiter	Bew. f. Leder u. Pelze
[illegible]	[illegible]	H. [illegible]
[illegible]	Präsident	Hauptabtlg. Arbeit
[illegible]	Präsident	Hauptabt. E u. L
[illegible]	[illegible]	Reichsmin. Speer [illegible]
[illegible] Stahr.	Bereichsleiter	NSDAP
[illegible]	[illegible]	H.A. [illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Hartmann	Direktor der	Handelsgesell. Deutscher Kauf
Dr Weber	Geschäftsführer	Gruppe Industrie in der Reichsgr. Gewerbliche Wirtschaft u. Industrie
Dr. [illegible]	Min.Rat	Amt für Gesetzg
Diktar	Leiter	[illegible] für Eisen und Stahl
Schnecke	ORR	H.A. Wirtschaft
Dr. Boepple		

Krakau

Freitag, den 16. Juli 1943

11[30] Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist ein an den Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller, betr. die Regelung der Verwaltungszuständigkeit der Generaldirektion der Ostbahn. Diesem Schreiben ist der Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer Hauptabteilung "Verkehr" in der Regierung des Generalgouvernerents beigefügt.

Präsident Gerteis erklärt, daß, soweit die Zuständigkeit der Generaldirektion in Frage komme, die in dem Schreiben gemachten Vorschläge von ihm akzeptiert worden seien. Der Text der Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung "Verkehr" müßte noch einige Änderungen erfahren. Im übrigen könne er zu seiner großen Genugtuung feststellen, daß nunmehr eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Reichsverkehrsministerium und Generaldirektion der Ostbahn gewährleistet sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß auf Grund des in dem Schreiben enthaltenen Zuständigkeitskatalogs die Generaldirektion der Ostbahn als solche anerkannt und ihrem Präsidenten ein Weisungsrecht und eine Anordnungsbefugnis zugestanden worden seien. Er könne sich deshalb mit dieser Neuregelung der Verwaltungszuständigkeit einverstanden erklären, müsse sich allerdings dagegen verwahren, daß diese Neuregelung der Zuständigkeit erst nach Bildung der Hauptabteilung "Verkehr" in Kraft trete.

16.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt sodann Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis, gemeinsam einen Entwurf über eine Anordnung betr. diese Zuständigkeit auszuarbeiten und ihm baldmöglichst vorzulegen. Präsident Gerteis wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, ihm einen Vorschlag zur Abänderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung zu unterbreiten. Ferner werden Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis beauftragt, ein Antwortschreiben auf das Schreiben des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller zu verfassen und ihm baldmöglichst vorzulegen.

Der Herr Generalgouverneur legt dann in weiteren Ausführungen dar, daß es jetzt darauf ankomme, die Stellung des Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn nach Möglichkeit zu stärken. Die Repräsentanz aller Eisenbahnangelegenheiten müsse förderhin beim Präsidenten der Generaldirektion liegen. Auch die Gouverneure hätten sich stets in allen Eisenbahnangelegenheiten an den Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn zu wenden, umso mehr, als sich die Ostbahndirektionen über verschiedene Distrikte erstreckten. Wenn die Neuregelung durchgeführt sei, sei er bereit, die drei Präsidenten der Ostbahndirektionen zu empfangen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß sich das Vermögen der Ostbahn zur Zeit auf 6,5 Milliarden Zloty belaufe.

Präsident Gerteis berichtet dann noch über die gegenwärtige Lage des Verkehrs in Galizien. Die Strecken seien wiederholt von Banden angegriffen worden, die u.a. drei Brücken gesprengt hätten. Sie

seien jetzt von den Hauptlinien abgedrängt und trieben sich im Bereiche der Südoststrecken herum. Zur Zeit verursachten sie jedoch keine größeren Schäden, die Züge würden abgenommen, und die Hauptlinie über Tarnopol sei wieder frei.

12.00 Besprechung mit Bankdirektor Dr. Paersch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt Bankdirigent Dr. Paersch von dem Inhalt eines an den Generalgouverneur gerichteten Briefes des Reichsministers der Finanzen Kenntnis, in welchem u.a. auf die Währungssituation im Generalgouvernement eingegangen wird.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Bankdirigent Dr. Paersch, zu diesem Schreiben des Reichsfinanzministers vom 10. Juli 1943 Stellung zu nehmen und ihm nötigenfalls den Entwurf eines Antwortschreibens vorzulegen.

12.30 Besprechung mit Regierungsrat Arnold in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt Regierungsrat Arnold als Vertreter des Präsidenten Ohlenbusch Kenntnis von einem an den Generalgouverneur gerichteten Schreiben des Reichsministers Dr. Goebbels, betr. den Film "Ordnung schafft Brot". In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das Filmvorhaben, wie eine Besichtigung gezeigt habe, nicht so angelegt worden sei, um ein Publikum, das den Stoff zunächst indifferent gegenüberstehe, zu beeindrucken; es fehle ihm die unvermeidbare Spannung sowie Tempo und Schwung, und der erwartete Erfolg werde mit der vorliegenden Fassung nicht erwirkt werden. Die Notwendigkeit, über

16.7.1943

die Aufbauarbeit im Generalgouvernement zu berichten, werde eingesehen, und man sei gern bereit, dem Generalgouvernement bei diesen Bemühungen behilflich zu sein. Reichsminister Dr. Goebbels wolle daher gern seinen Mitarbeiter Kaufmann zur Verfügung stellen, um die Wünsche des Generalgouvernements durch eine leistungsfähige Filmfirma in geeigneter Weise zu verwirklichen.

Der Herr Generalgouverneur richtet ein Schreiben an Präsident Ohlenbusch, in welchem er ihn bittet, ihm ein geeignetes Antwortschreiben an Reichsminister Dr. Goebbels vorzuschlagen, des weiteren ersucht er Regierungsrat Arnold, dem Präsidenten Ohlenbusch mitzuteilen, er möge den genannten Mitarbeiter Kaufmann baldmöglichst nach Krakau zu einer Besprechung einladen.

12[35] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12[40] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA.-Oberführer Peltz.

SA.-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß gestern bei einem Überfall auf eine marschierende SA.-Kolonne in Warschau 3 Männer schwerverletzt und mehrere Leichtverletzt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SA.-Oberführer Peltz, sich nach dem Befinden der Verletzten zu erkundigen, ihnen jegliche Fürsorge zuteil werden zu lassen und seine herzlichen Grüße zu übermitteln.

16.7.1943

SA.-Oberführer Peltz wirft dann die Frage auf, ob in den Tagen der Parteitagsveranstaltungen SA.-Männer zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden dürften.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß in diesen Tagen ein solcher Einsatz erfolgt. Überhaupt könne es sich beim Einsatz des Polizeihilfsdienstes gemäß seiner Weisung grundsätzlich nur um Sonderfälle handeln. Im übrigen erkenne er das Verdienst der SA. im Generalgouvernement voll an und werde es beim Parteitag in jeder Weise herausstellen.

Im weiteren Verlauf wird dann zu den Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages Stellung genommen, in Sonderheit auch zu der Frage, in welcher Weise die SA. im Rahmen dieser Veranstaltung mitwirken soll.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine abschliessende Besprechung des Programms für die Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages auf Donnerstag, den 22. Juli 1943, nachmittag 4 Uhr auf der Burg an.

Im Anschluß an diese Besprechung umreißt der Herr Generalgouverneur die Pflichten und den Aufgabenkreis der Partei im Generalgouvernement. Er führt dabei aus, daß seines Erachtens die Wirkung der Partei nicht dadurch gefördert werde, daß sie im staatlichen Sektor auftrete. Sie könne immer nur durch sich selbst wirken. Es sei immer sein Bestreben gewesen, diesen für die Partei nützlichen Gedanken in den Vordergrund zu rücken. Jemehr die Autarkie des Generalgouvernements zunehme, umso wichtiger sei es, daß die Partei das Bewußtsein von ihrer eigentlichen Aufgabe habe.

16.7.1943

Die Partei müsse als weltanschauliche Hüterin des heiligen Grals unabhängig von dem jeweiligen staatlichen Wirken sein. Er würde als Parteimann niemals die Verantwortung eines Beamten übernommen haben, hätte auch niemals den Vorschlag gemacht, für die Einberufung der Beamten die Partei in Bewegung zu setzen. Es sei ein Unding, daß die Parteikanzlei als verlängerter Arm der Reichszentrale auftreten und auf der anderen Seite doch Partei sein wolle. Sie müsse unabhängig von den Geschehnissen im Staat sein. Wenn man die Kraft des Glaubens wirklich besitze, dann erkenne man, daß die Partei etwas Ewiges, der Staat etwas Vergängliches sei. Die Partei sei die Volksseele der Nation. Die Partei solle nicht innerhalb, sondern außerhalb des Staates eine Kontrolle führen und müsse stets auf Seiten des Volkes sein, denn sie sei keine staatliche Einrichtung zur Beherrschung des Volkes.

13⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh die Leiter der Abteilung III der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und die leitenden Angestellten der Landwirtschaftlichen Zentralstelle im Königssaal der Burg. Sie werden dem Herrn Generalgouverneur von Hauptabteilungspräsidenten Naumann vorgestellt.

Präsident Naumann richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:

Am Ende des vierten Kriegswirtschaftsjahres ist es einem Teil meiner Mitarbeiter aus verschiedensten

Gebieten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine große Freude und Ehre, von Ihnen, Herr Generalgouverneur, auf der Burg zu Krakau empfangen zu werden.

Hinter uns liegt ein Jahr schärfster Arbeit und höchster Kraftanspannung. Dank der Waffen, die Sie uns in Form des Ernteausnahmezustandes und mehrerer anderer Verordnungen im vorigen Jahre gegeben haben, dank der guten Unterstützung, die wir von sämtlichen anderen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements erfahren haben, ist das vierte Kriegswirtschaftsjahr als ein Erfolg für die Ernährung und Landwirtschaft des Generalgouvernements zu verbuchen. Wir konnten die Leistung und die Erfassung der wichtigsten Produkte außerordentlich steigern. Einige wenige Zahlen können das eindeutig erweisen. Auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft stiegen die Erfassungserfolge vom Jahre 194o mit 385 ooo to auf 685 ooo to im Jahre 1941. Aus der Ernte des Jahres 1942 konnten 1,239 Mill.Tonnen erfaßt werden. Auch auf anderen Sektoren wie auf dem Gebiet der Kartoffelwirtschaft, der Zuckerwirtschaft, der Fleisch- und Fettwirtschaft und aller übrigen Wirtschaftszweige sind ähnliche, zum Teil noch höhere prozentuale Steigerungen der Erfassung zu melden.

Ich benutze nun die Gelegenheit des heutigen Empfanges auf der Burg zu Krakau, um Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu überreichen:

1. den Geschäftsbericht der Landwirtschaftlichen Zentralstelle für das Jahr 1941/42

2. einen Leistungs- und Entwicklungsbericht der Liegenschaftshauptverwaltung.

16.7.1943

Ich darf dazu ergänzend bemerken:

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle, auf Vorschlag meines Amtsvorgängers Landesbauernführers Körner von Ihnen im Januar 1940 verordnet, hat sich aus kleinsten Anfängen zu dem größten Unternehmen des Generalgouvernements entwickelt. Beim Studium des Geschäftsberichtes werden Sie sehen, wie die Ansätze auf einer Seite der Bilanz gestiegen sind: nämlich im Jahre 1941/42 auf insgesamt 1 Milliarde 91 Millionen Zloty. Der diesjährige Bericht wird ein weiteres Steigen dieser Zahl bringen.

Auch die Liegenschaftshauptverwaltung ist von Ihnen im Januar 1940 verordnet worden und hat sich im Laufe der Jahre zu einem sehr umfangreichen achtunggebietenden Teil der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entwickelt. Der unmittelbaren Bewirtschaftung der Liegenschaftshauptverwaltung unterstehen heute 2 300 Großbetriebe mit einer Gesamtfläche von 800 000 Hektar, die zum größten Teil landwirtschaftlich genutzt ist. Daneben sind Tausende und Zehntausende von landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben verpachtet, die zum Teil aus jüdischem Vermögen, zum Teil aus anderem herrenlosen Vermögen stammen. Auch diese Abteilung ist ganz neu im Generalgouvernement eingeführt, wie übrigens auch die Landwirtschaftliche Zentralstelle eine einzigartige Schöpfung des Agrarsektors ganz Europas darstellt.

Wir stehen nunmehr vor einer neuen Kraftanstrengung, vor der Erfassung der Ernte 1943. Wir kennen die Schwierigkeiten, die sich uns sowohl auf dem Gebiete der Sicherheit wie auch auf anderen wichtigen Gebieten entgegenstellen. Trotzdem werden wir genauso wie im vorigen Jahre unsere ganze Kraft einsetzen, um die noch höher gesteckten Ziele der Erfassung der Ernte 1943 zu erreichen.

16.7.1943

Herr Generalgouverneur, Sie haben uns wieder hervorragende Waffen in die Hand gegeben: Sie haben uns den Ernteausnahmezustand gegeben und uns erlaubt, die Prämienaktion in dieser für Europa erstmaligen Form weiter durchzuführen. Wir glauben, daß wir mit diesen beiden Instrumenten und mit der in großem Umfange zu erwartenden Hilfe der anderen Dienststellen des Generalgouvernements wieder Großes erreichen werden; wir glauben, daß wir am Ende des fünften Kriegswirtschaftsjahres für die Wirtschaft des Generalgouvernements und auch für die Wirtschaft des Großdeutschen Reiches wie für den Endsieg einen entscheidenden Beitrag geleistet haben werden.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe die Gelegenheit sehr gern wahrgenommen, Sie heute auf der Burg persönlich zu empfangen und Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Sowohl die Liegenschaftshauptverwaltung wie die Landwirtschaftliche Zentralstelle haben wirklich vorbildliche Arbeit geleistet. Es liegt mir ob, Ihnen mit dem Dank und der Anerkennung auch mein persönliches Vertrauen darauf zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn die bisherigen Methoden weiter sauber angewendet werden, auch die künftige Entwicklung vorbildlich sein wird.

Ihnen, Herr Präsident, und Ihren Mitarbeitern habe ich schon einmal im allgemeinen Teil der Hauptabteilung beim Abschluß der Ernte 1942 meinen Dank für den wirklich einzigartigen Einsatz der deutschen nationalsozialistischen Bauernführer in diesem Bereich zum Ausdruck gebracht. Wie Sie wissen, wie es sich auch im Reich herumgesprochen hat und selbst bei

16.7.1943

amtlichen Stellen des Reiches nicht mehr länger verschwiegen werden kann, ist die Leistung des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Nahrungsproduktion im Interesse des Deutschen Reiches so außerordentlich, daß sie zweifellos die Note 1 verdient, die sie auch bekommen hat. Das ist für Sie, Herr Präsident Naumann, und alle Ihre Mitarbeiter ein stolzes Zeichen. In diesem Zeichen der Leistung allein besteht der Sinn des Lebens, nicht so sehr in der Anerkennung dergestalt, daß nun alle von vornherein mit Glück und Zustimmung auf die Leistung des Einzelnen schauen. Leider sind ja in der Welt Neid und Mißgunst viel häufiger als Anerkennung und freudige Zustimmung. Doch dürfen sich Männer von Nichts zurückschrecken lassen, wenn es sich um Pflichterfüllung im Dienste von Führer und Reich für die Größe unseres Reiches handelt. Das haben Sie und Ihre Mitarbeiter in besonders vorbildlicher Weise bewiesen. Ich freue mich daher, Ihnen in diesem stolzen Saal der Burg zu Krakau meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen zu können.

Die Landwirtschaftliche Zentralstelle wird sich, wie ich aus dem Jahresbericht werde erkennen können, in Umsätzen bewegen, die darauf schließen lassen, daß sie tatsächlich eine der größten Unternehmungen des Generalgouvernements darstellt. Ich glaube, dies prägt sich nicht so sehr im ziffernmäßig Erkenntlichen aus als vielmehr in der Durchsetzung eines organisatorischen und führungsmäßigen Prinzips, das hier seine sieghafte Vollendung erfährt.

Das Gleiche ist für die Liegenschaftshauptverwaltung festzustellen, eine zweite Schöpfung völlig originärer Art. Diese beiden Organisationen stehen auch

16.7.1943

künftig unter meinem besonderen Schutz. Sie, Herr Präsident Naumann, können überzeugt sein, daß ich alles tun werde, um Ihnen auch für die kommende Arbeit zu helfen. Die loyale Zusammenarbeit, die Sie und Ihre Mitarbeiter mit allen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements gezeigt haben, wird auch jene Schwierigkeiten überwinden, die sich nunmehr aus Bereichen über uns stürzen, für die wir eine Verantwortung nicht tragen. Mögen sich die Schwierigkeiten, die die Durchführung der Befriedungsaktion im südlichen Teil des Generalgouvernements mit sich gebracht hat, nicht allzu sehr auf die Ernteergebnisse auswirken!

Ich weiß, daß angesichts der völligen Wiederherstellung der Staatsautorität auch für die Struktur der Regierung ein Ordnungsfaktor geschaffen werden wird, der Ihnen in Zukunft die Arbeit erleichtert. Die Autorität des Generalgouvernements und seiner Regierung ist das Fundament der Arbeit in diesem Raum. Diese Autorität ist nicht ein leeres Wortspiel oder irgendwie eine Dokumentierung der Gelassenheit des Reiches solchen Dingen gegenüber, sondern die schwerste Belastung, die deutschen Männern auferlegt werden kann. Wir haben insgesamt - Sie nicht minder als ich - aus dem völligen Nichts, aus dem Chaos, das wir übernommen haben, im Laufe von vier Jahren ein vorbildliches organisches Ganzes aufgerichtet, das uns bis jetzt noch niemand nachgemacht hat. Die Leistungen des Generalgouvernements sind einzigartig. Innerhalb dieser Leistungen stehen Sie, Herr Präsident Naumann, Ihr bewährter Amtsvorgänger Landesbauernführer Körner und die Mitarbeiter in Ihrer Zentrale und draußen in den Distrikten mit an erster Stelle.

16.7.1943

Ich will diesen Anlaß heute gern und freudig benutzen, um Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Ich wünsche, daß von Ihnen bis zu dem letzten Amtsträger der landwirtschaftlichen Führung im Generalgouvernement das Bewußtsein ausstrahlt, daß ich, meine Regierung und alle Staats- und Parteiorganisationen des Generalgouvernements restlos mit Ihnen Ihre Arbeit als gemeinsame größte Aufgabe ansehen. Für diese Arbeit, insbesondere für die Einbringung und Sicherung der Ernte 1943 wünsche ich Ihnen alles das Beste. Was ich tun konnte, um Ihnen zu helfen, habe ich getan und werde ich weiter tun. Ich erwarte, daß Sie wie bisher das Ihrige tun.

13^30 Mittagessen.

17^00 Tee - Empfang. Als Gäste sind geladen Beauftragter der Italienischen Botschaft in Berlin Fossombrone, Botschaftssekretär Graf Nichetti und Sonderwirtschaftsbevollmächtigter der Ital. Botschaft Baron Schmidt.

(Übernachtung auf der Burg.)

Krakau

Samstag, den 17.Juli 1943

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Wille und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist die vom Reichsministerium der Justiz erlassene Verordnung über die Rechtsangleichung zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts vom 1.Juni 1943.

Präsident Wille erläutert den Werdegang dieser Verordnung. Er führt aus, daß im November 1941 ein Schreiben über die Vereinheitlichung des europäischen Patentrechtes ergangen sei, in welchem darauf hingewiesen werde, daß das Patentrecht im großdeutschen Machtbereich einheitlich unter das Reichspatentamt gestellt werden müsse. Dieses Schreiben habe offenbar auch auf die Verhältnisse im Generalgouvernement Bezug nehmen wollen. Er, Präsident Wille, habe dann mit Präsident Dr. Emmerich und dem Leiter des Patentamtes in Warschau verhandelt. Er habe darauf eine Einladung zu einer Sitzung im Auswärtigen Amt für den zweiten Januar erhalten, in welcher die Frage der Vereinheitlichung des Patentrechtes des Reiches mit dem Generalgouvernement behandelt werden sollte. Damals habe er betont, daß er zunächst keine Erklärungen abgeben könne und daß im übrigen gewisse Erwägungen, besonders die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements gegen die geplante Änderung sprächen. Von seiten des Reichswirtschaftsministeriums sei zunächst das Einverständnis mit dieser Auffassung erklärt worden, während das Auswärtige Amt und das Reichsjustizministerium vom Rechtsstandpunkt eine solche Vereinheitlichung sehr begrüßt hätten. Auch die Wehrmacht habe keine Bedenken geäußert. Er habe dann Staatssekretär Dr. Bühler über die Sachlage Vortra

gehalten. Staatssekretär Dr. Bühler sei zunächst entgegenkommender dem Reich gegenüber gewesen als er, Präsident Wille, habe allerdings einen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Anmeldungen machen wollen. Später habe dann der Herr Generalgouverneur entschieden, daß nach den Vorschlägen des Präsidenten Wille verfahren werden, man also erklären sollte, daß man sich der Neuregelung nicht anschliesse. Schließlich habe der Gesandte Albrecht als Vertreter des Unterstaatssekretärs Gauß von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes an den Gesandten von Wühlisch geschrieben. Gesandter von Wühlisch und er, Präsident Wille, hätten dann einen Brief an das Auswärtige Amt geschrieben, der völlig im Sinne des Generalgouvernements gehalten gewesen sei. Auf diesen Brief habe zunächst das Auswärtige Amt nichts veranlaßt, dann aber im Juli des vorigen Jahres zu einer großen Tagung in Weimar eingeladen, auf der die <u>Vereinheitlichung des europäischen Patentrechtes</u> besprochen werden sollte. Auf seinen Vortrag habe mit ihm auch Staatssekretär Dr. Boepple die Kriegswichtigkeit dieser Angelegenheit bezweifelt. Auf dieser Tagung in Weimar habe sich dann ergeben, daß die Slowakei, die früher in Prag ein Patentamt gehabt habe, jetzt wieder ein eigenes Patentamt errichten wolle, wogegen sich das Reich gewendet habe. Von seiten der Slowakei sei demgegenüber darauf hingewießen worden, daß es in den besetzten Gebieten und auch im Generalgouvernement eigene Patentämter gebe. Dieser Tatbestand habe dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, die Frage aufzurollen. In der Tagung selbst habe die Frage aber nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

17.7.1943

Es sei beschlossen worden, daß eine Denkschrift, hervorgegangen aus der Arbeit der Akademie für Deutsches Recht, gedruckt und allen Teilnehmern der Tagung zur Stellungnahme übermittelt werden sollte. Die für das Generalgouvernement wichtige Frage sei dadurch nicht berührt worden, und tatsächlich habe sich auch das Auswärtige Amt seither jeden weiteren Schrittes auf diesem Gebiet enthalten.

Er habe dann in einer Rücksprache mit dem zuständigen Geheimrat des Auswärtigen Amtes, zu dessen Ressort offenbar die Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts gehöre, festgestellt, daß ihm von dem, was sich in der Zwischenzeit ereignet hatte, nichts bekannt sei.

Eine Änderung der Sachlage sei nun durch ein Schreiben eingetreten, das die Reichsgruppe Industrie unter dem 17.Dezember 1942 an die Regierung des Generalgouvernements gerichtet habe und in welchem geltend gemacht worden sei, es sei für die Reichsgruppe Industrie nicht mehr tragbar, daß im Generalgouvernement ein besonderes Patentrecht bestehe. Während er, Präsident Wille, im vorhergehenden Stadium immer den Standpunkt vertreten habe, daß gar kein Anlaß bestehe, an dem Patentamt Warschau zu rütteln, habe er diesen Standpunkt Anfang 1943 nicht mehr aufrecht erhalten können. Vom 1.Oktober 1942 an sei nämlich in den eingegliederten Ostgebieten das deutsche Patentrecht in viel größerem Umfange in Geltung als im Generalgouvernement, wo noch auf die alten Belange Rücksicht genommen werde. Es ergebe sich das Bild, daß das Reichspatentrecht in den eingegliederten Ostgebieten, in Elsaß-Lothringen, Luxemburg in Gesetzen vereinheitlicht sei. Das Generalgouvernement sei gewissermaßen dazwischen eine Insel mit eigenem Patentrecht gewesen, was vor allem auch für die Anwendung der polnischen Sprache gelte. Insofern sei also das Generalgouvernement ein Fremdkörper, und es habe sich gefragt, ob

17.7.1943

dieser Fremdkörper noch aufrecht erhalten bleiben könne. Das habe die Hauptabteilung Justiz nicht für möglich gehalten. Angesichts der zunehmenden Verlagerung von Industrien sei das Generalgouvernement ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die gesamte Rüstungsindustrie geworden, und infolgedessen bestehe in erhöhtem Maße, daß die Patente der deutschen Industrie, die auch im Generalgouvernement Geltung haben müßten, auch dort angemeldet würden. Hinzugekommen seien die Ereignisse der letzten Zeit mit der Durchführung des totalen Krieges, angesichts dessen jede Arbeitskraft voll ausgenutzt werden müsse. Weiter ergebe sich aus einer Statistik, daß in den drei Jahren des Bestehens die Neuanmeldungen beim Patentamt in Warschau zu mindestens 75, manchmal sogar 80 % von Reichsdeutschen erfolgte.

Er habe dann dem Staatssekretär Dr. Bühler eingehend Vortrag über die Sachlage gehalten. Staatssekretär Dr. Bühler habe sich zunächst völlig ablehnend verhalten und ihn ermächtigt, ein Schreiben an das Reichsjustizministerium zu richten, des Inhalts, daß sich die Regierung des Generalgouvernements mit der vom Reichsjustizministerium vorgeschlagenen Fassung der Verordnung nicht einverstanden erklären könne. Darauf habe der zuständige Referent im Reichsjustizministerium zurückgeschrieben, daß sich plötzlich der Dreierausschuß - Reichsminister Dr. Lammers, Reichsleiter Bormann, Generalfeldmarschall Keitel - mit der Angelegenheit befaßt habe, die in seinem Auftrage von Staatssekretär Kusschl bearbeitet würde. Dann habe auf seinen Vorschlag Staatssekretär Dr. Bühler Staatssekretär Kusschl gebeten, dafür zu sorgen, daß nichts veröffentlicht würde, bevor die Gegenäußerung der Regierung des Generalgouvernements vorliege.

17.7.1943

Er, Präsident Wille, habe gegen den Verordnungs-
entwurf fünf Beanstandungen gemacht, denen auch
Rechnung getragen worden sei. Sachlich könne man also
vom Standpunkt des Generalgouvernements mit der Ver-
ordnung völlig einverstanden sein. Vom Reichsjustiz-
ministerium sei sodann die Frage aufgeworfen worden,
von welcher Stelle aus die Verordnung zu erlassen sei.
Von seiten der Hauptabteilung Justiz sei in formeller
Hinsicht darauf verwiesen worden, daß übereinstimmende
gegenseitige Verordnungsentwürfe aufgestellt werden
müßten. Darauf sei am 16. April 1943 ein Schreiben
des Reichsjustizministeriums bzw. Staatssekretär
Dr. [illegible] eingegangen, in welchem gesagt worden sei, daß die
Verordnung in ihrer praktischen Anwendung Schwierig-
keiten böte, da der Reichsjustizminister nur für das
Reich, der Generalgouverneur nur für das Generalgouver-
nement Recht setzen könne; [illegible] grif-
fen ineinander über, daher sei eine territoriale Tren-
nung schwierig, und es seien [illegible] Gegenüberstellungen
erforderlich, so [illegible] nach den
Paragraphen der Reichsverordnung - andererseits nach
den Paragraphen der Verordnung des Generalgouverne-
ments. Wenn das auch [illegible], so ließen
sich doch diese Bedenken nicht ganz von der Hand
weisen. Deshalb habe er [illegible] an
Reichsminister Dr. Lammers ein Schreiben gerichtet,
in welchem darauf hingewiesen worden sei, daß eine
einheitliche Verordnung geschaffen und eine Stelle
errichtet werden müsse, die sowohl für das Reich wie
für das Generalgouvernement Recht setzen könne.

Endlich habe sich General von Unruh in die Bear-
beitung dieser Angelegenheit eingeschaltet, und zwar
offenbar auf Betreiben des Reichsministers Speer, der
geltend gemacht habe, daß durch die Neuregelung ge-
gebenenfalls eine relative Mehrarbeit entstünde.

Andernfalls aber Tausende von Leuten für die Wehrmacht freigestellt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Wille seine Anerkennung dafür aus, daß er den Standpunkt des Generalgouvernements in dieser vorbildlichen Weise vertreten habe. Was notwendig gewesen sei, habe Präsident Wille durchgesetzt und so die Interessen des Generalgouvernements gewahrt. Er bitte allerdings, dafür Sorge zu tragen, daß ihm künftig durch Übersendung eines Durchschlags rechtzeitig Mitteilung von solchen Dingen gemacht werdes, damit auch er sich einschalten könne.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Anordnung:

> Die grundlegende Verordnung des Reiches wird nicht im Verordnungsblatt des Generalgouvernements abgedruckt, sondern es wird auf sie nur allgemein Bezug genommen, und zwar etwa mit folgendem Wortlaut: Auf Grund der Verordnung des Reiches und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmung werden folgende Ausführungsbestimmungen der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Justiz, verkündet ...

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Wille, daß die bis zum 31.Juli 1943 angemeldeten Patente vom Patentamt in Warschau weiterbearbeitet würden. Das Patentamt in Warschau bleibe noch bestehen und habe noch für 3 Jahre Arbeit in dem jetzigen Umfange. Insofern bleibe also das Patentamt Warschau in gewisser Form bis auf weiteres noch

aufrecht erhalten.

Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung ein Artikel über die Frage des Patentrechts im Generalgouvernement im Zusammenhang mit der durch die Verordnung herbeigeführten Neuregelung veröffentlicht wird.

Von der Absendung eines Schreibens an Reichsminister Dr. Lammers als Antwort auf das Schreiben vom 10. Juli 1943+) sieht der Herr Generalgouverneur ab.

Präsident Wille teilt sodann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß ihm auf dem Wege über den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger Kenntnis davon geworden sei, daß ein Staatsanwalt Kehlig von der Staatsanwaltschaft Radom an den Herrn Generalgouverneur Vorschläge für eine Neuordnung der Rechtspflege im Generalgouvernement eingereicht habe. Staatsanwalt Kehlig habe übrigens auch dem Reichsjustizministerium eine Denkschrift zur Vereinfachung der deutschen Rechtspflege überreicht. Staatsanwalt Kehlig habe dann aus irgendwelchen Gründen, die ihm unbekannt seien, der Vermutung Ausdruck gegeben, daß er, Präsident Wille, seine Beförderung zum Oberstaatsanwalt zurückgestellt habe, weil zur Zeit ein Ehescheidungsprozeß des Staatsanwalt Kehlig laufe. Staatsanwalt Kehlig sei übrigens von Radom nach Lublin versetzt worden, weil er in Lublin nicht mehr möglich gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille, ein Antwortschreiben an Staatsanwalt Kehlig zu entwerfen, mit dessen Übermittlung an Staatsanwalt Kehlig Dr. Meidinger beauftragt werden soll.

+) S. Seite 733

17.7.1943

Präsident Wille gibt weiter dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß er für den Monat September eine Arbeitsbesprechung der Obergerichtspräsidenten vorgesehen habe. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Präsidenten zu empfangen, will den Termin jedoch nicht vor dem 12.September festgesetzt wissen.

Präsident Wille berichtet sodann über die Tätigkeit der Gnadenkommission und bemerkt, daß die letzte Vollsitzung im April stattgefunden habe. Weitere Termine hätten ausfallen müssen, da zumeist SS-Obergr.-Führer Krüger an den Sitzungen nicht habe teilnehmen können.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Gnadenkommission in Zukunft auch in Abwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger tage, da es sich bei ihr um ein Beratungsorgan für die Regierung handle.

Präsident Wille geht noch kurz auf die Fleckfieberbekämpfung in den Gefängnissen ein. Was der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Distrikt Radom vorgebracht habe, stütze sich auf Äußerungen des Professors Dr. Kudicke. Diese seien ihm bereits durch den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen bekanntgegeben worden. Er stehe übrigens mit Prof. Dr. Teidtge in ständiger Verbindung. Seine Nachforschungen hätten ergeben, daß in Radom selbst in baulicher Hinsicht noch etwas zu ändern sei. Auch in einer anderen Anstalt seien die Zustände noch nicht zufriedenstellend. Daß sich die Herstellung der erforderlichen Einrichtungen für die Entlausung usw. noch nicht in allen Anstalten habe durchführen lassen, sei zum größten Teil auf den Widerstand des Präsidenten Bauder zurückzuführen.

17.7.1943

12^{00} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers betr. die Neuorganisation der polizeilichen Angelegenheiten im Generalgouvernement vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf und richtet gleichzeitig ein Schreiben desselben Inhalts an Reichsführer SS Himmler. In diesem Schreiben bringt er zum Ausdruck, daß er die Neuregelung außerordentlich begrüße, da sie auch von großem Vorteil für die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben im Generalgouvernement sein werde.

12^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er nach Prüfung des Sachverhalts keine Veranlassung sehe, auf das Schreiben des Reichsministers der Finanzen+) eine Antwort ergehen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Mitglieder des Killy-Ausschusses in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Naumann, des Präsidenten Dr. Struve, des Bankdirigenten Dr.Paersch des Präsidenten Wille, des Präsidenten Losacker, des Obersten Fischer, des Ministerialrats Dr. Radtke, des Ministerialrats Rhetz, des Ministerialrats Dr. Schulte-Wissermann, des Ministerialrats Dr.Weh, des Reg.Rats Frhr von Medem.

+) S.Seite 720

Anwesenheitsliste

für die Empfang des Killy-Ausschusses

am 17. Juli 1943

im [illegible] auf der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Killy	Reichskabinettsrat	Reichskanzlei
[illegible]	Oberst	OKW
Steinmann	Ministerialdirig.	GBA
[illegible]	Min. Rat	OKW
Hoppe	Ob. Reg. Rat	GBA
[illegible]	Reg. Ob. Insp.	OKW
Voigt	Min. Rat	RFM
Franke	[illegible] d. Arbeit	[illegible]
[illegible]	Reg. Rat	Reichskanzlei
[illegible]	Min.-Dirig.	R F [illegible]

17.7.1943

13^{10} M i t t a g e s s e n . Teilnehmer sind die Mitglieder des Killy-Ausschusses und die vorgenannten Herren.

15^{00} Besprechung mit Architekt Korinthenberg.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22^{20} Ankunft auf der Burg.

24^{00} Fahrt zum Hauptbahnhof Krakau.

Spala

Sonntag, den 18.Juli 1943

2^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Begleitung im Salonwagen vom Hauptbahnhof Krakau.

10^{00} Ankunft im Bahnhof S p a l a .

Der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung werden am Bahnhof durch Major Kamps und Oberleutnant von Perbandt empfangen.

Anschließend Fahrt mit PKW zum Schloß. Dort wird der Herr Generalgouverneur durch den stellvertretenden Chef des Generalstabes Oberstleutnant Roedenbeck und den Wehrkreisbefehlshaber General d.Infanterie Haenicke empfangen.

10^{45} Der Wehrkreisbefehlshaber General d.Infanterie Haenicke begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Kasinosaal mit einer Ansprache, an die sich folgende Vorträge anschließen:

1. Oberstleutnant i.G. Roedenbeck:
   Unterrichtung über die militärische Lage.
2. Oberstleutnant v.Bernstorff:
   Wehrgeistige Führung am Ende des 4.Kriegsjahres.
3. Generalmajor v. Heygendorff:
   Aufstellung und Einsatz der Turkvölk.-Verbände.

13^{00} M i t t a g e s s e n im Geweihsaal.

16^{00} Vorführungen der "Georgischen Spielgruppe" im Kameradschaftsheim A.

Hier wird dem Herrn Generalgouverneur ein in Georgien gebräuchliches Musikinstrument namens Tschonguro überreicht.

18.7.1943

18^{30} Rückfahrt zum Salonwagen.

19^{30} A b e n d e s s e n im Geweihsaal mit anschließendem kameradschaftlichen Zusammensein.

23^{00} Abfahrt zum Salonwagen und Zusammensein des Herrn Generalgouverneurs mit den Reiseteilnehmern im Salonwagen des Präsidenten Gerteis.

Rückfahrt nach K r a k a u.

Krakau

Montag, den 19. Juli 1943

11^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hauptbahnhof Krakau.

11^{40} Ankunft auf der Burg.

16^{00} Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2o.Juli 1943

1o^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Bevollmächtigten Dr. Heuber, der ihm über seine Dienststelle und seine Arbeiten in Berlin Bericht erstattet.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Krüger in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Losacker.

Staatssekretär Krüger berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Einsatz der Polizei, SS und der Wehrmacht im Kampf gegen die Partisanen in Galizien. Diese durchziehen nach der Schilderung des Staatssekretärs Krüger in einer Gruppe von annähernd 2 ooo Mann, aus der Ukraine vorbrechend, das Land über den Dnestr hinweg in der Richtung Stanislau nach Süden. Die Gruppe ist umzingelt und wird in den nächsten Tagen liquidiert werden. Eine Gefahr für das Schicksal des Landes besteht nach Meldung des Staatssekretärs Krüger nicht mehr.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt Staats-sekretär Krüger einen 3-wöchigen Urlaub. Gleichzeitig beauftragt er ihn, den Generalleutnant der Polizei Becker mit seiner Vertretung zu betrauen und ihn in ausführlicher Weise über die laufenden Vorgänge und dienstlichen Geschäfte zu informieren.

12^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

20.7.1943

Präsident Dr. Emmerich gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben des Reichsministers Speer, in welchem der Genugtuung darüber Ausdruck gegeben wird, daß ab 1.September 1943 eine allgemeine Neuregelung der Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement eintreten soll.

Präsident Dr. Emmerich verweist dann darauf, daß im Reich eine Verordnung vom November 1942 bestehe, die das Verhältnis der Verteidigungskommissare zur Wirtschaftsverwaltung regele. Die Dienststelle für Reichsverteidigungsangelegenheiten sei Anfang 1940 errichtet und mit ihrer Leitung damals Oberregierungsrat Dr. Schepers beauftragt worden. An seiner Stelle sei nach der Einberufung des Oberregierungsrats Dr. Schepers zum Wehrdienst Präsident Dr. Losacker zum Chefreferenten des Generalgouverneurs in dieser Frage ernannt worden. Die genannte Verordnung vom November 1942 sehe die Errichtung eines Verteidigungsausschusses, der unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs tagen würde, und eines Kriegswirtschaftsstabes vor. Der Kriegswirtschaftsstab sei das Gegenstück zur Rüstungskommission. Es frage sich nun, wie die Regelung des Reiches übernommen werden könne, ohne daß der Generalgouverneur in dieser seiner Stellung einerReichsregelung unterläge.

Der Herr Generalgouverneur hat kein Bedenken dagegen, sich als Reichsverteidigungskommissar für die in Betracht kommenden Angelegenheiten dem Reich zu unterstellen.

Präsident Dr. Emmerich legt darauf dem Herrn Generalgouverneur einen ersten Entwurf für eine Verordnung zur Regelung der Stellung des Generalgouverneurs als eines Organs des Ministerrats für die Reichsverteidigung und zur Errichtung eines Kriegswirtschaftsstabes vor.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Dr. Weh, diesen Entwurf so auszuarbeiten, daß er Staatssekretär Stuckart vorgelegt werden könne, den er darüber noch gehört zu wissen wünsche. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr.Weh, die Urkunde über die Institution des Reichsverteidigungskommissars für das Generalgouvernement herauszugeben. - Präsident Dr. Emmerich wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, den Entwurf mit den zuständigen Stellen in Berlin nochmals zu besprechen.

Präsident Dr. Emmerich legt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Entwurf vor, der sich mit der Industrieverlagerung und der Metallbewirtschaftung im Generalgouvernement befaßt. Auch dieser Entwurf findet vorbehaltlich etwa notwendiger Änderungen die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Im weiteren Verlauf der Besprechung macht der Herr Generalgouverneur davon Mitteilung, daß sich S.A.-Oberführer Peltz bereit erklärt habe, geschlossene S.A.-Einheiten für den Polizeihilfsdienst einzusetzen. Demnach würden also von den Polizeihilfsdienst-Kompanien die S.A.-Männer, soweit sie nicht Angehörige der Regierung seien, für diesen Einsatz in Frage kommen. Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Losacker, sich in dieser Frage mit S.A.-Oberführer Peltz ins Benehmen zu setzen.

Die Besprechung wendet sich dann kurz der Frage des Sonderdienstes zu. Hier gibt der Herr Generalgouverneur seiner entschiedenen Auffassung Ausdruck, daß der Sonderdienst wieder ausschließlich als Organ der Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements zu fungieren habe.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur verfügt des weiteren, daß Veröffentlichungen über den Ausbau des Bauwesens im Generalgouvernement oder die Einrichtung von technischen Ämtern der vorherigen Genehmigung durch Ministerialrat Dr. Weh bedürfen, da solche Veröffentlichungen vor allem im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung zu Unstimmigkeiten führen könnten.

Abschließend wird zu der am Donnerstag, dem 22. Juli stattfindenden Regierungssitzung und dem Besuch des Staatssekretärs Stuckart Stellung genommen. Auf die Tagesordnung der Regierungssitzung wird der Gegenstand gesetzt: Allgemeine Aussprache über dienstliche Angelegenheiten.

12[35] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und S.A.-Oberführer Peltz in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Losacker.

Hauptabschnittsleiter Stahl und S.A.-Oberführer Peltz legen dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages vor und berichten ihm über einige parteiorganisatorische Fragen.

12[50] Besprechung mit Pressechef Gassner.

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner und des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger den Hauptschriftleiter des Hamburger Tageblattes Baumann und den Wirtschaftsschriftleiter Dr. Geigenmüller vom Hamburger Fremdenblatt.

20.7.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Vertretern der Hamburger Presse eine eingehende Schilderung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Generalgouvernement. Er gedenkt dabei vor allem der Leistungen, die das Generalgouvernement bisher in großem Umfange besonders auf dem Gebiete der Zuführung von Lebensmitteln und der Arbeitervermittlung für das Reich getätigt hat. Besondere Anerkennung zollt er dabei der deutschen Presse, die bisher für die Belange des Generalgouvernements großes Verständnis gezeigt und ihm eine großzügige Berichterstattung gewidmet habe.

16[10] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Referent Jänicke und Assessor Dohmann.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Satzung für die Kulturvereinigung des Generalgouvernements

vor. Der Satzungsentwurf findet im allgemeinen die Billigung des Herrn Generalgouverneurs, der allerdings noch einige kleine Änderungen an ihm vorgenommen wissen will.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Gestaltung der Gründungsfeier der Kulturvereinigung am 23.Juli 1943.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Ohlenbusch, dem Hauptabschnittsleiter Stahl seinen Wunsch zu übermitteln, daß der Untertitel "Zeitschrift für Kultur und Politik", der der Parteimonatsschrift "Vorfeld" gegeben ist, fürderhin nicht mehr verwendet werde. Bei dem "Vorfeld" handle es sich um eine Zeitschrift, die sich zu der "Deutschen Wacht" genau so verhalte wie die Zeitschrift "Das Generalgouvernement"

zur Krakauer Zeitung. Das "Vorfeld" dürfe nur den Untertitel haben: "Monatsschrift des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP", während "Das Generalgouvernement" eine Kulturseitschrift werden solle.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur abschließend einen Überblick über die kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitages.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Mittwoch, den 21.Juli 1943

$1o^{30}$ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden Ausdruck über die Veröffentlichung in der Krakauer Zeitung vom heutigen Tage unter der Rubrik "Amtliche Bekanntmachungen" betr. Bauverbot und Ausnahmeverfahren im Generalgouvernement. Er trifft die Entscheidung, daß in Zukunft für alle gesetzlichen Veröffentlichungen in der Krakauer Zeitung der Leiter des Amtes für Gesetzgebung Ministerialrat Dr. Weh verantwortlich ist. Alle Bekanntmachungen, insbesondere alle, die von der Hauptabteilung Bauwesen ausgehen, sind ihm vor Veröffentlichung vorzulegen und von ihm zu gehehmigen.

Zu der anschließenden Aussprache über ein Fernschreiben des Staatssekretärs Reinhardt betr. Aufhebung des Ost-Freibetrags wird Ministerialrat Rogge zugezogen.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß er das Fernschreiben des Staatssekretärs Reinhardt vom 2o.Juli 1943 betr. die Aufhebung des sogenannten Ost-Steuerfreibetrags am heutigen Tage um 9^{30} übernommen hat.

Ministerialrat Rogge führt dazu aus, daß anläßlich der Eingliederung der Ostgebiete eine Verordnung des Reiches über die sogenannte Oststeuerhilfe ergangen sei. Diese sehe für alle in den Ostgebieten lebenden und eingesetzten Deutschen Steuervergünstigungen in Form eines Freibetrages bis zu RM 3 ooo,-- und der Befreiung vom Kriegssteuerbeitrag vor. Analog dieser Regelung habe man auch im Generalgouvernement für die hier tätigen Deutschen die gleiche Regelung

21.7.1943

einführen können. Dieser Freibetrag habe zuerst RM 4 2oo,-- betragen und sei ab 1.Juli 1943 auf ebenfalls RM 3 ooo,-- festgesetzt. Diese Einkommenshöhe sei auch im Ostland und in der Ukraine steuerfrei.

Der Ausfall im Steueraufkommen infolge Befreiung von der Zahlung des Kriegszuschlages falle nicht groß ins Gewicht, jedoch wirke sich der Freibetrag stark aus.

Für die im Generalgouvernement weilenden Wehrmachtsangehörigen gelte diese Regelung nicht; die Wehrmacht fühle sich daher benachteiligt, und Generalfeldmarschall Keitel fordere aus diesem Grunde die Aufhebung des Freibetrages.

Präsident Senkowsky sei der Meinung, daß Generalfeldmarschall Keitel mit seiner Forderung beim Führer durchdringen werde. Er habe keine Bedenken, diesem Wunsche Keitels nachzukommen, wenn die Vorschläge, die die Hauptabteilung Finanzen wegen der Generalgouvernementszulage, Trennungsentschädigung und Trennungsgeldern/in Berlin/gemacht habe, angenommen würden.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß in der Frage der Aufhebung des Oststeuerfreibetrages nicht das Reichsfinanzministerium, sondern einzig und allein die Regierung des Generalgouvernements zuständig sei. Er verfügt die Absendung folgender zwei Fernschreiben:

1. Herrn Staatssekretär Reihhardt, Berlin, Reichsfinanzministerium.

   Generalgouverneur Dr. Frank hat Ihr Fernschreiben in der Angelegenheit Ostfreibetrag erhalten und mich angewiesen, zuständigkeitshalber die Verhandlungen in dieser Angelegenheit direkt mit dem Oberkommando der Wehrmacht aufzunehmen. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen werde ich Sie verständigen.

   Heil Hitler! Dr. Boepple, Staatssekretär.

21.7.1943

2. Generalfeldmarschall Keitel, Berlin,
Oberkommando der Wehrmacht.

Zuständigkeitshalber hat Staatssekretär Reinhardt Ihr Fernschreiben an ihn wegen Aufhebung der Oststeuervergünstigungen an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Finanzen weitergeleitet. Ich habe die sofortige Überprüfung der Möglichkeiten der ungewöhnlich schweren und einschneidenden Wirkungen Ihres Forderns der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Finanzen, aufgegeben und werde Sie über das Ergebnis unterichten.

Heil Hitler! Ihr Frank, Generalgouverneur.

Staatssekretär Dr. Boepple erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, in Verbindung mit der Hauptabteilung Finanzen ein Antwortschreiben vorzubereiten und dem Herrn Generalgouverneur am kommenden Sonnabend vorzulegen.

Gouverneur Dr. Losacker berichtet sodann von Besprechungen mit Staatssekretär Krüger vom Vortage und über Fragen, die Themen für eine Besprechung mit Staatssekretär Stuckart am nächsten Tage sein werden.

12^{50} Besprechung mit Oberst Fischer.

Krakau

Donnerstag, den 22.Juli 1943

10[00] Einweisung des Organisationsstabes für die Parteitag-Veranstaltungen.

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder des Organisationsstabes vor und bittet den Herrn Generalgouverneur gleichzeitig um dessen Bestätigung. Im Anschluß daran gibt Hauptabschnittsleiter Stahl einen Überblick über die organisatorische Aufbauarbeit des Arbeitsbereiches in den vergangenen Jahren. Ferner legt er dem Herrn Generalgouverneur das Programm der Parteitag-Veranstaltungen vor.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossen! Für die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ist es eine ganz ungewöhnlich schwere Aufgabe, die deutsche Führung dieses Raumes weltanschaulich weiter zu stabilisieren und auszubauen. Ich möchte Ihnen, Parteigenosse Stahl, und allen Mitarbeitern des Vorbereitungsstabes des Parteitages 1943 der NSDAP. im Generalgouvernement danken. Ich nenne ihn Parteitag des Kampfes. Wir stehen ja mitten in einem der grandiosesten weltgeschichtlichen Vorgänge: die Sowjetunion brandet erneut mit ungeheuren Massen aus dem Osten an die Bastion Europa heran, die zur Zeit in allererster Linie, ja fast ausschließlich von deutschen Männern gehalten wird. Diese Bastion Europa ist der Ausdruck dafür, daß der Kampf, den wir einmal als Nationalsozialisten in Deutschland um die Macht geführt haben, nunmehr auf der Weltebene gegen den gleichen Gegner zu führen ist. Daher wird dieser Parteitag des Kampfes 1943 hier in Krakau zu einem stolzen Markstein der deutschen Führungsbewußtheit und des deutschen Verantwortungswillens für die höchsten

22.7.1943

Güter der europäischen Kultur werden.

Getreu den uns vom Führer mit auf den Weg gegebenen Weisungen, in diesem Raum des Weichseltals Ordnung, Sicherheit und Aufbau sowie höchste Dienstleistung für das Deutsche Reich, das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht sicherzustellen, wird auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in diesem großen Arbeitszusammenhang ihrer Aufgabe entsprechen.

Das Programm ist von mir genehmigt. Ich billige es, daß wir in jeder Form versuchen, die deutschen Menschen in diesem Lande immer mehr aufzurütteln und sie mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß wir nicht um eines persönlichen Profits hier sind, sondern um einer gemeinsamen kameradschaftlich im Dienste des Führers zu erfüllenden kriegswichtigsten Aufgabe willen.

Dieser Parteitag soll zum Ausdruck bringen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gewillt und entschlossen ist, auch in diesem Raum jenen Typ deutschen Kämpfertums durchzuhalten, der allein die Gewähr gibt, daß er den ungeheuren Anspannungen dieser Zeit und dessen, was noch kommen wird, gerecht zu werden vermag. Denn wenn der Führer mit Recht sagt, daß das deutsche Volk niemals wieder einen November 1918 erleben wird, dann nur, weil hinter der einzigartig heroisch kämpfenden deutschen Wehrmacht in der Front der deutschen Heimat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihrer Gesamtorganisation, mit ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden steht. Gerade, was Schwierigkeiten bieten können, ist uns vom Schicksal in diesem Raum zuteil geworden, und der Aufbau der NSDAP hat nur in unausgesetztem steten Ringen mit diesen Schwierigkeiten stattfinden können. Was es heißt, Tausende und Abertausende von deutschen Männern und Frauen, die hier teils zusammengebündelt, teils aber auch vollkommen isoliert leben, immer wieder

auf das Ideal des Führers auszurichten, immer wieder emporzureißen über jeden Opfertod und jedes Grab, das wir für irgendeinen schaufeln müssen, der aus unserer Reihe gefallen ist, das wissen Sie.

Mit Stolz erfüllt es uns, daß wir mitten im Kriege der wichtigen Aufgabe entsprechen können, mit aller Macht und dem Ausdruck der unzerstörbaren Größe unseres Führers und unseres herrlichen deutschen Reiches in Krakau, der Hauptstadt dieses Raumes, feierlich zu einem Parteitag aufzurufen. Dieser Parteitag ist kriegswichtig. Er ist eine der großen Aufgaben, die ich mir hier gestellt habe, mit einer Handvoll deutshher Männer und Frauen eine Millionenmasse fremden Volkstums im Dienste des Führers und Europas in Ordnung und Arbeit zu halten. Dieser Parteitag ist daher höchste Pflichterfüllung der Parteigenossen und Parteigenossinnen, und ich rufe zur aktivsten Teilnahme am Parteitag unserer Bewegung in Krakau 1943 auf. Gedenken wir dabei auch immer wieder des Führers! Seien Sie, meine Kameraden in der Parteiorganisation, dafür bedankt, daß Sie sich diesem Vorbild immer so treu und brav verschworen halten. Er, der einsam die Geschicke unseres Volkes lenkt, der durch Tag und Nacht den Atem nur leben läßt für Deutschland und Europa, der vom Schicksal ausersehen ist, in den stürmischen Schlußepochen dieser Weltauseinandersetzung unsere Fahne dem ewigen Herrgott entgegen zu halten, - dieser Mann Adolf Hitler hat auch die NSDAP im Generalgouvernement mit seiner Seele und seinem Geist erfüllt. An ihm richten wir uns auf, und mit ihm werden wir in die deutsche Zukunft marschieren.

22.7.1943

Daß die Partei, daß der Staat und die Wehrmacht an diesem Parteitag 1943 teilnehmen, habe ich zu meiner großen Freude vernommen. Indem ich Ihnen nochmals noch meinen Dank ausspreche und die von Ihnen mir vorgeschlagenen Pläne und Richtlinien billige, beauftrage ich Sie, Pg. Stahl, und die Herrn des Organisationsstabes, die abschließenden Vorbereitungen für diesen Parteitag zu treffen. Möge der sieghafte Geist unserer Bewegung, der uns nunmehr in 24 Jahren beseelt, auch über diesem Parteitag schweben - das ist mein Wunsch!

11⁰⁵ R e g i e r u n g s s i t z u n g im Königssaal der Burg zu Krakau.

(Protokoll s. Beiakten)

13²⁰ M i t t a g e s s e n .

15⁰⁰ Vortrag des Staatssekretärs im Reichsministerium des Inneren Stuckart über

Vordringliche Verwaltungsprobleme des Reiches, unter besonderer Berücksichtigung der Lage in den luftgefährdeten Gebieten.

16³⁰ T e e - Empfang für Staatssekretär Stuckart.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Freitag, den 23.Juli 1943

12^{00} Feierlicher Akt aus Anlaß der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements.

Die Feier wird eingeleitet durch das von Mitgliedern der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des stellvertretenden Chefdirigenten Erb zu Gehör gebrachte Air aus der Suite II von Johann Sebastian Bach.

Präsident Ohlenbusch begrüßt darauf den Herrn Generalgouverneur und die zu der Feier erschienenen Ehrengäste aus Staat, Partei und Wehrmacht. Er geht dann kurz auf den Werdegang der Gründung der Kulturvereinigung ein und gedenkt dabei insbesondere der starken Initiative und steten Förderung, die der Herr Generalgouverneur dem Gedanken der Kulturvereinigung immer entgegengebracht hat. Mit der Schaffung der Kulturvereinigung solle, so betont Präsident Ohlenbusch, die Möglichkeit einer gesteigerten Aktivierung aller kulturschaffenden Kreise des Generalgouvernements gegeben werden. Die Vereinigung solle dazu beitragen, die Pläne des Generalgouverneurs zur Ausgestaltung des Kulturlebens im Generalgouvernement zu verwirklichen.

Referent Jänicke bringt sodann die Satzung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements zur Verlesung.

Dann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren und Damen! Herr Präsident Ohlenbusch! Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern, insbesondere dem Kulturreferenten Jänicke, für die Mitteilung und Meldung, die Sie mir eben erstattet haben.

23.7.1943

Die Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements ist zweifellos eine organisatorisch weitreichende Tat. An der interessierten Teilnahme der heute hier in diesem Festsaal der alten Burg zu Krakau Versammelten können wir alle ermessen, wie sehr diese Gründung einem allgemeinen Bedürfnis entspricht. Es ist gar kein Zweifel, daß unser Bekenntnis zur Kultur genau so gut eine Kriegsangelegenheit ist wie das Bekenntnis zur Notwendigkeit der Waffen. Wir Deutschen sind unter der Führung Adolf Hitlers in diesen entscheidungsvollen schweren Konflikt mit den plutokratisch-jüdisch-bolschewistischen Weltmächten eingetreten und haben uns nicht gescheut, unser ganzes Hab und Gut, unser Leben, unsere Sicherheit, unsere ganze nationale Potenz dem ewigen Schicksal als Opfer im Dienste der Kultur Europas anzubieten. Wir haben es übernommen, den Kampf zu führen, der Europa ohnedies vorbestimmt war. Auf die einfachste Formel gebracht ist der Sinn dieses Kampfes der: soll es in der Welt nur ein Leben des merkantilen lächerlichen Amerikanismus, Plutokratismus, des terrorristisch zusammengepeitschten Massenorganismus des Bolschewismus geben, odér soll nicht doch am Ende aus dem zweitausendjährigen Ringen des europäischen Menschentums eine Kulturstärke erwachsen sein, die sich nun mit dem letzten energischen Aufwuchten gegen diese Zerstörungstendenzen zur Wehr setzt?

Gerade in diesem ungewöhnlich tragischen Zeitpunkt, da an der Ostfront in kaum mehr abmessbarer Wucht der geballte Massenangriff der bolschewistischen Unterwelt gegen Europa anbrandet, in einem Augenblick, da auf Sizilien die Heere Roosevelts und Churchills versuchen, in die engsten Kulturbereiche Europas einzudringen, zur gleichen Stunde, da die Flugzeuge dieser

23.7.1943

Massenverbrecher die heilige Stadt Rom in Schutt und Asche legen, da der Papst an den zerstörten Ruinen einer der großen Kirchen Roms steht, zur gleichen Stunde da der Dom zu Köln in Asche sank und die Städte unseres Westbereiches Nacht um Nacht, Tag um Tag den zerstörenden verbrecherischen Massenorganismen ausgeliefert sind, in diesem gleichen Augenblick bekennen wir Deutsche uns in feierlichem Aufblick mit der Gewalt eines Gebetes aus der tiefsten Wahrhaftigkeitsempfindung heraus zur Kultur Europas, zur Kultur unseres Volkes.

Auf dieser Burg mag es schon eine Fülle von Festlichkeiten gegeben haben, die uns unsere Staatspflichten auferlegt haben. Eine so schöne Stunde wie diese aber gibt es selten. Denn nunmehr wird aus der Sehnsucht nach Kultur hier die erste große schöpferische Organisation geschaffen. Ihnen, Parteigenosse Ohlenbusch, und Ihren Mitarbeitern gebührt unser aller Dank für Ihre Initiative. Wir können nur sagen, daß wir alles tun wollen, um Ihre Aufgabe und die Aufgabe der Kultuvereinigung zu unterstützen.

Ich freue mich, daß sich einhellig alle Deutschen kulturinteressierten Männer und Frauen des Generalgouvernements zu dieser Vereinigung bekennen, daß Staat, Partei und Wehrmacht, gleichmäßig vertreten mit allen anderen Schichten der deutschen Bevölkerung dieses Raumes, an diesem Kulturgeschehen Anteil nehmen.

Freilich, organisierte Kultur wäre an sich ein Widerspruch. Wir können nicht die Kultur organisieren, sondern wir können nur eine Organisation zum Schutze einer nach Eigengesetzen aus dem deutschen Empfinden aufsteigenden kulturschöpferischen Tat schaffen.

23.7.1943

Es ist vielleicht nicht uninteressant, sich in diesem Augenblick daran zu erinnern, daß Kultur und Kolonie nach dem ethymologischen Gesetz den gleichen altlateinischen Sprachstamm besitzen. Das ist für uns beachtlich; denn so, wie die Kolonie nicht eben gedacht werden kann als reine Ausweitung merkantiler Strebungen, so kann auch die Kultur selbstverständlich niemals Trägerin merkantiler Strebungen sein.

Für uns aber lautet die Aufgabe: der herrlichste Repräsentant unseres deutschen Wesens ist nicht die Waffen von Eisen, die dem Führer gezwungen in die Hand gegeben wurde. Der Krieg ist kein Endzweck, und die materielle Waffe ist nicht der Sinn des Lebens. Der Führer hat es herrlich genug gesagt, daß der Krieg nur den Zweck hat, die Kultur wieder neu in Gang zu bringen. Das ist aber auch der Sinn unseres kolonialen Wirkens in diesem Raum. Gibt es einen ergreifenderen Sendboten unseres deutschen Wesens als die deutsche Musik? Was ist nicht in diesem Raum alles an deutscher Kultur geschaffen worden? Wieoft haben wir uns darüber unterhalten! Wir vergeben hier den Veit-Stoß-Preis, wir feiern hier Kopernikus und andere, um die erlauchten Namen der deutschen Geistesgeschichte in diesem Raum immer wieder neu in unser Bewußtsein einzuprägen, nicht nur aus reiner Erinnerung daran, sondern jeder einzelne Name tritt schwer wuchtend an uns heran mit einem Appell an unsere eigene kulturelle und schöpferische Kraft.

Daher ist es auch ein Zeichen, gerade für diese deutsche Kraft, daß wir nun hier auf der Burg zu Krakau die Stärke haben, uns zur Kultur zu bekennen. Es ist nicht wahr, daß das kulturelle,schöpferische Potential unseres Volkes oder Europas am Ende ist. Wir bekennen uns nicht zu der Lehre vom Untergang des Abendlandes. Wir wissen, daß, geführt durch das wiedererstarkte deutsche Volk, dieses Europa einer neuen Kulturblüte

entgegen gehen wird. Man kann das Gesetz vom Werden und Vergehen der Natur unmöglich auf die Kultur anwenden; denn nicht aus den Zellsubstanzen materieller Art und ihrer Erschöpfung kommen die kulturellen Potenzen, sondern aus dem stets unerklärbar bleibenden Urgrund göttlichen Wollens in dieser Welt. Und jene Kulturbereitschaft muß dem ewigen Herrgott aus einem Volk entgegenflammen, auf dass er sein Saatkorn der schöpferischen Genialität in die Völker senken läßt. Dann werden Kulturen nie untergehen, sondern immer wieder sich aufrichtend neu erstehen.

Das ist unser nationalsozialistischer Glaube, und er gibt diesem Krieg auch den entscheidenden Sinn: wir wollen nicht dem jüdisch-barbarischen Materialismus zum Opfer werden, wir wollen uns nicht dem Terror Moskaus beugen, wir wollen nicht als eine Kommerzialkolonie Englands untergehen, sondern wir tragen das Bewußtsein in uns, daß diesem deutsch geführten Krieg die Sendung wird, im Namen Gottes die Kultur Europas mit der Kraft unserer Rasse zu retten und schöpferisch neu aufzurichten.

Und in diesem starken und stolzen Bekenntnis leuchtet auch der Stern dieser Stunde. Adolf Hitler hat, lange bevor er den Krieg, der ihm aufgezwungen wurde, beginnen mußte, das Haus der Deutschen Kunst gebaut. Das hat vor ihm noch kein Staatsmann getan. So, wie er damals in der Hauptstadt der Bewegung dieses Haus der Deutschen Kunst errichtete, so wird auch am Ende seines Werkes nicht der Krieg, sondern wieder die deutsche Kultur stehen. Der Krieg ist dem Führer nur eine Unterbrechung des kulturschöpferischen Wirkens seiner Persönlichkeit und seiner Bewegung für das deutsche Volk.

23.7.1943

Dabei denken wir immer an Europa. Die Kulturvereinigung wird es sehr wohl auch zu ihren Aufgaben rechnen können, die Kultur des fremden Volkstums in diesem Raum, der Polen, der Ukrainer, der Goralen und anderer Völker der Pflege entgegen zu führen, die mit dem Gesamtinteresse Europas notwendig verbunden ist. Wir können nicht der deutschen Kultur dienen, die Kultur der Völker dieses Raumes unterdrücken wollen. Und daher ist diese Kulturvereinigung ein auf weite Sicht gedachtes kulturelles Unternehmen, an dem alle Menschen dieses Raumes ein Interesse haben.

Es obliegt mir, nunmehr vor allem den deutschen Kulturschaffenden dieses Raumes zu danken, die in den vergangenen Jahren den deutschen Menschen in diesem Raum immer wieder deutsche Kultur vermittelt, die uns unsere deutschen Denker und Meister nahegerückt, die unseren Verwundeten und den Kameraden von der Wehrmacht wie unseren Beamten und Angestellten und den deutschen schaffenden Menschen dieses Raumes immer wieder die Verbindung mit unserer seelischen Heimat deutscher Kultur gebracht haben, immer wieder auch in der Tradition jener Sendung deutscher kultureller Kraft, die uns ohne weiteres sagen läßt, daß die Kultur hier im Osten durch die Jahrhunderte hindurch dort endet, wo der deutsche Einfluß endet, wenn es auch nur zarte Zonen waren, die bis in den fernen Ostraum hineindrangen. Dort, wo deutsche Kultur in Erscheinung trat, leuchtet sie heute noch, in Dokumenten uns ergreifend.

So möge denn über dieser Kulturvereinigung des Generalgouvernements das starke Schicksal eines gesunden Kriegskindes walten: im Kriege geboren, dem Frieden bestimmt, im Siege gekrönt.

Zwei Fundamente hat jede Kultur: Freiheit und Glauben. Ohne diese beiden gibt es keine wahre Kultur.

23.7.1943

denn nichts wirkt verderblicher für die echte Kultur als ihre Verfälschung, als ihre Zerrbilder, als ihre käuflichen Irrwahns-Imitatoren. Wahre Freiheit und wahrer Glaube - Freiheit der persönlichen Bekenntniskraft! Wer Sklave ist und Knecht, taugt nicht für die Kultur. Der freie Mann ist es, die freie Persönlichkeit, und diese Freiheit kulturellen Schaffens sei uns aufgegeben! Alle Unterdrückung eigengesetzlich kultureller Entwicklung ist vom Übel und der Kultur schädlich. Alle großen Kunst- und Meisterwerke der geistigen Weltgeschichte waren fast immer geistige Revolutionen. Es war das sich bekennen zu einem Gesetz, das in ihnen liegt, ob es Michelangelo oder Richard Wagner war. Es war der Beginn eines Neues in sich tragenden Weltimpulses, der nach oben und nach außen drängte. Diese Freiheit, die für den Staat völlig ungefährlich ist, die Freiheit der echten schöpferischen Persönlichkeit zu fördern, soll eine Aufgabe dieser Kulturvereinigung sein.

Aber auch der Glaube gehört dazu. Die großen mittelalterlichen Werke waren vom Glauben getragen. Wir können heute den Glauben in seiner lächerlichen Verengung als konfessioneller geistiger Bedingtheit in keiner Weise mehr anerkennen. Es gibt heute allerdings einen Glauben, der unendlich viel tiefer wurzelt; aber er muß da sein. Auch er gehört in die Kultur, dieser Glaube an Gott, dieser Glaube an ein urelementares allem vorangehendes, alles überlebendes Wesen, von dem aus das Beste in der Welt ebenso kommt wie das Schrecklichste zur Prüfung des Guten, - der Glaube auch an einen hohen Sinn des Lebens auf dieser Welt: dieser deutsche Idealismus, diese Ideenlehre, daß das Dasein des Einzelnen auf dieser Welt nicht ein mattes Hinflimmern in irgendeiner egozentrischen Enge bedeutet, sondern

23.7.1943

daß nur das Leben Sinn hat und sich weiten kann, das sich angesichts Gottes einem höchsten Ziel verschreibt, von dem wir Nationalsozialisten wissen, daß dieses höchste Ziel des Einzelnen nur sein Volk sein kann. Dieser Glaube an das Höchste, das Reinste, das Schönste selbst in einer Zeit, wenn alles grau in grau sich malt, dieser optimistische Glaube an die hehre Größe des Menschengeschlechts ob seiner Verstricktheit in die Milliarden Lichtjahre zählende Unbegrenztheit des Raumes der Unendlichkeit ist es, den wir haben müssen. Und mit diesem Glauben geht einher auch noch das Gesetz der Ethik der Volksgemeinschaft.

Ich gebe dieser Kulturvereinigung auch noch folgendes mit auf den Weg: ihre Aufgabe soll nicht nur der Dienst an den Geisteswerken, nicht nur der Dienst am Künstler und am Geistigen sein, sie soll nicht nur dazu dienen, Feierstunden zu vermitteln, Werke zu ermöglichen und die Kultur im allgemeinen Begriffe fortzuführen, sondern ich erwarte mir von dieser Kulturvereinigung in Ergänzung zum erziehlichen Wirken des Staates, der Wehrmacht und der Partei in diesem Raum eine sittliche Durchdringung des deutschen Lebens. Ich erwarte mir von ihr jenen Appell, daß der Einzelne in diesem Raum, ob Mann oder Frau, sein Leben nach der großen Opferzeit ausrichtet und Sitte und Sittlichkeit des deutschen völkischen Bewußtseins in zunehmendem Maße zum Ausdruck kultureller Empfindung macht. Nicht dieses libertinische, nihilistische Kulturideal des Genießers soll heute dem Gründungsakt vorausleuchten, nicht das bequeme Spießermotiv, die Meisterwerke unserer Großen in möglichster schöner Vollkommenheit zur eigenen Freude zu hören, zu vernehmen und zu sehen, sondern der Appell muß lauten, sich selber durch eine Durchsittlichung der großen Zeit des großen Deutschen Reiches als großer deutscher Charaktermensch anzugleichen und einzufügen.

23.7.1943

Möge so aus Freiheit, Glauben und Sitte nach dem Vorbild unseres Führers die Kulturvereinigung blühen, möge sie ein stolzes Zeichen der Kraft der deutschen Führung dieses Raumes sein, und seien alle Deutschen aufgerufen, sich dieser Kulturvereinigung einzureihen!

(Lebhafter Beifall)

Mit einer Mozart-Phantasie findet die Feier ihren Ausklang.

13.20 M i t t a g e s s e n .

15.15 Besprechung mit Gebietsführer Dr. Schlünder von der Reichsjugendführung in Gegenwart von Hauptabschnittsleiter Stahl und Bannführer Förschle.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Parteitagsveranstaltungen weist der Herr Generalgouverneur besonders darauf hin, daß der Anmarschweg der Hitlerjugend zu den verschiedenen Veranstaltungen möglichst kurz gehalten werden müsse, damit die nötige Sicherung gewährleistet sei.

Gebietsführer Dr. Schlünder berichtet sodann von seiner Arbeit auf dem Gebiete der Leibeserziehung und Wehrertüchtigung. Bis heute seien im Reich 220 Lager für die großdeutsche und germanische Jugend geschaffen worden. Zur Zeit sei er damit beschäftigt, in Zakopane einen geeigneten Platz für ein solches Lager auszukundschaften.

Trotz mannigfacher Widerstände zeitige die Arbeit der Hitlerjugend auf dem Gebiete der weltanschaulichen Schulung der germanischen Jugend bereits große Erfolge. Heute meldeten sich bereits nichtorganisierte Jungen aus Holland zur Teilnahme an solchen Lagergemeinschaften.

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur regt hierbei an, im Generalgouvernement ein Lager mit germanischen Jungen zu belegen, damit diese aus eigener Anschauung die Unterschiede der Menschen und der Lebensführung zwischen Deutschland und dem Generalgouvernement studieren könnten.

Bannführer Förschle weist dann darauf hin, daß die HJ sich in die Wehrertüchtigung der ukrainischen Jugend einschalten wolle. In einer ersten Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter habe man dessen Zustimmung erhalten können.

Demgegenüber weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß vom deutschen Standpunkt gar kein Interesse daran bestehen könne, den Ukrainern ausschließlich Ehrendienst mit der Waffe zu tun lassen. Der Führer sehe diesen Bestrebungen mit großer Skepsis entgegen. Das Reich benötige 35 ooo Arbeiter für den Bergbau, und ein Reservoir hierfür sei Galizien. Dort aber würde sich für den freiwilligen Arbeitseinsatz im Reich niemand melden, so daß er in dem Hineindrängen der Ukrainer in die SS-Division Galizien nur ein Wegkommen vom Arbeitseinsatz im Reich erblicken müsse. Die Ukrainer sollten aber Untergebene des Deutschen Reiches bleiben und nicht Verbündete werden. Er halte auch das Hineingreifen von Parteiinstanzen in fremdvölkische Dinge für nicht gut.

Er schlage daher vor, auf dem Wege über die Parteikanzlei diese Frage dem Führer zu einer grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen.

Gebietsführer Dr. Schlünder verspricht, diese Einstellung des Herrn Generalgouverneurs der Reichsjugendführung bekannt zu geben. Eine Vertagung der Pläne auf diesem Gebiet bis zum nächsten Frühjahr spiele auch keine Rolle.

23.7.1943

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des Polnischen Hauptausschusses Graf Ronikier, den stellvertretenden Leiter Direktor Seyfried in Gegenwart der Gouverneure Dr. Losacker und Dr. Wendler, des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch und des stellvertretenden Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Türk.

Der Herr Generalgouverneur erklärt eingangs, daß er von den schweren Ereignissen in den Distrikten Lublin und Galizien gehört habe und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es das letzte Mal sein möge, wo Schwierigkeiten aufträten. Dieser Kriegszustand müsse einmal abgebaut werden; er habe dafür im Distrikt Lublin Gouverneur Dr. Wendler, einen sehr einsichtigen Mann eingesetzt.

Gouverneur Dr.Losacker habe ihm mitgeteilt, daß Graf Ronikier an ihn wegen der Lubliner Aktion ein Schreiben gerichtet habe. Diesen Anlaß wolle er zu einer grundsätzlichen Aussprache benützen.

Graf Ronikier überreicht dann folgende Notiz:

Die derzeit auf einem Teil des Gebietes des Generalgouvernements (dem Distrikt Lublin) im Gange stehende Aktion der Pazifikation, welche mit einer Umsiedlungsaktion verbunden ist - obwohl vor einigen Monaten von maßgebenden Stellen erklärt wurde, die Umsiedlungsaktion sei bereits beendet - zwingt den Polnischen Hauptausschuß aus dem Grunde, weil sie ganze Massen von neuen Fürsorgebedürftigen schafft, folgende Punkte zu unterbreiten, deren volle Berücksichtigung zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben desselben unerläßlich sind:

1. Die Einstellung der Aktion in der Form, in welcher sie jetzt durchgeführt wird, und die Einstellung der damit verbundenen Umsiedlungsaktion.

23.7.1943

2. Die Übergabe der ganzen Fürsorge für die durch die behördlichen Maßnahmen Betroffenen, besonders auch in den Sammel-, Durchgangs- und anderen Lagern, sowie hauptsächlich auch der Fürsorge für die betroffenen Kinder an den Polnischen Hauptausschuß sowie seine Fürsorgestellen.

3. Die Gewährung völliger Bewegungsfreiheit für die mit diesen Aufgaben betrauten Fürsorgestellen des Polnischen Hauptausschusses sowie deren Angestellte, die Erteilung denselben jeglicher Hilfe von seiten der behördlichen Dienststellen sowie die Zuweisung seitens der Regierung der nötigen Geldmittel sowie der erforderlichen Mittel in Natur für die durch die Aktion Betroffenen.

Graf Ronikier weist auf die schwierige Arbeit des Polnischen Hauptausschusses hin. Die neue Aktion im Distrikt Lublin bringe einen solchen Kreis von Hilfsbedürftigen mit sich, daß sie den Herrn Generalgouverneur um Hilfe bitten müßten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Bereitschaft zu dieser Hilfe. Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem von dem bisherigen sehr scharfen Kurs einmal abgegangen werden solle. Er könne für sich und für seine Regierung in Anspruch nehmen, daß er im Reich seit Jahren für eine Änderung dieses Kurses tätig sei. Das sei aber furchtbar schwer, denn im Reich herrsche die Meinung vor, daß die Polen Todfeinde Deutschlands seien. Man berufe sich dort auf die Erfahrungen, die die deutsche Volksgruppe im früheren Polen habe machen müssen.

23.7.1943

Die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements habe nun das polnische Volk eingehend studiert und kennengelernt. Sie wolle nun einen neuen Versuch machen. In seiner heutigen Ansprache bei der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements habe er es bereits als eine deutsche Pflicht bezeichnet, die Kultur der Polen zu schützen.

Bekanntlich gebe es militante Menschen; als ein solcher habe sich im Distrikt Lublin der SS- und Polizeiführer Globocnik erwiesen. Er sei abberufen worden, und an seine Stelle trete ein sehr ruhiger Mann. Er habe auch den neuen Gouverneur Dr. Wendler gebeten, die schweren Verhältnisse in Lublin zu erleichtern und festzustellen, was abgeändert und korrigiert werden könne. Gouverneur Dr. Wendler habe von ihm den Auftrag, die Herren des Polnischen Hilfsausschusses an Ort und Stelle zu empfangen und darüber zu beraten.

Die Sicherheit im Generalgouvernement habe leider sehr zu wünschen übrig gelassen. Eine große Anzahl von Deutschen sei erschossen worden und täglich kämen neue Verlustmeldungen. Auch ihm schicke die sogenannte polnische Widerstandsbewegung ständig Todesurteile zu. In jüngster Zeit seien auch sogenannte Partisanen aus dem Osten ins Generalgouvernement eingebrochen. Durch alle diese Vorfälle habe sich der deutschen Behörden eine ungeheure Nervosität bemächtigt und diese erkläre viele scharfe Maßnahmen von deutscher Seite.

Trotz alle dem habe die deutsche Verwaltung einen großen Schritt vor: er habe durchgesetzt, daß ab 1.September 1943 die Ernährung des polnischen Volkes auf eine ausreichende Basis gestellt werde. Ab diesem Zeitpunkt werde im Generalgouvernement kein arbeitender Mensch mehr hungern müssen.

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur erteilt in diesem Zusammenhang Gouverneur Dr. Losacker die Ermächtigung, eine Unterredung des Grafen Ronikier bei Präsident Naumann vorzubereiten, in der dieser von den neuen Maßnahmen eingehend unterrichtet werden soll.

Graf Ronikier gibt seiner Freude über diese Mitteilung Ausdruck und bezeichnet diese Maßnahme als ein Zeugnis dafür, daß der Herr Generalgouverneur dem polnischen Volk helfen wolle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt ferner, daß in Kombinierung mit dem, was in Zukunft geschehe, auch eine Korrigierung des bereits Geschehenen stattfinden solle. Leider könne er die toten Deutschen nicht mehr zum Leben erwecken. Ihre Zahl betrage z.B. in den letzten Monaten 36. Er wisse, daß die loyale Bevölkerung daran keine Schuld trage. Nunmehr sei im Generalgouvernement eine absolut einheitliche Führung sichergestellt, der bisherige Doppelkurs verschwunden. Seit dem 15. Juli fungiere der Gouverneur auch als Distriktspolizeibehörde, so daß die Durchführung aller Maßnahmen einheitlich bei der Verantwortung der Regierung des Generalgouvernements liege.

Graf Ronikier bezeichnet diese Neuregelung als für die polnischen Belange ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur spricht dann von seinen Bemühungen für das polnische Volk, die so weit gingen, daß die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements als zu polenfreundlich bezeichnet werde. Er verweist auf die großen Leiden aller Völker Europas und hier insbesondere auf die des deutschen Volkes; das polnischeVolk stünde also nicht allein.

Er nehme seinen Hilferuf entgegen,und Graf Ronikier müsse billigerweise zugeben, daß sich z.B. in der Behandlung der im Reich arbeitenden eine Millionem Polen doch manches geändert habe.

23.7.1943

Graf Ronikier gibt zu, daß diese Behandlung in der letzten Zeit erheblich besser geworden sei und daß ihm nur selten Klagen bekannt würden.

Der Herr Generalgouverneur verweist demgegenüber auf die ungeheuren Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Das deutsche Volk werde vom Schicksal auch sehr arg gerüttelt, nicht nur die Polen; der Herrgott schaue auf alle Völker. Die Dinge hier im Lande würden sich zum Guten wenden, das sei seine feste Überzeugung; er bedauere ebenso wie Graf Ronikier die Vorfälle im Distrikt Lublin aufs ärgste. Diese Vorfälle widersprächen deutlich den Befehlen, die er und Reichsführer SS Himmler gegeben hätten und sie seien nur auf Grund örtlicher Nervosität zu erklären. Die deutsche Verwaltung habe das größte Interesse, daß das Land ruhig bleibe. Es müsse als Wahnsinn bezeichnet werden, in der Erntezeit Dörfer zu evakuieren.

Er werde mit Gouverneur Dr. Wendler und dem neuen SS- und Polizeiführer alles tun, um hier zu korrigieren und zu helfen. Auf der anderen Seite müsse er aber darauf hinweisen, daß die psychologische Situation der deutschen Verwaltung äußerst schwierig sei, wenn von der Widerstandsbewegung ständig Deutsche ermordet, wenn in den Dörfern den Banden Unterschlupf gewährt und ständig Waffen gefunden würden. Er müsse daher an Graf Ronikier den Appell richten, hier der deutschen Verwaltung durch Aufklärung der Bevölkerung zu helfen vielleicht durch Aufforderung an die Pfarrer, sich dafür zur Verfügung zu stellen. Sie sollten die Bevölkerung vor einem Einlassen mit Banditen warnen, damit sie diesen keinen Unterschlupf und keine Unterstützung zu teil werden lasse.

23.7.1943

Graf Ronikier verspricht, in diesem Sinne die Arbeit des Polnischen Hauptausschusses zu lenken. Notwendig dafür sei aber auch die Überzeugung, daß die deutsche Verwaltung für die wichtigsten Angelegenheiten Verständnis habe. Die heutigen Worte des Herrn Generalgouverneurs gäben ihm den Mut, seine Arbeit hoffnungsvoll weiterzuführen, um in diesem Lande Ruhe zu schaffen.

Der Herr Generalgouverneur führt weiter aus, daß er als Deutscher und alter Nationalsozialist im Reich viel für die polnischen Belange getan habe. Das Zustandkommen der Verordnung vom 15.Juli habe ihm 2 Jahre Kampf gekostet. Er fasse seine Aufgabe als Europäer auf. Loyalerweise müsse er die Arbeit der Hunderttausende polnischer Menschen anerkennen. Er habe auch das Vertrauen, daß er seinen Kurs weiter einhalten könne, und glaube nicht, daß sich die Tätigkeit der Widerstandsbewegung verstärken werde. Im Laufe der Jahre müsse man zu einem vernünftigen gegenseitigen Verhältnis gelangen. Schritt um Schritt werde er den Polen entgegenkommen, er müsse dies aber als Deutscher verantworten können und das Gefühl haben, daß diese Entwicklung nicht gegen sein Vaterland, gegen das schwerringende Deutsche Reich gehe. So werde er nach der Einführung der neuen Rationssätze in Krakau auch ein polnisches Theater eröffnen. Wenn Deutschland den Krieg irgendwie verlieren würde, würde das auch ein entsetzliches Unglück für Polen bedeuten, denn die nach Polen hereinbrechenden Bolschewisten würden hier schrecklich hausen.

Graf Ronikier erinnert hier an eine Notiz vom 22.11.1940, in der er den Bolschewismus als gemeinsames Unglück der beiden Völker bezeichnete und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung herausstellte

23.7.1943

Der Herr Generalgouverneur dankt in diesem Zusammenhang Graf Ronikier und dem Polnischen Hauptausschuß für die stets gezeigte Hilfe und betont nochmals, daß die deutsche Verwaltung alles tun werde, was sie vom deutschen Standpunkt aus verantworten könne, um den Polen zu helfen. In Sachen der Lubliner Aktion erteile er den Gouverneuren Dr. Losacker und Dr.Wendler seine volle Ermächtigung, im Benehmen mit dem Polnischen Hauptausschuss alle möglichen Korrekturen vorzunehmen.

Auf Antrag des Gouverneurs Dr. Losacker und Vorschlag des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch stellt der Herr Generalgouverneur dem Polnischen Hauptausschuß den Betrag von 2 Millionen Zloty zur Verfügung. Die Verfügungsberechtigung erteilt er Graf Ronikier im Benehmen mit den Gouverneuren Dr. Losacker und Dr. Wendler. Als weiteren Schritt der deutschen Verwaltung kündigt er eine Änderung des deutschen Kurses an. Hier gelte als erste Maßnahme die Einführung der neuen Rationssätze ab 1.September. Sie werde - davon sei er überzeugt - eine große Erleichterung bringen. Vielleicht könne auch dem Polnischen Hauptausschuß die Arbeit mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen für seine Lager erleichtert werden. Als äußerer Ausdruck dieser neuen Befriedungsaktion werde auf der Burg eine große Erntedankfeier mit polnischen Bauern stattfinden. Die deutsche Verwaltung werde trotz der ungeheuren Schwierigkeiten psychologischer Art alles in ihrer Macht Stehende tun,um das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Auf der anderen Seite seien die Zeiten ernst. Vom Ausland her käme Welle um Welle in dieses Land, die aufwühle und hetze. Daher sei eine Voraussetzung für den großen Frieden, daß die deutsche Verwaltung die Überzeugung haben müsse, daß möglichst alles von polnischer Seite geschehe, um aufklärend zu wirken und

die Einflüsse von negativer Seite nicht zu stark werden zu lassen. Der Polnische Hauptausschuß müsse eine seiner Hauptaufgaben darin sehen, die Bevölkerung vor dem Anschluß an die Widerstandsbewegung und dem Besitz von Waffen zu warnen.

Graf Ronikier weist noch darauf hin, daß den Energien der patriotischen Jugendlichen infolge des Fehlens von Schulen kein natürlicher Auspuff gegeben sei. Der Polnische Hauptausschuß werde in den ihm vorgeschriebenen Grenzen legal arbeiten. Er bitte um Gerechtigkeit von deutscher Seite. Als vordringliches Problem betrachte er ein Entgegenkommen auf dem Gebiete des polnischen Schulwesens.

Der Herr Generalgouverneur verweist darauf, daß ein Schritt nach dem anderen folgen werde; das hänge aber von den Erfahrungen ab, die man auf deutscher Seite beim Beschreiten der neuen Linie sammeln werde. Der Kontakt sei gegeben, und wenn Graf Ronikier wieder eine Aussprache wünsche, stehe er jederzeit zur Verfügung. Die Zeiten würden ernst und noch ernster, und man müsse einen vernünftigen Ausgleich finden.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 24.Juli 1943

10.00 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Senkowsky, Ministerialrat Dr. Weh, Ministerialrat Rogge.

Gegenstand der Besprechung ist die Abfassung eines Fernschreibens an Generalfeldmarschall Keitel, in dem die Gründe für den ablehnenden Standpunkt des Generalgouverneurs in der Frage der Aufhebung des Oststeuerfreibetrages angeführt werden.

Das Fernschreiben gelangt am gleichen Tage zur Absendung.

Präsident Senkowsky übergibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die schwerwiegenden Folgen der jüngsten Polizeiaktion im Distrikt Lublin auf dem Gebiete des Tabakbaues.

Der Herr Generalgouverneur leitet diesen Bericht dem Reichsführer SS Himmler zu und ersucht um ein grundsätzliches Verbot weiterer Aussiedlungen.

10.30 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Paersch über die Finanzlage des Generalgouvernements.

11.10 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Bankdirigent Dr. Paersch.

12.30 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple den aus seinem Amt scheidenden bisherigen Chef des Amtes des Distrikts Lublin Oberregierungsrat Dr. Engler, der zu einer anderen Verwendung ins Reich abberufen worden ist. Unter Überreichung seines Bildes spricht der Herr Generalgouverneur Oberregierungsrat Dr. Engler seinen Dank und seine Anerkennung für die langjährigen treuen

Dienste aus, die er für Führer und Reich im Generalgouvernement geleistet hat, und wünscht ihm für seine Zukunft alles das Beste.

Oberregierungsrat Dr. Engler dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihm gewidmete Abschiedsgabe und betont, daß die Zeit, während welcher er am Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements habe mitwirken dürfen, vielleicht die schönste Zeit seines Berufslebens gewesen sei. Er erinnert dabei an eine Ansprache, die der Herr Generalgouverneur am 8.November 1939 vor den neuernannten Kreishauptmännern der Distrikte gehalten habe. In dieser Ansprache habe der Herr Generalgouverneur den Kreishauptmännern Weisungen darüber gegeben, wie sie zu arbeiten hätten. Damals habe der Herr Generalgouverneur den Kreishauptmännern volle Freiheit des Handelns gegeben.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß der Kampf, den er führe, nicht nur dem Deutschen Reich, sondern auch den deutschen Beamten gelte. Er habe sich stets gegen das Wort vom sogenannten Bürokraten, den man vielfach verächtlich machen wolle, mit Entschiedenheit gewendet.

Der Herr Generalgouverneur entläßt Oberregierungsrat Dr. Engler mit seinen besten Wünschen.

14.30 Pg. Kobusch legt dem Herrn Generalgouverneur die Abberufungsurkunde des SS- und Polizeiführers Globocnik als Distriktsstandortführer in Lublin und die Ernennung des Gouverneurs Dr. Wendler zum Nachfolger vor.

Der Herr Generalgouverneur setzt beide Urkunden ab 1.August 1943 mit seiner Unterschrift in Kraft.

24.7.1943

15[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Trzebinia und Weiterfahrt nach München.

Sonntag, den 25.Juli 1943

bis

Sonntag, den 1. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Montag, den 2.August 1943

8^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple SS-Obergruppenführer von dem Bach, der als Sonderbevollmächtigter des Reichsführers SS Himmler die Ergebnisse der Sicherheits- und Umsiedlungsaktionen im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner ungeheuren Enttäuschung Ausdruck über die Ergebnisse, die die bisherigen Sicherheitsaktionen gezeitigt haben. Er weist darauf hin, daß die Umsiedlungssituation im Distrikt Lublin einer Katastrophe gleicht und betont, daß es völlig unmöglich ist, die bisher gehandhabte Methode weiter inne zu halten. Er verlangt die sofortige Abstellung dieser Zustände.

SS-Obergruppenführer von dem Bach sagt unter Billigung der Meinung des Herrn Generalgouverneurs, daß diese ganzen Sicherheitsaktionen nicht geklappt hätten, Abhilfe im weitesten Umfange zu und übermittelt auch den ausdrücklichen Wunsch des Reichsführers SS Himmler, daß diese Fragen in persönlicher Aussprache und im vollen Einvernehmen zwischen der Regierung des Generalgouvernements und den Polizei- und Sicherheitsorganen geklärt

klärt

werden sollen.

Im Anschluß daran findet eine grundsätzliche Besprechung statt, zu der Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh sowie General Becker und SS-Oberführer Bierkamp zugezogen werden.

Dr. Losacker trägt anhand von Einzelberichten der Kreishauptleute der von den Aktionen betroffenenGebiete die Erfahrungen negativster Art vor, die ihm aus diesen Gebieten übermittelt wurden.

Der Herr Generalgouverneur faßt die Ergebnisse der eingehenden Aussprache wie folgt zusammen:

1. Polizeiliche Großaktionen sollen künftig im Generalgouvernement weder unter dem Thema Bandenbekämpfung noch unter dem Thema Umsiedlung stattfinden.
2. Als einziges sich wirklich bewährt habendes System der Sicherheitsgarantie insbesondere im Hinblick auf die dringende Frage der Ernteeinbringung wird die möglichst dichtmaschige Dislocierung von kleinen Polizeistationen in die Ablieferungsdörfer erkannt.
3. General Becker erklärt, daß, sobald die Großaktion im Distrikt Galizien, die durch den Einbruch der militärisch geführten sogenannten Kolback-Bande ausgelöst wurde, abgeschlossen ist, diese Dislocierung im weitesten Umfange auch in den Distrikten Galizien und Lublin durchgeführt wird. In den Distrikten Krakau, Warschau und Radom sei sie bereits im vollen Durchorganisiertwerden.
4. Die Angelegenheit Lublin soll sobald wie möglich zum Abschluß gebracht werden. Der Herr Generalgouverneur betont, daß er es für zweckmäßig halte, daß der SS- und Polizeiführer Globocnik seinen Posten unverzüglich an seinen

2.8.1943

Nachfolger abtrete, damit auch in diesem Punkt eine Bereinigung der polizeilichen Befehlssituation im Distrikt Lublin eintrete.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenführer von dem Bach, am gleichen Nachmittag die Ergebnisse der Besprechung mit den beteiligten Herren nochmals eingehend zu erörtern. SS-Obergruppenführer von dem Bach erklärt sich gern dazu bereit.

Im Anschluß daran werden Präsident Naumann als Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Rittmeister von Palleske als Beauftragter für die Kautschukgewinnung und Oberregierungsrat Schulz von den Monopolen zugezogen, die die bereits stattgefundenen Aussprachen noch mit Berichten aus ihren Arbeitsgebieten ergänzten. Infolge der polizeilichen Maßnahmen im Distrikt Lublin befinde sich der Tabakanbau in wesentlichen Bereichen in vollster Gefährdung, so daß die Tabakpflanzer unverzüglich zurückgegeben werden müßten. Das gleiche gelte auch für die Sicherheit in den Koxagys-Versuchsfeldern Galiziens, die ebenfalls ungeheuer gefährdet seien.

Zusammenfassend erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er, je schwieriger die Situation im Generalgouvernement würde, desto entschiedener seine Politik der Heranziehung der loyalen Bevölkerung dieses Raumes zur Mitarbeit an den Reichsaufgaben aufrecht erhalten werde, dies umso mehr, da diese Politik vom Führer in jeder Weise gedeckt werde.

13^{30} M i t t a g e s s e n .

2.8.1943

17^{15} Empfang von 3o Reichsrednern im Königssaal. Anwesend sind noch Staatssekretär Dr. Boeppel, Hauptabschnittsleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch, Ministerialrat Dr. Weh und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Reichsredner folgende Ansprache:

Für mich bedeutet es eine große Freude, Vertreter der einzelnen Gaue unseres großen deutschen Vaterlandes in diesem stolzen Saal der alten Burg zu Krakau begrüßen zu können. Sie haben heute eine Fülle von Vorträgen angehört und Gelegenheit gehabt, unser Generalgouvernement kennenzulernen.

Im Augenblick, in dem sich die Nervenkampagne gegen unser großdeutsches Vaterland mit aller Wucht erhebt, ist eine der entscheidensten Aufgaben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Haltung unseres Volkes, die allein die Brücke zum Siege ist, durchzuhalten. Sie müssen sich darüber klar sein, welch' ein Unsegen in diesem Augenblick verbreitet werden könnte, wenn wie im Jahre 1918 die Rosa Luxemburgs und die Liebknechts im Lande wühlen könnten, wenn bei diesen alle Nervenkraft in Anspruch nehmenden Schicksalsschlägen die Duckmäuser, die Defätisten, die Nihilisten und die Zerstörer unseres inneren kraftvollen Bewußtseins am Werke sein dürften. Was könnte dann binnen kurzem aus unserem Volk gemacht werden! Gerade wir von der Partei müssen uns darüber klar sein, daß, wenn es überhaupt eine historische Bewährungsprobe für unsere Bewegung gegeben hat, sie jetzt beginnt und daß sie bis jetzt überhaupt noch nicht da war. Bis jetzt haben wir nur die große leuchtende Siegesbahn erlebt; für Hunderttausende war es ja vorteilhaft, sich

2.8.1943

zu unserer siegreichen Bewegung zu bekennen. Jetzt beginnt der Marsch durch die Nacht zum Licht.

In diesem Augenblick ist nun ein Ereignis eingetreten, daß selbstverständlich auch für unsere Parteigeschichte von äußerster Bedeutung ist, nämlich der Sturz Benito Mussolinis und die Auflösung der Faschistischen Partei. Daß zu all' dem anderen, was über unsere unglücklichen Städte hereinbraust, was sich über dem Westen und dem Norden unseres Reiches und in einer ganzen Reihe anderer blühender deutscher Siedlungen ereignet, die jetzt unter diesen furchtbaren Terrorangriffen zerstört werden, was die Invasion der Engländer und Amerikaner auf Sizilien und der unglaublich wichtige Angriff der Sowjetrussen an Kraftanstrengungen erfordert, noch der Sturz Benito Mussolinis erfolgt, ist eine der gewaltigsten Proben, die uns gesinnungsmäßig auferlegt sind. Das heißt, daß jetzt, da der deutsche Soldat den Kampf allein zu führen hat, auch der politische deutsche Soldat den Kampf allein führen muß. Gerade ich, der ich mit dem Duce durch die Jahre hindurch sehr gut stand und der ich - wie Sie wissen - im Jahre 1936 die ersten Schritte der Annäherung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Faschismus eingeleitet habe, die dann mit der Krönung des gegenseitigen Bündnisses ihren größten Erfolg hatten, kann Ihnen sagen, daß ich es persönlich für unsere Partei als einen Vorteil ansehe, daß dieses mehr oder weniger schwächliche Gebilde an unserer Seite verschwunden ist. Heute stehen die Fronten klar: hier das Hakenkreuz und dort der Jude.

Seien Sie überzeugt, daß nunmehr Ungeheures auf der Partei lastet, denn jetzt gehen die Neider durch das Land und erklären, der erste ist gestürzt, nun folgt der andere, ihr werdet genau so aufgelöst. Diesen Leuten muß man sagen, wir waren vor den Faschisten da und wir haben sie auch überlebt. Und, meine Parteigenossen, wer weiß, ob in Italien nicht eine Entwicklung

2.8.1943

kommt, die das heute nach außenhin Unterbrochene wieder in unserer Richtung fortsetzen wird. Die Ereignisse in Italien sind aber trotzdem für uns in der Weltfront ein Schlag, für die Juden aber ist es ein Erfolg, daß der einzige nennenswerte Partner - Mussolini ist ein Genie und einer der größten Männer des Abendlandes - gestürzt werden konnte.

Für uns im Generalgouvernement ist die Tatsache außerordentlich wichtig, daß die Position dieses Landes infolge der Entwicklung der Kriegs- und Weltlage aus einem Randgebilde mehr oder weniger zu dem Herzstück wird. Daß wir ein Herzstück werden, prägt sich bereits in vielem aus: der gesamte Verkehr zwischen dem Reich und dem Osten geht zu vier Fünftel über das Generalgouvernement. Warschau ist die größte Etappenstadt der Weltgeschichte. Unser Land ist geopolitisch eingereiht in die Kraftfelder zwischen Nord, Ost, Süd und West.

Daß es uns geglückt ist mit knapp eineinhalb Prozent deutschen Anteils an der Bevölkerung eine deutsche Führung durchzuhalten, ist nationalsozialistisch. Ich betone dies besonders, denn wir sind hier weder eine Dependance der Berliner Reichsstellen noch sind wir eine Dependance des Oberkommandos der Wehrmacht. Wir sind hier ein völlig eigenes Gebilde, das ich als völlig originär aufgebaut habe, wobei der Führer als Pate über diesem Werk stand und es durch die Nervenkrisis durchgehalten hat. Das Generalgouvernement hat sich als Einheitsstaat gebildet und als Nebenland des Großdeutschen Reiches völlig autark entwickelt. Ich kann mit Stolz sagen, daß die wenigen hiesigen Parteigenossen eine eigenartige Position ausüben. Die Feststellung, daß das Generalgouvernement im vorigen Jahr dem Reich 76o 000 to Getreide zur Verfügung gestellt hat, erfüllt uns mit Stolz. Diese Leistung steht tatsächlich einzig da. Wenn Sie weiter bedenken, daß wir

2.8.1943

in der Arbeiterablieferung an das Reich auch an der Spitze stehen und in allen anderen Funktionen immer mehr in den Blickpunkt rücken, daß wir z.B. bei der Industrieverlagerung das große Aufnahmebecken werden, erkennen Sie die Wichtigkeit des Generalgouvernements. Der Osten wird in Zukunft nicht das agrarmäßige Arbeiterreservoir des industrialisierten Westens sein, sondern binnen kurzem eines der größten Industriegebiete. Es werden Firmen wie Krupp, Henschel, Opel, MAN hier hereinkommen und große Werke entstehen. Die NSDAP des Reiches soll daher auf das Generalgouvernement schauen und mit an dieser Arbeit ihren Anteil nehmen.

Unsere schweren Sorgen sollen Ihnen nicht verheimlicht werden. Die schwerste Sorge ist mir, daß ich überhaupt nicht spüre, daß in den Zentralen mancher großen Reichsverwaltungen eine Vorstellung von dem besteht, was Adolf Hitler mit dem deutschen Weltreich im Osten will. Wir haben ständig die kleinsten Herrschgesichtspunkte zu bekämpfen, um arbeiten zu können.

Ein weiteres ist die weltpolitische Schwierigkeit, daß die Unruhe des Ostens auch nach dem Generalgouvernement gebracht werden könnte. Sie kennen meinen persönlichen Standpunkt genau, so daß ich ihn hier nicht ausführlich darzulegen brauche. Ich huldige einer Anschauung, die die Autorität des Reiches und die Potenz der Macht des Staates mit dem Recht kombiniert. Seit 2o Jahren führe ich diesen Kampf, zuerst im Dienste der Bewegung; ich weiß, daß eines der Hauptprobleme, mit denen wir innerpolitisch fertig werden müssen, die Befriedigung des altgermanischen Rechtsbewußseins unseres Volkes ist. Autorität ist nicht identisch mit Gewalt. Die Gewalt ist das kleine ABC; jenseits der Gewalt beginnt erst die Staatsführungskunst.

2.8.1943

In diesem Raum sind wirklich positive Ergebnisse nur zu erzielen, indem wir uns zunächst sagen: im Krieg gilt nur eines, nämlich der Sieg. Was dem Siege dient, ist richtig, was ihn erschwert, ist falsch, ganz gleich, mit welch' hohlem Pathos es sich ankündigt. Wenn ich in diesem Raum mit knapp 3 ooo Mann mit 16 Millionen Fremdvölkischer etwas fertig bringen muß, dann muß ich mich auf das hier lebende Volk und seine Kraft stützen, dann darf ich dieses Volk nicht vernichten wollen. Es ist wahnsinnig, wenn in diesem Land mit Sensen gemäht wird. Ich sage: wenn gemäht wird, dann nicht die Köpfe, sondern die Felder. Was nach dem Sieg mit diesem Volk geschieht, ist jetzt gleichgültig, aber was jetzt geschieht, ist wichtig. Es ist daher klar, daß die reinen Terrormethoden, die Kollektivjustiz falsch sind und einfach einen Stoß gegen den Sieg bedeuten. Denn gerät dieses Land in Aufruhr, dann können wir nicht wie mancher Großsprecher einfach sagen: der deutsche Herrenmensch wird auch damit fertig. Hier stehen ein paar Deutsche einer Masse gegenüber. Ich trage die Verantwortung, daß mit 15o ooo polnischen Eisenbahnern der Transport im Lande aufrecht erhalten wird. Mir hilft es nichts, wenn einer sagt, die Polen müssen ausgerottet werden, sie sind falsch und sie müssen weg. Ich bin heute auf den schmierigsten Polacken, der mir die Züge an die Ostfront fährt, angewiesen. Die Dinge sehen in der Praxis anders aus als in der Theorie. Wir wissen alle, daß dieses Land einmal deutsch wird, daß wir die Polacken hier nicht dulden werden. Aber dazu kommt die Zeit, wenn wir den Krieg gewonnen haben. Jetzt siedeln zu wollen und das Land dadurch in Aufruhr zu bringen, ist unmöglich.

2.8.1943

Was ich Ihnen jetzt sagte, habe ich ununterbrochen gelehrt und es hat zweieinhalb Jahre gedauert, bis ich mich durchgesetzt habe. Die Folgen spüren wir jetzt durch das Hereinbrechen von großen Unsicherheitsfaktoren. Nun zeigt sich, was ich prophezeit habe, daß nämlich unsere staatliche Autorität zu klein ist, um fertig zu werden. Wenn man Gewaltpolitik wie die Sowjetrussen mit Terror und Ausrottung machen will - gut - dann aber muß eine Bedingung erfüllt sein. Dann muß ich sagen, schickt mir wie die Sowjetrussen statt 2oo Tschekisten 2oo deutsche Polizisten in jedes Dorf; Gewaltpolitik aber propagieren und in einzelnen Exempeln zu treiben und dann die Polizei aus dem Lande zu ziehen, ist Wahnsinn. So ist es möglich, daß hier durch das Land eine sowjetrussische Bande unter einem General Kolback schon 4 Wochen zieht und hoffentlich gelingt es, sie in dieser Woche zu schnappen. Ein solches Ereignis ist aber in diesem Land für die deutsche Autorität schädlicher als alles, was Sie sich denken können. So wirkt sich die bisherige falsche Politik immer wieder aus. Ich bin aber der Meinung, daß dies zu bereinigen ist und wir werden mit diesen Dingen fertig werden. Aber es kostet eine unheimliche Kraft, in einem Status zu verharren, wenn man genau sieht, daß der falsche Weg mit Gewalt durchgesetzt werden soll. Seit meiner persönlichen Aussprache mit Reichsführer SS Himmler sind diese Dinge programmatisch bereinigt, persönlich werden sie bereinigt werden. Sie gelten aber für die Vergangenheit und sind eine heilsame Lehre für die Zukunft.

Das Generalgouvernement ist gerüstet für seine Aufgaben. Ich habe auch die fremdvölkische Bevölkerung auf eine einigermaßen anständige Ernährungsbasis gesetzt und die sogenannten Warthegausätze eingeführt und

2.8.1943

hoffe, daß es dadurch möglich ist, die Hunderttausende des fremden Volkstums, die uns unter den schwierigsten Umständen bisher die Treue gehalten haben, bei der Stange zu halten. Ich werde dafür sorgen, daß die einheitliche Führung dieses Raumes mit dem ganzen Gewicht der Autorität des Führers durchgehalten wird.

Für Sie ist es auch notwendig, daß Sie in diesem Raum nicht nur unser Parteiprogramm studieren, sondern auch die weltpolitischen Notwendigkeiten, die uns die Zeit aufgibt und von denen wir abhängig sind. Heute ist es so, daß dieses Gebilde das einzige straff organisierte Land innerhalb des großdeutschen Machtbereiches ist. Das stelle ich nicht allein fest, sondern das hat Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium vor einigen Tagen in Krakau festgestellt und das hat mir auch Reichsführer SS Himmler gesagt. Diese Tatsache ist für uns, die wir hier leben, eine starke Domäne. So soll auch für die Bewegung im Reich - der kommende Parteitag in Krakau wird dazu beitragen - die Parole ausstrahlen, daß hier das Neue ersteht und daß das deutsche Volk absolut nicht am Ende ist. Ich habe vor einigen Tagen im Reich einen Leitartikel mit der Überschrift gelesen: "Den Mut nicht sinken lassen!" oder in einer anderen Zeitung einen solchen mit der Überschrift: "Den Kopf hoch!" Ich nehme an, daß das der Ausdruck irgendeiner falsch verstandenen Parole ist. Demgegenüber sage ich Ihnen: es ist gar kein Problem, daß wir den Krieg gewinnen werden. Ich sage das aus der Erwägung heraus, daß die Sowjetrussen nach den jetzigen schweren erfolglosen Angriffen der schwersten inneren und vor allem Ernährungskrisis gegenüber stehen werden. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die Sowjetunion darunter zusammenbrechen wird und daß dann ein gewaltiger Rückschlag kommt. Die Tatsache, daß die Engländer und Amerikaner auf Sizilien mit ihrer gewaltigen Übermacht

2.8.1943

gegenüber dem kleinen Grüppchen deutscher Soldaten nichts erreichen, zeigt den kämpferischen Höchstwert der deutschen Soldaten, der zu den größten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Das schlimmste Problem stellen nur die Terrorangriffe auf unsere Städte dar. Sie sind eine echte und ganz schwere Sorge. Sie zu vertuschen, kann nicht geschehen und sie stellen einfach das furchtbare Opfer dar, das dem deutschen Volk auferlegt ist.

Wir schauen in das deutsche Land mit dem Gefühl, daß wir in seinem Interesse hier eine Heimat aufzubauen beginnen. Dies ist die Aufgabe der NSDap. Ich will hier keine Schieber und Spießer und ich hoffe, daß es gelingt, auch die letzten dieser Burschen hier noch zu beseitigen. Ich muß Ihnen schon sagen, daß ich manchmal den Eindruck habe, daß uns aus den amtlichen Ministerien mit amtlichen Zertifikaten versehene General- direktoren und mancherlei Volks hereingeschickt werden, die unter dem Deckmantel großer kriegsnotweniger Geschäfte genau so schieberische Privateigentumsgeschäfte machen wollen wie manche Kleinen. Gerade im Zusammenhang mit dem Komplex der Erdölwerke in Galizien habe ich Erfahrungen gesammelt, die geradezu grauenhaft zeigen, wieviel plutokratisches Zeugs wir in Deutschland zu dulden haben. Hier liegt eine große Aufgabe und ich sage, der Staat steht über der Wirtschaft. Ich lasse mir da nicht mit großen Namen imponieren. Diesen Raum haben deutsche Soldaten mit dem Einsatz ihres Blutes erobert, dieser Raum wird von mir gehalten, treuhänderisch verwaltet und eines Tages den deutschen Soldaten zur Verfügung gestellt, wenn sie heimkehren können. Dieser mein Grundsatz gilt auch für Gesellschaften und mögen sie noch so großkotzig tun.

2.8.1943

gegenüber dem kleinen Grüppchen deutscher Soldaten nichts erreichen, zeigt den kämpferischen Höchstwert der deutschen Soldaten, der zu den größten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Das schlimmste Problem stellen nur die Terrorangriffe auf unsere Städte dar. Sie sind eine echte und ganz schwere Sorge. Sie zu vertuschen, kann nicht geschehen und sie stellen einfach das furchtbare Opfer dar, das dem deutschen Volk auferlegt ist.

Wir schauen in das deutsche Land mit dem Gefühl, daß wir in seinem Interesse hier eine Heimat aufzubauen beginnen. Dies ist die Aufgabe der NSDap. Ich will hier keine Schieber und Spießer und ich hoffe, daß es gelingt, auch die letzten dieser Burschen hier noch zu beseitigen. Ich muß Ihnen schon sagen, daß ich manchmal den Eindruck habe, daß uns aus den amtlichen Ministerien mit amtlichen Zertifikaten versehene General_direktoren und mancherlei Volks hereingeschickt werden, die unter dem Deckmantel großer kriegsnotweniger Geschäfte genau so schieberische Privateigentumsgeschäfte machen wollen wie manche Kleinen. Gerade im Zusammenhang mit dem Komplex der Erdölwerke in Galizien habe ich Erfahrungen gesammelt, die geradezu grauenhaft zeigen, wieviel plutokratisches Zeugs wir in Deutschland zu dulden haben. Hier liegt eine große Aufgabe und ich sage, der Staat steht über der Wirtschaft. Ich lasse mir da nicht mit großen Namen imponieren. Diesen Raum haben deutsche Soldaten mit dem Einsatz ihres Blutes erobert, dieser Raum wird von mir gehalten, treuhänderisch verwaltet und eines Tages den deutschen Soldaten zur Verfügung gestellt, wenn sie heimkehren können. Dieser mein Grundsatz gilt auch für Gesellschaften und mögen sie noch so großkotzig tun.

2.8.1943

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, daß es jetzt eine Bewährungsprobe unserer Bewegung gilt und gerade das Ereignis Italien muß Ihnen zeigen, wie verpflichtet wir sind, die wir die große germanische Bewegung gegenüber dem Judentum darstellen, den Kampf durchzuhalten. Wenn heute so mancher Spießer nach Italien schaut, so wird er auch entdecken, daß es nicht so einfach ist, den Faschismus zu beseitigen. Man wird sich dort nicht sagen können, jetzt haben wir wieder die alten Zustände, denn dort kommt nicht der König oder der alte Badoglio; hinter ihnen stehen die wirksamen Kräfte, die bereits versuchen, den Kommunismus ins Land zu bringen. Der Papst wird noch von ganz anderen Mächten umbrandet sein und er wird vielleicht einmal den Faschismus auf den Knien herbeisehnen.

Bei uns stehen die Dinge ganz klar. Einem, der sagt, was mag mit der NSDAP werden, können wir erwidern: die NSDAP wird den Juden bestimmt überleben. Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist - sagen wir einmal - ausgewandert.

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, und gehen Sie an Ihre Arbeit ins Reich zurück, denken Sie dabei an die Burg in Krakau, an diesen Saal, von dem aus die polnischen Könige durch Jahrhunderte hindurch ihre antideutsche Politik geführt haben. Von hier aus kann man weit ins Land sehen, das einmal ein Stück deutscher Heimat und nationalsozialistisches Gebiet werden wird.

(Großer Beifall)

Ein Reiseteilnehmer dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte.

18^{00} T e e - Empfang.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 3.August 1943

11^{00} Besprechung mit Gouverneur Dr. Losacker

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Boepple, Gouverneur Dr. Losacker, Präsident Emmerich und Ministerialrat Dr. Weh.

Ablauf

Gegenstand der Besprechung ist zunächst der der für den gleichen Nachmittag vorgesehenen Wirtschaftsführertagung.

Ministerialrat Dr. Weh legt dann einen Entwurf einer

Verordnung über die Organe des Reichsverteidigungskommissars für das Generalgouvernement.

Der Entwurf wird gemeinsam durchgesprochen und nach einigen Abänderungen durch den Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Der letzte Punkt der Besprechung ist die Frage der Abschliessung eines Pachtvertrages mit der Karpathenöl-Gesellschaft durch die Regierung des Generalgouvernements.

Nach eingehender Aussprache verfügt der Herr Generalgouverneur folgendes:

1. Ich hebe hiermit das Verbot der Regierung des Generalgouvernements an den Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, einen Pachtvertrag mit der Karpathenöl-A.G. abzuschliessen, auf.
2. Ich beauftrage den Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft mit der Vorlage eines Pachtvertragsentwurfs mit der Karpathenöl-

3.8.1943

Aktiengesellschaft unter Berücksichtigung aller bekannten Umstände (Feindkommissare, Regressansprüche, Ertragssteigerung der Erdölproduktion usw.)

3. Die Genehmigung des endgültigen Pachtvertrages behalte ich mir persönlich vor.

12[10] Bankdirigent Paersch berichtet anhand von Statistiken und Tabellen über sein Arbeitsgebiet.

15[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

IV/9

16[00] W i r t s c h a f t s t a g u n g im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

Nach Eröffnung der Sitzung weist Staatssekretär Dr. Boepple einleitend darauf hin, daß vor 2 Monaten eine Tagung der Wirtschaftsführer stattgefunden habe. Damals habe der Herr Generalgouverneur die Absicht gehabt, vor den Wirtschaftsführern auf der Burg zu Krakau grundsätzliche Ausführungen zu machen. Im Anschluß an die Sitzung, die vor 2 Monaten stattgefunden habe, habe der Herr Generalgouverneur einen Ausschuß für die Versorgung der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung des Generalgouvernements konstituiert, der inzwischen seine Arbeiten aufgenommen habe.

Die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit dieses Ausschusses werden dann von den Präsidenten Dr. Emmerich, Naumann und Struve den Wirtschaftsführern mitgeteilt.

3.8.1943

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich habe am 1. Juni die Sitzung, zu der wir uns damals vereinigt hatten, unterbrochen, weil ich den Eindruck hatte, daß es sehr unbefriedigend wäre, wenn als Ergebnis dieser Sitzung nur Planungen ins Land hinausgetragen würden. Ich habe damals aus der von mir sehr ernst genommenen Diskussion und dem Vortrag sehr ernster Gesichtspunkte eine so eindringliche Bestätigung unserer schon viele Monate vorher erwachsenen Beobachtungen entnommen, daß ich mich veranlaßt sah, diesen Ausschuß zusammen zu rufen, dessen Ergebnisse Ihnen heute im wesentlichen vorgetragen wurden.

Demnach möchte ich zunächst feststellen: Vom Standpunkt der Regierung des Generalgouvernements aus werden auf dem Gebiet der allgemeinen Lebensmittelversorgung der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements, auf dem Gebiete der Textilversorgung, der Schuhversorgung und der Versorgung mit täglichen Gebrauchsgütern aller Art ab 1.September 1943 so wesentlich neue Momente eintreten, daß meiner Auffassung nach angesichts der gesamten europäischen Situation, insbesondere auch der stets bedrohlicher ansteigenden Notsituation unseres eigenen deutschen Vaterlandes diese Regelung die stabile Grundlage für die kommende Entwicklung abgeben wird.

Sie können daher die heutige Sitzung durchaus mit dem beruhigenden,festen Bewußtsein verlassen, daß alle die Nöte und Sorgen, die Sie selber bisher in einem gewissen - sagen wir einmal - wilden Verfahren auszukämpfen hatten, in gemeinsamer Arbeit der staatlichen Dienststellen und der Dienststellen der Wirtschaft mit den

3.8.1943

wirtschaftlichen Betrieben werden gelöst werden. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, daß diese Lösung dem Gesamtstatus der Bevölkerung des Generalgouvernements ergreift, daß wir allerdings in der Abstufung der Zuteilung dieser Gegenstände jenen Anreiz sichergestellt haben, der darin liegt, daß der im deutschen Interesse Arbeitende in jedem Fall mit seiner Familie besser gestellt wird als der in diesem Interesse nicht Arbeitende.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Anreiz wird hauptsächlich, wie wir glauben und das vielleicht auch aus der psychologischen Erkenntnis des hiesigen Volkstums bestätigt finden, die Atmosphäre der Werbung für die Arbeit in deutschen Werken und im Deutschen Interesse in die Familien selbst übertragen; denn nunmehr wird die Hausfrau, werden die Mutter, die Schwester, die Tochter selber dafür sorgen, daß der in erster Linie für die gesamte Versorgungslage der Familie Maßgebliche in den deutschen Betrieb eintritt und damit die Gesamtversorgung aufbessert.

Ich habe keinen Zweifel, daß das, was hier besprochen wird, im wesentlichen geheim bleibt. Daher will ich Ihnen auch ganz offen die Zahl der Textilpunkte nennen. Ab 1.September 1943 werden 3o Millionen Textilpunkte im Gesamtrahmen des Textilversorgungsprogramms verteilt.

Lassen Sie mich am Schluß dieser Wirtschaftsführertagung, die sich infolge der Unterbrechung über 2 Monate hinweg erstreckte, einiges Ernsthafte von dem übermitteln, was mich als Chef dieses Landes in diesem Augenblick besonders bewegt.

Wir müssen bei unserem Gebiet immer wieder daran denken, daß das Fünf-Stadium der Entwicklung von eroberten Gebieten in ihren Beziehungen zu dem erobernden

3.8.1943

Land sich auch bei uns in vollem Umfange bemerkbar gemacht hat. Wenn Sie einmal die Kolonialgeschichte aller großen Weltreiche, die Geschichte der eroberten Gebiete durch die Jahrhunderte hindurch ganz allgemein durchschauen, so werden Sie in fünf Stadien die Entwicklung vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen von Mutterland zu neuem Gebiet feststellen können, vorausgesetzt, daß diese Eroberung auf militärischem Gebiet vor sich ging. Das erste Stadium ist die rein militärische, noch unter dem Einfluß der Kampfhandlungen mittelbar, äußerstenfalls gleich nachher stattfindenden Periode der Besitznahme. Das zweite Stadium ist dann die diese Besitznahmeperiode ablösende Beutezeit, wie ich sie nenne. Das dritte Stadium ist die Erkenntnis der Heimat, was man alles aus diesem neuen Land herausholen kann, mit der damit zusammenhängenden in jedem Fall bei allen Völkern, auch bei uns eintretenden psychologischen Reaktion der Heimat, daß man aus diesem plötzlich so überreich mit angeblich so unerschöpflichen Rohstoffen versehenen Gebiet durch Überforderungen herausholen kann, was nur irgend möglich ist. Das vierte Stadium ist der plötzlich mit Schrecken festgestellte Erkenntniszustand, daß dieses durch Überforderungen maßloser Art ausgeschöpfte Gebiet einer Schonungsperiode bedarf, die letzten Endes durch eine Normalisierung der Beziehungen abgelöst wird, die dann über weitere Zeiträume hinwegläuft.

Dieses fünffache Stadium der Entwicklung werden Sie bei den Spaniern, Engländern, Franzosen und auch bei den Deutschen feststellen. Das ist ein naturnotwendiger Vorgang und scheint überhaupt in den rationalen Status dieser Entwicklungen zu gehören. Wir haben die erste Periode in vollem Umfange hier miterlebt: die Zeit der militärischen Kampfhandlungen, die Wegnahme dessen, was man gerade brauchte, die Zerstörung dessen, was für Kriegshandlungen notwendig war usw.

3.8.1943

Die zweite Periode, die Beuteperiode, hat schätzungsweise bis in das Frühjahr des Jahres 194o hinein gedauert. Ich weiß nicht, ob Ihnen allen bekannt ist, wie sehr die Erwartungen aus diesem damals noch als besetzt geltenden Gebiet Generalgouvernement mir gegenüber zum Ausdruck gebracht wurden. Um Ihnen nur einiges davon in die Erinnerung zurückzurufen, möchte ich auf einige ganz markante Gesichtspunkte hinweisen. Im November und Dezember 1939, im Januar und Februar 194o wurde mir auferlegt, dieses Land völlig seiner Maschinen zu entkleiden, alle Fabrikbetriebe auszuschrotten, die allenfalls vorhandenen zweiten Gleise der Eisenbahn abzumontieren, die über eine Leitung hinausgehenden Telefon- und Telegraphenleitungen abzumontieren und dafür zu sorgen, daß die Telefonapparate nur noch für deutsche Dienststellen allein zur Verfügung stehen, daß der Straßenbahnbetrieb restlos eingestellt und der Eisenbahnbetrieb auf die Notwendigkeiten des deutschen Verkehrs allein zugespitzt wird. Daß unter solchen und weitesten Umfanges in die Tat umgesetzten programmatischen Gesichtspunkten diesem Lande eine Wunde geschlagen wurde, die wir heute noch nicht überwunden haben, ist klar. Damals zogen die Abmontierungskolonnen des Generals Bührmann durch das Land und holten weg, was sie irgendwie wegholen konnten. Schon nach wenigen Wochen konnten wir hier im Lande erkennen, daß es so nicht weitergehen darf. Etwa im Januar, Februar oder März 194o ist es mir geglückt, allerdings nur auf Grund des persönlichen Einschreitens des Führers selber, diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

Immerhin kam dann sofort die dritte Periode, und in dieser Periode standen wir etwa bis zum Beginn dieses Jahres. Ich nenne sie die Überforderungsperiode. Es kam der Druck auf das Generalgouvernement: wie in allen anderen besetzten Gebieten sah man im Generalgouvernement

3.8.1943

einfach nichts anderes als den Ausweg für alle Nöte, die irgendwie in der Heimat auftreten sollten. Diese jedem vernünftigen Wirtschaftsprogramm zuwiederlaufende Überforderungstendenz mußten wir zunächst hinnehmen, sollte nicht gegen uns der Vorwurf erhoben werden, daß wir gegen das Reichsinteresse verstießen, daß wir irgendwelche Ansinnen von Reichszentralen nicht erfüllen würden. Dabei wurde immer wieder der berühmte Gesichtspunkt der Polenfreundlichkeit und der übersteigerten Schonung der an sich doch auszurottenden fremdvölkischen Bevölkerung in den Vordergrund gerückt, der Gesichtspunkt schonungslosen Vorgehens, das man mit aller Gewalt durchsetzen solle, - und wie alle die billigen Schlagworte lauteten.

Ich wünsche nun, daß diese Überforderungsperiode aber auch Ihnen, meine Herren, in einigen wenigen markanten Beispielen klargemacht werden soll. Man hat aus dem Generalgouvernement im Jahre 1942/43 740 000 to Getreide im Reichsinteresse entnommen. Wir haben uns zu dieser geradezu jedes vorstellbare Maß überschreitenden Forderung damals bekannt. Ich sagte mir: ich bekomme erstens sonst keine Ruhe vor dem Reich, und zweitens kann ich niemals einen positiven Ansatz gewinnen, wenn mir immer wieder entgegengehalten werden könnte, daß das Generalgouvernement nicht bis an die absolut äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen ist. Allerdings habe ich damals zu dieser Überforderung und den damit zusammenhängenden Gesichtspunkten den maßgebenden Reichsinstanzen in einer eingehenden Denkschrift schon im September vorigen Jahres dargetan, daß, wenn ich diese Forderungen erfülle, ich spätestens im März 1943 vom Reich Maschinengewehre gebrauche, weil unter dem Einfluß dieses Hungerexports das Volk hier einfach aufgewiegelt wird.

3.8.1943

Diese Überforderungspolitik wurde in allen Sektoren fortgesetzt. Man verlangte von mir einen Wehrbetrag von 3 Milliarden Zloty. Ich soll die gesamte Wehrmacht im Lande aus den eigenen Mitteln dieses Staates bezahlen. Man verlangt von mir Arbeiterkontingente, die jedes vorstellbare Maß überschreiten. Wir haben bereits 1,3 Mill. Arbeiter ins Reich abgeliefert. Weitere 5o ooo für Bergbau geeignete Arbeiter sollen wir noch in diesem Jahre ins Reich schicken. Darüber hinaus wurde erst vor wenigen Tagen wieder der dringende Appell vom Reich an uns gerichtet, wir sollen zwei Jahrgänge der gesamten Bevölkerung, Männer und Frauen, nämlich die Jahrgänge 1922/23, sofort mit Gewalt einziehen und als Arbeiter und Arbeiterinnen ins Reich abführen.

Meine Herren, ich könnte Ihnen viele Beispiele von der Überforderung und von der merkwürdigen Erwartung bringen, daß alles das, was im Reich nicht mehr aus eigener Kraft geschafft werden oder aus anderen Gebieten nicht geholt werden kann, ohne weiteres im Generalgouvernement möglich werde. Diese Anschauung führte eben zu dem, was ich das vierte Stadium nenne, was ich einfach schlechterdings nenne eine gewisse ganz kurzfristige Schonung dieses Gebietes, auf daß es sich einigermaßen wieder erholen kann, und daß es überhaupt erst einmal zu dem kommt, was ich als fünftes nannte, nämlich zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement.

Meine Herren, Sie müssen sich einmal klar machen, daß demnach Ihre Existenz als Wirtschaftsrepräsentanten in diesem Lande ursprünglich nach den Planungen für dieses Gebiet gar nicht vorgesehen war. Damals sagte man: das Generalgouvernement soll der Misthaufen sein, auf dem wir die Polacken aus dem Reich ablagern - der Ausdruck wurde wortwörtlich gebraucht -, es soll einfach etwas Brot und Getreide liefern, im übrigen aber

3.8.1943

hauptsächlich Arbeiter und Arbeiter und Arbeiter. Dann kam die berühmte Theorie von dem Preisgefälle und dem Lohngefälle im Osten, alles Dinge, die wir in ihrer Unmöglichkeit längst erkannt haben.

Wenn ich Ihnen das heute so ganz offen darlege, so geschieht es, weil ich nun zum erstenmal auch weiß, daß in den maßgeblichen Reichszentralen, mit denen wir zu tun haben, insbesondere in den letzten Wochen und vor allem auf Grund einer ganz eingehenden Besprechung, die mit dem Führer zu haben ich die Ehre hatte, eine Wandlung eintreten wird. Freilich ist diese Wandlung zum Besseren, insbesondere etwa die Durchsetzung der neuen Nahrungsrichtlinien für die Bevölkerung von der furchtbaren Belastung getragen, daß neue Forderungen auf völlig unerwarteten Gebieten aus der Notlage des Reiches heraus an uns herangetreten sind und herangetragen werden. Ich erinnere nur daran, daß das große Problem der Industrieverlagerung in das Generalgouvernement uns in den nächsten Wochen und Monaten außerordentlich beschäftigen wird. Allgemein gesagt kommt es immer wieder darauf an, ob man eine Kuh melken oder schlachten will. Diese wichtige Frage muß immer wieder ausgetragen werden. Jeder legt sie sich nach seinem gusto aus. Die einen sagen: was geht uns irgendwie schon eine Zukunft des Generalgouvernements an, - wir brauchen jetzt das und das. Ich habe auf meinem Tisch schon Fernschreiben mit den dringendsten Ersuchen gehagelt bekommen, sofort, unverzüglich, wenn irgend möglich, 150 000 Pferde mit vollen Gespannen und den Wagen sofort an die Ukraine zu liefern. Solche Blitzforderungen kommen. Am Anfang bin ich bei solchen Fernschreiben immer noch ein bißchen zusammengezuckt; jetzt berühren sie mich nicht mehr, denn ich weiß, daß man mit Patienten milde umgehen muß.

(Heiterkeit)

3.8.1943

Meine Herren, was Sie in Ihren einzelnen Betrieben durchgemacht, das haben auch der Generalgouverneur und seine Regierung für das ganze Land durchgemacht. Selbstverständlich lagert über alledem, was ich einen periodischen Aufbau nennen möchte, ein Moment, mit dem niemand rechnen konnte, nämlich die ungewöhnlich lange Dauer des Krieges und vor allem die ungeheure Erschwerung der kriegswirtschaftlichen Faktoren auf allen Gebieten. Freilich ist das Generalgouvernement dabei notwendigerweise eine geschlossene Einheit. Sie kennen den von mir immer wieder vertretenen Grundsatz der <u>Einheit von Führung und Verwaltung</u> in diesem Raum. Ich werde in Zukunft an diesem Grundsatz mit umso größerer Wucht festhalten müssen, als die Gegensätzlichkeit der Auffassungen der einzelnen Reichszentralen in Forderungen und Planungen oft ein kaum mehr vorstellbares Maß erreicht. Wir müssen daher die Geschlossenheit dieser Maschine Generalgouvernement, die im Dienste des Reiches und des Sieges steht, unter allen Umständen erhalten, schon deshalb, weil diese Selbständigkeit ja für das Reich die einzige Entlastung darstellt. Denn es wäre für das Reich unendlich viel schwieriger, dieses Gebiet so, wie das jetzt geschieht, in den Dienst des Kampfes zu stellen, wenn wir Reichsgau wären. So aber tragen wir die eigene Verantwortung für Währung, Staat, Verwaltung, Führung, Nahrung, Kleidung und müssen uns daher auch in dieser Einheit weiterhin bewähren. Sie, meine Herren Wirtschaftsführer und Vertreter der Wirtschaft, werden ja nun aus der heutigen Sitzung - ich hoffe es wenigstens, - mit dem Empfinden gehen, daß die Tagung, die wir jetzt abgehalten haben, von großem Nutzen war. Für mich war sie deshalb von Nutzen, weil sie mir persönlich doch den Eindruck vermittelt hat, daß in Ihnen Männer hier im Generalgouvernement vorhanden sind, auf deren Anwesenheit, Wirken

und auch

3.8.1943

Sicherheit die Regierung des Generalgouvernements ihr ganzes Augenmerk und alle ihre fördernde Aufmerksamkeit zu lenken hat. Ich werde Ihnen in Zukunft in jeder nur erdenklichen Weise beistehen, und Sie können sich darauf verlassen, daß auch für mich die Fortsetzung der Normalisierungstendenz in den Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement eine hohe Aufgabe bedeutet.

Wir haben vor allem die Vorstellung zu bekämpfen, daß wir Kolonie sind. Wir sind keine Kolonie, wir sind auch kein besetztes Gebiet. Dieser letztere Ausdruck wird ja vor allem immer wieder angewendet. Wir sind es nicht mehr; denn seit dem 1.Juli 194o ist das Generalgouvernement kraft Entscheidung des Führers ein eigenes Gebilde unter dem Titel "Nebenland des Großdeutschen Reiches". Daraus ergibt sich, daß hier alle Tendenzen bekämpft werden müssen, die, auf die Dauer gesehen, die wirtschaftliche Kraft dieses Gebietes zum Nachteil des Reiches stören. Ich betone: auf die Dauer gesehen -; denn so, wie die Dinge im Osten, Westen, Norden und Süden liegen, rückt das Generalgouvernement immer mehr in die Position eines Herzstückes der großdeutschen Macht auf. Wir sind dazu berufen, ein stolzes und starkes Zentralgebilde des großdeutschen Lebens und der Macht des Führers zu sein. Daher kann und darf unter keinen Umständen mit einer Fortsetzung früherer Tendenzen aus der Besitznahmeperiode, aus der Beutezeit, aus der Überforderungsperiode die Gesundhaltung dieses Gebietes gestört werden. Dazu gehört, wie Sie wissen, auch, daß die Exekutivorgane des Staates Generalgouvernement so vorgehen, daß ihr Handeln mit dem Willen und den Notwendigkeiten dieses Raumes in Einklang gebracht wird. Auf Grund meiner Rücksprache mit dem Reichsführer SS Himmler sind nunmehr die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Polizei und SS in diesem Lande wird keine andere Tendenz

3.8.1943

kennen als jene, die Arbeit der Regierung zu unterstützen und zu fördern. Was bei andersartigem Verhalten herauskommt, sieht man an den Vorgängen im Distrikt Lublin, wo durch meines Erachtens völlig unzulängliche Maßnahmen in Gestalt einer plötzlichen Aussiedlung von Tausenden von Menschen eine gewaltige Unruhe hineingetragen wurde.

(Lebhafter Beifall)

Im Zusammenhang damit muß der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, daß die Autorität der Regierung dieses Raumes von jedermann vertreten wird. Meine persönliche Rücksprache, die ich gestern mit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS Himmler Herrn von dem Bach-Zelewski hatte, wird zur Folge haben, daß diese Maßnahme sofort zurückgenommen wird. Alles, was hier geschehen kann, wird geschehen, vor allem mit Hilfe des neuberufenen SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin, der jetzt unverzüglich dieses schwere Erbe antreten wird.

Sie können sich daher auch dieser Regierungsinstanzen bedienen. Sie sollen Vertrauen zur Führung dieses Raumes haben. Mancher ist hier mit den gesamten Vorurteilen aus der Verleumdungsepoche des Generalgouvernements hereingekommen. Damals sagte man: in diesem Land herrscht Korruption, herrscht wilder Rummel, herrscht Gewinnstreben usw.. Das hat sich dann binnen kurzem gewandelt; man hat erkannt, daß hier eine Handvoll deutscher Männer einen furchtbaren Kampf unter der schwersten Aufgabe führen, die der Führer in diesem Kriege gestellt hat. Daher ist auch die Autorität dieses Raumes nicht durch Sprüche und Liedersingen zu beweisen, sondern sie ist nur durch die einzig dastehende Leistung beweisbar, die dieser Raum bis jetzt schon im Dienste des Reiches erbracht hat. Wir wollen sehen, was andere Gebiete leisten. Ich kann nur feststellen, daß die Realpolitik, wie ich sie treibe, daß vor allem mein unermüdliches Bemühen von Erfolg gekrönt ist, mit dem Irrwahn aufzuräumen, als könne man mitten in einem furchtbaren Kriegsgeschehen durch unmenschliche Behandlung unterworfener Völker diese Völker gegen uns aufwühlen, statt

3.8.1943

kennen als jene, die Arbeit der Regierung zu unterstützen und zu fördern. Was bei andersartigem Verhalten herauskommt, sieht man an den Vorgängen im Distrikt Lublin, wo durch meines Erachtens völlig unzulängliche Maßnahmen in Gestalt einer plötzlichen Aussiedlung von Tausenden von Menschen eine gewaltige Unruhe hineingetragen wurde.

(Lebhafter Beifall)

Im Zusammenhang damit muß der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, daß die Autorität der Regierung dieses Raumes von jedermann vertreten wird. Meine persönliche Rücksprache, die ich gestern mit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS Himmler Herrn von dem Bach-Zelewski hatte, wird zur Folge haben, daß diese Maßnahme sofort zurückgenommen wird. Alles, was hier geschehen kann, wird geschehen, vor allem mit Hilfe des neuberufenen SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin, der jetzt unverzüglich dieses schwere Erbe antreten wird.

Sie können sich daher auch dieser Regierungsinstanzen bedienen. Sie sollen Vertrauen zur Führung dieses Raumes haben. Mancher ist hier mit den gesamten Vorurteilen aus der Verleumdungsepoche des Generalgouvernements hereingekommen. Damals sagte man: in diesem Land herrscht Korruption, herrscht wilder Rummel, herrscht Gewinnstreben usw.. Das hat sich dann binnen kurzem gewandelt; man hat erkannt, daß hier eine Handvoll deutscher Männer einen furchtbaren Kampf unter der schwersten Aufgabe führen, die der Führer in diesem Kriege gestellt hat. Daher ist auch die Autorität dieses Raumes nicht durch Sprüche und Liedersingen zu beweisen, sondern sie ist nur durch die einzig dastehende Leistung beweisbar, die dieser Raum bis jetzt schon im Dienste des Reiches erbracht hat. Wir wollen sehen, was andere Gebiete leisten. Ich kann nur feststellen, daß die Realpolitik, wie ich sie treibe, daß vor allem mein unermüdliches Bemühen von Erfolg gekrönt ist, mit dem Irrwahn aufzuräumen, als könne man mitten in einem furchtbaren Kriegsgeschehen durch unmenschliche Behandlung unterworfener Völker diese Völker gegen uns aufwühlen, statt

<u>3.8.1943</u>

sie loyal in unseren Dienst zu stellen. Ich freue mich, daß das Steuer jetzt herumgeworfen wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens dieses Raumes gilt der Grundsatz, daß er keinen eigenen Zweck hat, sondern ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Reich zu dienen. Dieser Raum wird zweitens gerade auf Grund seiner Zweckbestimmung mit eigenen Vollmachten geführt. Ein wildes, blindes Hineinregieren in diesen Raum kann von keiner Stelle geduldet werden. Ich unterstehe nur dem Führer, und wir sind somit als <u>Generalgouvernement des Führers eigenstes Land</u>. Wo irgendwie Vollmachten erteilt werden, die das Generalgouvernement miteinbeziehen, besagt das nichts anderes, als daß das Generalgouvernement auf diesem Gebiet mit seinen Behörden mit besonderem Nachdruck der betreffenden Reichsinstanz zur gemeinsamen einvernehmlichen Arbeit auf diesem besonderen Vollmachtsektor sich verpflichtet fühlt. Eine Weisung von Dienststellen außerhalb des Generalgouvernements an Dienststellen im Generalgouvernement gibt es nicht.

Das Ziel der <u>Wirtschaft in diesem Raum</u> ist daher die Aufrechterhaltung der Nutzkraft des Gebietes in allen Sektoren, - <u>Aufrechterhaltung der Nutzkraft</u>, nicht momentane Ausbeutung, nicht vorübergehendes Gewinnhaschen, sondern ein klares sich darauf Einrichten, daß der Krieg nicht nächsten Monat zu Ende geht, vielleicht auch im nächsten Jahre noch nicht beendet ist, daß wir uns dhaher für viele Jahre auf die schwersten Bedingungen einzustellen haben.

Damit im Zusammenhang steht die <u>Intensivierung der Daueranlagen</u> dieses Gebietes. Man kann hier nicht bloß erscheinen, schnell wirtschaftliche Gewinne einstreichen wollen,um dann wieder zu verschwinden, sondern, wer hier erscheint, muß sich, nach den notwendigen Regelungen, Verordnungen und Gesetzen sich richtend, auf eine Dauerexistenz in diesem Lande einstellen.

3.8.1943

Weiter muß dafür gesorgt werden, daß die loyale Behandlung der loyalen, anständigen in unserem Gebiet unter Hungerbedingungen bis jetzt arbeitenden Bevölkerung, ohne die wir in diesem Raum wirtschaftlich wie staatlich in jedem Augenblick verloren wären, auch dazu führt, die kommende europäische Führung des Großdeutschen Reiches auch für die Polen als ein erstrebenswertes Ziel erscheinen zu lassen. Dazu gehört, daß diese Bevölkerung in ihrer Gesundheit, Nahrung, Kleidung, aber auch in gewissen Ausstrahlungen ihrer völkischen Kultur den Schutz findet, der sich mit dem deutschen Interesse vereinbaren läßt. Weiter hat unter der Sicherung des Staatsapparates dieses Nebenlandes für die Rechtsordnung und vor allem auch für die Währung alles zu geschehen.

Diese Form der allgemeinen äußeren Umstände verträgt sich nun auf keinen Fall mit einem - sagen wir einmal - Wirtschaftsdenken früherer Perioden. Ich verlange von Ihnen, daß Sie den Sieg des Reiches in jedem Fall mit Leidenschaft höherstellen als den Gewinn Ihres Betriebes. Manchmal wird im Reich die Meinung vertreten, daß man im Osten angesichts des Warenmangels, angesichts der billigen Art der Behandlung der arbeitenden Bevölkerung und angesichts des Rückstandes der sozialen Betreuung usw. oft auf mühelosere Weise zu Gewinnen kommen könne, als dieses im Reich der Fall ist. Dieses Land gehört aber in erster Linie dem ganzen deutschen Volk, das es durch Hingabe seiner besten Söhne erobert hat. Ich werde daher auch als Nationalsozialist überalle da, wo ich solche Rückstände aus früheren plutokratischen oder kommerziell übersteigerten Erwägungen, aus Aktien-, Kursdifferenz-Politiken und ähnlichem wittere, gegen jeden Konzern genau so auftreten; denn der Staat steht über der Wirtschaft, und die Ordnung und die Sicherheit dieses Gebietes bedeuten mehr als

alles wirtschaftliche Geschehen. Die Wirtschaft würde ja ohnedies zusammenbrechen, wenn Deutschland je den Krieg verlieren sollte. Ich weiß, daß hier das stolze Bemühen herrscht, diesen Grundsätzen zu entsprechen.

Ich erwarte mir daher von den Wirtschaftsführern eine Wirtschaftskameradschaft, eine Kameradschaft unter Ihnen, die sich nicht nach irgendwelchen Konkurrenzgründen aufspaltet, sondern die lediglich von dem kameradschaftlichen Bewußtsein gemeinsamer Leistung im Dienste unseres Führers und seines Reiches getragen wird. Die Initiative, die Planung, die Gesamtordnung der Wirtschaft können in diesem Raume nicht aus Eigenem bestimmt werden; sie gehen von den gigantischen Bedürfnissen unseres Reiches, unseres Vaterlandes aus. Was dieser Eigenraum zu seinem Leben und zur Aufrechterhaltung dessen, was ich vorhin die Nutzkraft nannte, braucht, das haben wir erkämpft und werden wir in zunehmendem Maße im Interesse des Reiches weiter erkämpfen.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich immer dessen bewußt zu sein, daß Sie genau so wie die Soldaten an der Front die schwere Aufgabe haben, mit dem Einsatz Ihrer Person sich in den Dienst der großen Sache zu stellen.

Vor allem möchte ich Sie aber dringendst bitten, meine Herren Wirtschaftsführer, nachdem nunmehr die Regierung des Generalgouvernements alles irgendwie nur Erdenkliche getan und vorbereitet hat, um den auch von Ihnen mir vorgetragenen Wünschen zu entsprechen, daß Sie selber nun bei sich zur möglichsten Einhaltung der Grundsätze einer sauberen Betriebsführung dadurch beitragen, daß Sie jede Form von zusätzlichen Zuwendungen einstellen. Ich selber werde für die staatlichen Betriebe einschließlich der Monopolverwaltung rücksichtslos darauf dringen, daß gerade die staatlichen Betriebe hier vorbildlich sind.

(Lebhafter Beifall)

3.8.1943

Meine Herren, Sie können sich darauf verlassen, daß das Generalgouvernement, als Einrichtung nun im vierten Jahr stehend, sich auch Ihrer Leistung mit Dank und Anerkennung stets erinnert. Ich brauche es nicht nochmals zu betonen, möchte aber diesen Dank Ihnen allen, Ihren Mitarbeitern, allen Arbeitern, auch den polnischen, ukrainischen und sonstigen Arbeitern aussprechen. Der Dank gebührt Ihnen; denn Sie haben unter den denkbar schwierigsten Umständen die Leistungen vollbracht, die es allein ermöglichten, das Gebiet wirtschaftlich in den Dienst des Reiches zu stellen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas Ernstes sagen. Das großdeutsche Vaterland hat in diesem Krieg schon schwere Stunden erlebt. Wiederum lagert über unserem Volk schwere Sorge. Zwar zeigt sich der großartige Heldenmut unserer Soldaten in vollem sieghaftem Durchstehen aller Angriffe, - und was es bedeutet, daß der deutsche Soldat es fertiggebracht hat, gegen Hunderte von massierten Divisionen der Sowjetunion, die mit den modernsten Kriegsmaterial überreich ausgestattet sind, so zu bestehen wie unsere Ostfront, das wird einmal die Kriegsgeschichte lehren. Es ist ein stolzes und herrliches Gefühl, ein Deutscher dieser Zeit zu sein. Das politische Geschehen im Weltenraum, gekennzeichnet in diesem Augenblick durch den Sturz Mussolinis, verpflichtet uns Deutsche, insbesondere uns in den neuen Gebieten, die wir nur wenige sind und Millionen eines Fremdvolkes gegenüberstehen, zu umso härterer und geschlossenerer Treue zum Führer und seinen kämpfenden Heeren. Aber im Reich - das wissen Sie selber - schreitet die Not unserer durch die maßlosen Terrorangriffe bombardierten Städte fort. In dem Augenblick, in dem wir hier zusammensitzen, durcheilen Tausende und Abertausende deutscher Menschen mit ihren Familien und dem letzten zusammengerafften Hab und Gut die deutschen Strecken und Straßen. Wie Sie wissen, hat der Gauleiter von Berlin Dr. Goebbels vorgestern die Evakuierung Berlins von Frauen und Kindern

verfügt. Sie erkennen daraus, mit welch' ungeheurem Ernst die gegenwärtige Lage angesehen werden muß, einem Ernst, der allerdings in sich das Bewußtsein trägt, daß ihm der Sieg wird. Wir werden den Kampf gegen die Sowjetunion bestehen, den Kampf auch gegen den Terror der Juden in der Welt; denn wir haben die große geschlossene völkische Kraft in weltgeschichtlich einmaliger Weise organisiert. Wenn jemals die Bedeutung einer politischen Bewegung klargelegt wurde, dann in diesem Augenblick: was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei für die Geschlossenheit der inneren Front unseres Volkes bedeutet, wird in diesen Tagen klar. Stelle sich jeder Gegner einmal vor, was jetzt aus dem deutschen Volk werden würde, wenn es wiederum in die Hände jüdischer Politikaster und marxistisch-kommunistischer Bandenführer fiele wie damals im November 1918.

Ungebrochen in seinem Siegesglauben geht uns der Führer voran. Er hat die wichtige Institution der Reichsverteidigungskommissare geschaffen. Da die Not der Zeit zwingt, daß sich auch das Generalgouvernement in diesem Kriegsgeschehen immer mehr auf die völlige Organisierung und Durchformung seiner Kräfte besinnt, habe ich auf Grund meiner Berufung zum Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements mit Wirkung ab heute den Verteidigungsausschuß und den Kriegswirtschaftsstab des Generalgouvernements gebildet, und zwar in entsprechender Anwendung der vor wenigen Tagen im Reich vollzogenen letzten Ausführungsbestimmungen über die Bildung des Kriegswirtschaftsstabes, der unter meiner persönlichen Führung in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar stehen wird; diesem Kriegswirtschaftsstab werden die maßgeblichen Stellen

des

3.8.1943

Generalgouvernements auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Verwaltung usw. angehören. Aus dieser Einrichtung mögen Sie erkennen, wie sehr wir nunmehr darauf bedacht sein werden, jede irgendwie von den Kriegsnotwendigkeiten abweichende Wirtschaftstendenz in diesem Raum zu fassen und damit die Schlagkraft der Wirtschaft des Generalgouvernements im Dienste des Krieges zu erhöhen. Ich habe nicht nur als Generalgouverneur, sondern auch als Reichsverteidigungskommissar diese Pflicht dem Führer gegenüber übernommen. Er hat mir die Generalvollmacht für diesen Raum erteilt. Sie, meine Herren Wirtschaftsführer und Wirtschaftsträger dieses Raumes, seien von mir kameradschaftlich aufgerufen, sich diesem großen Werke so wie bisher verschrieben zu halten. Kehren Sie in Ihre Betriebe zurück, führen Sie sie so wie bisher und sorgen Sie dafür, daß die neu ergriffenen Maßnahmen Ihre Belegschaft mit neuer Kraft erfüllen. Halten Sie den engsten Kontakt mit den Dienststellen der Regierung. Dann werden wir gemeinsam das Generalgouvernement zur höchsten Form der Fortsetzung der Leistung im Dienste des Führers und des Sieges bringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Mit dem von Staatssekretär Dr. Boepple auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil wird die Sitzung geschlossen.

17.35 Schluß der Wirtschaftsführertagung.

3.8.1943

17^{40} Besprechung mit Generaldirektor Große von der Karpaten-Öl-AG. in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich.

18^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Generalleutnant der Polizei Becker im Dienstgebäude des B.d.O..

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Dortselbst hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit Präsident Bauder und dem Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IX/6

Mittwoch, den 4.8.1943 Krakau

11[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Kubijowitsch in Anwesenheit des Gouverneurs Dr. Losacker, des Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Weyrauch und des Pressechefs Gassner.

Professor Kubijowitsch berichtet, dass die Kolbakbande im Distrikt Galizien grosse Unruhe ausgelöst habe und dass durch ihr unbehindertes Umherziehen die deutsche Verwaltung einen starken Autoritätsverlust bei der Bevölkerung erlitten habe. In den Gemeinden und Orten, die die Kolbakbande durchzogen habe, seien von ihm ukrainische Versammlungen abgehalten und die Bevölkerung von ihm einigermassen beruhigt worden.

Im Distrikt Lublin würden die Polen viele Ukrainer, die anlässlich der letzten Polizeiaktion in die von den Polen evakuierten Siedlungsgebiete gelegt worden seien, aus Verärgerung über die deutschen Massnahmen umbringen. Man solle daher diese Ukrainer wieder herausnehmen und in geschlossenen ukrainischen Siedlungsgebieten unterbringen, da nur so die Sicherheit für diese Ukrainer gewährleistet sei.

Im Kreis Hrubieschow habe die begonnene Aussiedlung von ukrainischen Sammelgemeinden zwecks Unterbringung von volksdeutschen Siedlern grosse Beunruhigung hervorgerufen. Die noch nicht ausgesiedelten ukrainischen Bauern weigerten sich, zu arbeiten und die Ernte einzubringen, da sie ihre baldige Aussiedlung befürchteten.

4.8.1943

Professor Kubijowitsch ging dann auf die Verhältnisse in Wolhynien und im Reichskommissariat Ukraine ein. Dort herrschten katastrophale Verhältnisse und die Bevölkerung sei weitgehend gegen die deutsche Verwaltung eingestellt, weil man ihr weggenommen habe, was ihr unter der Bolschewikenherrschaft Positives belassen worden sei. Die deutsche Verwaltung habe ihr zum Beispiel das ganze bolschewistische Schulwesen, das an sich gut gewesen sei, weggenommen. Die Bevölkerung habe keine Möglichkeit einer schulischen Ausbildung, da keinerlei Schulen existierten. Ausserdem habe man sie tatsächlich wie Vieh behandelt. Die dort eingesetzten Deutschen stellten schlechtestes Menschenmaterial dar und diese Tatsache würde auf die Bevölkerung sehr ungünstig wirken. Die Agrarreform des Reichsministers Rosenberg sei eine Angelegenheit, die nur auf dem Papier stehe, in Wirklichkeit würden die Kolchose der Bolschewiken von den Deutschen fortgesetzt.

Im Generalkommissariat Weissruthenien lägen die Verhältnisse weitaus günstiger, weil dort die Bevölkerung die Möglichkeit voller kultureller Betätigung wie zum Beispiel Schulen, ukrainische Vereine, Jugendorganisationen usw. habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass das System der polizeilichen Stützpunkte für das Generalgouvernement als das richtige erkannt worden sei und die Dislocierung der Polizeikräfte auf das ganze Land durchgeführt werde. Er habe auch erreicht, dass polizeiliche Grossaktionen nicht mehr durchgeführt würden, da sie nur Fehlschläge brächten. Die Befehlsgewalt über die Polizei liege nunmehr in den Händen der Regierung, und es sei die Gewähr dafür gegeben,

4.8.1943

dass polizeiliche Willküraktionen nicht mehr stattfänden. Präsident Losacker möge Professor Kubijowitsch bereits jetzt die neuen ab 1.September in Kraft tretenden Rationssätze bekanntgeben.

Professor Kubijowitsch habe mit dem ukrainischen Hilfsausschuss grossartig gearbeitet und er gedenke in Dankbarkeit der Leistungen. Wenn die Kolbakangelegenheit erledigt, die Lubliner Angelegenheit einigermassen bereinigt und die Aufteilung der Polizei auf das Land durchgeführt seien, dann könne man von einer grossen Bereinigung sprechen. Gouverneur Dr.Wächter und Gouverneur Dr.Wendler hätten grosses Verständnis für die ukrainischen Belange.

Dr.Wendler käme am nächsten Tage nach Krakau, und es würde sich dann Gelegenheit geben, in Anwesenheit des Professors Kubijowitsch die Lubliner Wünsche zu besprechen und Wege für ihre Erfüllung zu suchen.

Für den Oktober dieses Jahres plane er die Abhaltung eines grossen ukrainischen Erntefestes auf der Burg. Ebenso werde er zum vierten Jahrestag des Generalgouvernements erstmalig Vertreter der Ukraine zur Festsitzung laden lassen.

Professor Kubijowitsch möge seine Landsleute immer wieder darauf hinweisen, dass man im vierten Kriegsjahr stehe und dass auch das deutsche Volk furchtbare Opfer bringen müsse.

11[30] Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Losacker und Ministerialrat Dr.Weh laufende Regierungsgeschäfte.

812

4.8.1943

11^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple Präsident Dr. Eißfeldt und höhere Forstbeamte der Hauptabteilung Forsten sowie die Leiter der Abteilung Forsten in den Distrikten im Königssaal der Burg.

Präsident Dr. Eißfeldt spricht eingangs dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank für den Empfang seiner ersten Mitarbeiter aus und erstattet anschliessend Bericht über die derzeitigen Lage.

Die Waldfläche des Generalgouvernements betrage 3 Millionen Hektar, die Zahl der in der Holz- und Forstwirtschaft tätigen polnischen und ukrainischen Beamten betrage 10 000, die der Arbeiter 80 000. Mit insgesamt 200 Deutschen Forstbeamten und Angestellten werde der Betrieb aufrecht erhalten. Daneben seien noch 700 Sägewerke zu betreuen. Die Haltung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten könne er als äußerst loyal bezeichnen. In den Fachschulen in Lemberg würde Nachwuchs herangebildet. Der Haushalt zeige sich nicht so günstig, wie man das erwarten könnte, da die Holzpreise im Gegensatz zu anderen Artikeln sehr niedrig lägen.

Die Forstwirtschaft werde vom Krieg am meisten betroffen und es müsse auch im Generalgouvernement an den Beständen Raubbau getrieben werden. Die Kulturen habe man im normalen Umfange durchführen können, während eine zusätzliche Aufforstung nicht in Angriff genommen werden könne. Zur Zeit sei vielleicht nur ein fünfzigjähriger Umtrieb möglich, während das Normale ein einhundertjähriger wäre. Die Nebennutzung, wie Harz-, Torf- und Kohlengewinnung sei gut entwickelt. In der Verbesserung der Waldwege könne man während des Krieges wenig tun, jedoch seien mehrere Waldbahnen ausgebaut und verlängert worden.

4.8.1943

Große Sorgen bereiteten die Arbeiter- und Transportfragen und über ihnen stünde das große Gespenst der Sicherheitslage. Der im Holzbeschaffungsplan 1942/43 vorgesehene Einschlag sei zu 91 % erledigt, während die Abfuhr erst zu 5o % durchgeführt sei. Im weiteren Osten liege die Holzwirtschaft weitgehend still. Die kriegsmäßige Regelung auf dem Gebiete der Jagd werde weiter beibehalten, so daß vorerst Verpachtungen nicht in Frage kämen. Der Hasenbestand könne als sehr günstig, der der Rehböcke als gut bezeichnet werden. Auch lebten noch ca. 5o bis 6o Bären, deren Abschuß verboten sei. Naturschutz und forstliche Planung seien kriegsmäßig beschränkt. Das Forstschutzkommando habe sich hervorragend bewährt und sei hauptsächlich als Werkschutz eingesetzt. Seine Zahl sei aber zu gering. Immerhin habe man mit ihm die Abfuhr des Holzes einigermaßen in Gang halten können. Zum Werkschutz würden jetzt auch mehrere bewährte Nichtdeutsche herangezogen.

Die Forstverwaltung werde auch in Zukunft alles tun, um die in sie gesetzten Erwartungen, die infolge des Krieges äußerst hoch gestellt seien, zu erfüllen, und er danke dem Herrn Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements für die jederzeit hervorragende Unterstützung.

Oberlandforstmeister Mann berichtet anschließend über die Holzwirtschaft. Im Jahre 1943 müßten für die Ostbahn 1,3 Millionen Schwellen geliefert werden. Getreidelagerschuppen für die Hauptabteilung E. u. L. würden sehr viel Holz beanspruchen. Auch in den weiteren Osten müsse das Generalgouvernement Holz zur Erstellung von Lokomotivschuppen, Wasserständern usw. liefern. Innerhalb von 8 Tagen habe man einmal nach

4.8.1943

dem Operationsgebiet zur Überwindung der Schlammperiode 1o ooo schwere Schwellen liefern müssen. Brückenbauten am Dnjepr, Donez und am Don seien mit Holz aus dem Generalgouvernement erstellt worden. Ein großes Panjewagen-Programm sehe die Fertigung von 38o ooo Stück für die Wehrmacht vor. Weiter würden eine Menge finnischer Hütten für die Truppe geliefert. Die gesamte Produktion des Generalgouvernements an Sperrholz sei dafür von der Wehrmacht beschlagnahmt. Die Anforderungen für die Herstellung von Heeresgerät, Unterkunftsgerät, Munitionspackgefäße usw. gingen ins unermeßliche. Das Generalgouvernement liefere auch Eichenstarkholz für die U-Boot-Bunker, für die ital. Flugzeugindustrie Worochtaholz (etwa 6- bis 8 ooo cbm).

Bei der sog. Kupferaktion habeman allein in diesem Jahr 8o ooo Stück großer Masten zur Verfügung stellen müssen, dazu eine Menge Zwischen- und Nebenmasten. Die großen Verbandsleitungen im Generalgouvernement hätten alle auf Doppelholzmasten verlegt werden müssen. Seit 1939 liefere man auch durchschnittlich 75o ooo Festmeter Grubenholz nach Oberschlesien. Weiter würden am Rande des Generalgouvernements im Reichsgebiet liegende Papierfabriken mit Papierholz versorgt, auch etwa 1oo ooo Festmeter. Die großen Werke im Generalgouvernement benötigten jährlich 45oooo Festmeter Faserholz.

Zu diesen rein holzmäßigen Verwendungszwecken träten nach der Parole des Führers "Die flüssigen Kraftstoffe für die Wehrmacht, die festen für zivile Zwecke" noch andere aus der Kriegswirtschaft nicht mehr weg zu denkende. Im Generalgouvernement liefen bereits 2 ooo Generatoren, und ihre Versorgung mit Holz bereite größte Schwierigkeiten.

4.8.1943

Die Weiterverarbeitung von Holzzellulose zu Pulver und Spinnstoffen spiele ebenfalls eine große Rolle. Neuerdings liefe ein Projekt der Holzverzukkerung zu Futtermelasse. Seit neuestem müsse das Generalgouvernement auch sämtliche Holzstoffe für seine Gerbung selbst aufbringen. Nur mit Hilfe des Holzbeschaffungsplanes 1942/43 sei es gelungen, die vielen Anforderungen zu erfüllen.

Der Holzabfuhr stünden aber ungeheure Schwierigkeiten im Wege. Ein großer Teil der Pferde werde von der Wehrmacht laufend eingezogen. Die motorisierte Abfuhr sei nur auf guten Wegen möglich und auf Langstrecken rationell. Trotzdem habe man es mit Hilfe eines mit Unterstützung der Monopole und der Hauptabteilung Wirtschaft eingerichteten Prämiensystems fertig gebracht, bis jetzt 65 % des Einschlages aus dem Wald an die Werke heranzuschaffen. Zusätzlich habe man von dem Rückstand der Vorjahre in Höhe von 2,5 Mill. Festmetern noch weitere 2 Mill. abfahren können.

Gerade auf dem holzwirtschaftlichen Sektor sei die Sicherheitslage ein sehr schwerwiegendes Moment. Zur Zeit seien etwa 6o Großbetriebe total zerstört. Für die noch im Betrieb befindlichen Sägewerke stelle sich der vorhandenen Schutz als ungenügend dar, so daß mit einem noch größerem Ausfall gerechnet werden müsse. In Lublin sei von den Partisanen ein großer Teil von Flugzeugkiefern verbrannt worden. Jetzt müsse man eine große Menge Schwelbuchen aus den Karpaten liefern, deren Einschlag an eine gewisse Jahreszeit gebunden sei. - Er müsse auch des anerkennenswerten Einsatzes der deutschen Forstleute gedenken.

4.8.1943

Oberforstmeister Elste-Radom berichtet über den Distrikt Radom. Der Distrikt Radom sei mit 55o ooo Hektar neben dem Distrikt Galizien der waldreichste des Generalgouvernements. Die Hälfte davon liege in den Händen des Staates. Der Privatwald sei schon vor dem Kriege von seinen Besitzern so stark beansprucht worden, daß Altholzbestände kaum vorhanden seien.

Aus den 42 % Staatswald werde die Umlage an Nadelstammholz mit 7o % befriedigt. Die Bewaldung des Distriktes sei von dem Idealzustand - ein Drittel Wald und zwei Drittel Feld - erheblich entfernt. Inrechnungtragung dieser Tatsache gehe man schon jetzt daran, in gemeinsamer Arbeit mit der Hauptabteilung E.u.L. alle Gebiete auszuscheiden, die sich für forstliche Nutzung besser eigneten als für die landwirtschaftliche. Nach dem Krieg werde man dann sofort mit den Aufforstungsarbeiten beginnen.

Die dem Distrikt auferlegte Holzumlage betrage etwa 9oo ooo Festmeter Rundholz und 3oo ooo Festmeter Brennholz. Mit der Erarbeitung dieser Menge seien 3o ooo Arbeiter beschäftigt, in der Weiterverarbeitung ständen weitere 1o ooo. Im Distrikt gäbe es 11o Sägewerke, davon 5 große staatliche Betriebe und 28 andere holzwirtschaftliche Betriebe, in denen das Holz für die unmittelbaren Front- und Kriegsbedürfnisse verarbeitet würde. 4o deutsche Kräfte hätten die Leitung. Keines der anderen Gebiete liefere mehr Holz als das Generalgouvernement.

Nach dem Stand vom 1.Juli betrage der Einschlag im Distrikt 95 % und die Abfuhr 81 %. Das Nachhinken in der Abfuhr liege im ständigen Rückgang der Arbeiterzahl, im Rückgang des Pferdebestandes, in der trostlosen Ernährungslage der Arbeiter und nicht zuletzt in der allgemeinen Unsicherheit. Bei Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten müsse die bisherige Leistung als sehr befriedigend angesehen werden.

4.8.1943

Diese Leistung habe nur erzielt werden können mit einem wirklich ausserordentlichen Einsatz besonders der deutschen Holzbeamten und Forstwirtschaftler, die weitab auf einsamsten Posten ihre Tätigkeit ausüben müssen. Die Lage der nichtdeutschen Forstbeamten und Forstarbeiter sei äusserst schwer: seit mehr als einem Jahr müssten sie in ständiger Furcht vor den Banditen leben und arbeiten, fast die letzte Kuh sei ihnen aus dem Stall geholt und von deutscher Seite verlange man von ihnen noch aktive Beteiligung an der Banditenbekämpfung. Trotz alledem hätten sie - und das gelte für die überwiegende Mehrheit - loyal an der Erfüllung mitgearbeitet. Sie verdienten täglich, die Basis 1:2 zugrundegelegt, 4 bis 6 Zloty. Seine Ernährung und die seiner Familie seien damit unmöglich, da er seinen Lebensunterhalt zum grössten Teil auf dem Schleichhandelswege decken müsse.

Befriedigende Ergebnisse könne er über die Nebennutzungen berichten, besonders auf dem Gebiete der Harzgewinnung. Im Distrikt Radom liege vielleicht die grösste Harzdestillationsanlage Europas und hier betrage die gewonnene Harzmenge trotz aller Schwierigkeiten - Vertreibung der Arbeiter durch Banditen, Verbrennung beachtlicher Mengen von Rohharz durch Banditen - 14 % mehr als die des Vorjahres. Es wäre eine Lust, mit den polnischen Kräften auf Grund der erlassenen vorzüglichen Anordnungen zu arbeiten, wenn alle diese Zerstörungen und Schwierigkeiten nicht wären.

Zwei Voraussetzungen seien vor allem notwendig, wenn man die Arbeit im bisherigen Umfange aufrecht erhalten wolle: das Erste sei eine ausreichende Ernährung der Arbeiters und seiner Familie. Bis jetzt müsse ein Arbeiter 2 bis 3 Tage in der Woche von der Arbeit fernbleiben, um auf illegalen Wege seinen und seiner Familie Unterhalt sicherzustellen.

4.8.1943

Das Zweite sei eine Besserung der allgemeinen Sicherheit, die sich heute auf dem forstlichen Sektor folgendermassen beurteilen lasse. Trotz einer polizeilichen Verstärkung sei im Distrikt Radom während der letzten 6 bis 8 Wochen keine Besserung eingetreten, im Gegenteil, es mache sich eine Verschlechterung in Gestalt von Übergriffen in den bisher verschont gebliebenen westlichen Gebieten bemerkbar. Die Polizei könne zwar Erfolge durch die Erschiessung von Banditen melden, aber für jeden Erschossenen würden zwei neue auftreten. Im Distrikt Radom hätten 900 Überfälle stattgefunden, bei denen 32 Forstbeamte getötet und 28 Verletzungen erlitten. Wenn man diese Zahl auf die im Distrikt vorhandenen 1100 Hegereien und Förstereien umrechne, so seien etwa 80 % aller forstlichen Dienstgehöfte ausgeraubt und ausgeplündert worden und dabei wertvollstes Aktenmaterial verloren gegangen. Ein tatkräftiges Durchgreifen der polnischen Forstbeamten im Walde sei unmöglich, da diese binnen kurzem dafür die Quittung in Form von Anschlägen auf ihr Leben erhalten würden. 32 Sägewerke und holzwirtschaftliche Betriebe seien durch Brand oder Beschädigung ausser Betrieb gesetzt worden. In den meisten Fällen scheitere ihre Wiederinstandsetzung und Wiederinbetriebnahme an dem Fehlen des notwendigen Polizeischutzes, da sie ja dann stark bewacht werden müssten.

Immer wieder kämen auch Verhaftungen von polnischen Forstbeamten und Holzwirtschaftlern vor, ohne dass die deutsche Forstverwaltung davon verständigt würde. Eine Auskunft über das Warum und Weshalb gelinge nie; die verhaftende Stelle frage auch nie an, was der Verhaftete bisher im deutschen Interesse geleistet habe. Er könne sich denken, dass eine vierjährige positive Arbeit in deutschen Diensten bei

einer vielleicht geringfügigen Verfehlung Berücksichtigung finden müsse; aber darum kümmere sich niemand. Die Lage müsse als wesentlich verschlechtert bezeichnet werden.

Man stehe im letzten Viertel des Holzbeschaffungsplanes 1942/43 . Wenn nicht besondere Umstände eintreten, hoffe man, im Distrikt Lublin die auferlegten Leistungen erfüllen zu können. Für das neue Forstwirtschaftsjahr, das am 1.Oktober beginne, könnten die Vorzeichen als nicht günstig angesehen werden. Es sei aber ganz klar, dass sich die deutschen Männer sowie bisher wieder restlos einsetzen würden. Soweit die polnischen Kräfte, auf deren Mitarbeit man nicht verzichten könne und die an sich auch mitarbeiten wollten, noch mitarbeiten könnten, werde im wesentlichen von der Erfüllung der vorher genannten Punkte abhängen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es mit der Holzlage im Reich bestellt sei, erklärt Präsident Eißfeldt, dass der Einschlag mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Kriegsgefangenen als einigermassen gut zu bezeichnen sei, während in der Abfuhr die gleichen Schwierigkeiten wie im Generalgouvernement vorhanden seien. Ein Plus habe das Reich aber darin dem Generalgouvernement voraus, und zwar die Sicherheit in den Wäldern.- Die Auflage des Reiches an das Generalgouvernement habe bisher keine Erhöhung erfahren. Zusatzlieferungen, die der Holzwirtschaft des Generalgouvernements durch die geplante Industrieverlagerung entstehen würden, müssten vom Ablieferungskontingent an das Reich abgesetzt werden.

4.8.1943

Zum Schluss der kurzen Berichterstattung über die Lage auf dem Gebiete der Holz- und Forstwirtschaft des Generalgouvernements spricht der Herr Generalgouverneur Präsident Eißfeldt und seinen Mitarbeitern seinen ganz besonderen Dank und seine besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende jahrelange Leistung aus, die sie im Dienste des Führers und des Reiches auf dem gesamten Gebiet der Holz- und Forstwirtschaft vollbracht haben. Es sei weiss Gott ein Wunder, wenn man die Zahl der Lieferungen höre und auf der anderen Seite die unermesslichen Schwierigkeiten vernehme, was hier geleistet worden sei, wenn man weiter bedenke, dass die Zahl der Deutschen in der Forstwirtschaft kaum 1/1000 der Beschäftigten betrage. Diese Leistung sei geradezu staunenswert und erfreue sich, dass das Generalgouvernement auch auf diesem Gebiet an der Spitze der Leistungen aller besetzten Gebiete liege. Die Leistung der deutschen Forstbeamten im Generalgouvernement müsse damit als eines der Fundamente des Ansehens des Generalgouvernements im Reich angesehen werden.

Mit diesem Dank und dieser Anerkennung verbinde er auch seinen Dank an die vielen polnischen Hilfspersonen. Er freue sich ganz besonders, dass gerade diese Kreise mit besonderer Loyalität ihre Pflicht erfüllten. Das Gelöbnis weiterer getreuester Pflichterfüllung nehme er mit grosser Dankbarkeit entgegen. In trauriger Wehmut gedenke er der gefallenen Kameraden in den Reihen der Forstbeamten und Forstarbeiter. Der Forstmann im Generalgouvernement stehe auf einem der einsamsten Posten und sei daher auch einer der tapfersten Pioniere der deutschen Arbeit in diesem Raum. Alle seien einsam auf sich gestellt und

a

4.8.1943

müssten, um ihrer Pflicht nachzukommen, in die tiefsten Schlupfwinkel des Raumes eindringen und seien damit grossen Gefahren ausgesetzt.

Zu den geäusserten Sorgen und Nöten glaube er doch viel Beruhigendes sagen zu können. Zwar würden angesichts der sehr schwierigen Weltlage in den kommenden Monaten die Schwierigkeiten noch ansteigen, aber im weiteren Ablauf der Ereignisse - und man stünde hier ganz zweifellos vor gewaltigen Durchbrüchen - würden die Polen doch eines Tages erkennen, dass der Krieg nicht die Entwicklung nehme, die die englische Propaganda in die Welt posaune. Entscheidend seien sicher auch die positiven Dinge.

Im Jahre 1939 habe die deutsche Verwaltung hier ein vollkommenes Chaos übernommen, ein völlig zerstörtes Land, eine zerstörte Verwaltung und ein zerstörtes Volk. In den nun vergangenen 4 Jahren sei nun ein Aufbau vollzogen worden, der allein es ermöglicht habe, dieses Gebiet in seiner Nutzkraft zu intensivieren und seine Leistungspotenz völlig in den Dienst des Reiches zu stellen. Wenn man bedenke, dass das Generalgouvernement im vorigen Jahr mit der Lieferung von 760 000 Tonnen Getreide an das Reich eine Rekordleistung von grösster Einmaligkeit vollbracht habe, dass es bis jetzt 1,3 Millionen Arbeiter der stets offenen arbeitspolitischen Wunde des Reiches zur Verfügung gestellt habe, dass die Transportleistung dieses Gebietes für die Ostfront fast ohne wesentliche Sabotage durchgeführt werden könne, dass es geglückt sei, Hunderttausende einheimischer Kräfte in den Dienst der Rüstungsindustrie zu stellen, so überrasche nicht, dass das Generalgouvernement nun auf Grund dieser Leistungen nach Überwindung der Hetzkampagne, die jetzt völlig umgeschlagen sei, im Reich immer mehr zu

Wort komme.

Er wolle auch in diesem vertraulichen Kreise Einiges über den <u>polizeilichen Betrieb</u> in diesem Lande sagen. Allen Anwesenden sei seine Anschauung vom Staat sicher bekannt. Auf Grund der Generalvollmacht des Führers habe er sich bemüht, unter allen Umständen eine einheitliche Führung dieses Raumes sicherzustellen. Die Führung der SS und Polizei habe hiergegen ganz ostentativ und systematisch vom Anfang an verstossen. Sie habe diese seine Einstellung nicht anerkennen wollen und er habe deshalb im Generalgouvernement einen lang andauernden Kampf zwischen Staatsautorität und Staat im Staate ausfechten müssen. Vom Reich habe er dabei keinerlei Unterstützung erfahren. Es sei für ihn und für alle Mitglieder der Regierung schwer gewesen, auf der einen Seite positiv aufzubauen und auf der anderen Seite miterleben zu müssen, wie völlig negativ jedes loyale Ansatzmomment der fruchtbaren Arbeit dieses Raumes durch sinnlose Gewaltaktionen zerstört worden sei. Am 9.Mai ds.Js. habe er darüber mit dem Führer eine eingehende Aussprache gehabt und daraufhin habe eine sensationelle Entwicklung begonnen. Die Zweigleisigkeit der deutschen Führung in diesem Raum sei schon so weit gegangen, dass nur noch die Frage offen geblieben sei, ob von einer einheitlichen Führung dieses Raumes geredet werden könne oder ob sich der Generalgouverneur zurückziehe und diesen Raum allein der Polizei überlasse. Dieser Kampf sei zu seinen Gunsten entschieden und ebenso hätten sich seine Anschauungen über die gesamte Behandlung der Fremdvölker durchgesetzt. Die Meinung, dass man ein Volk gleichzeitig totschlagen und in den Dienst des Krieges stellen könne, sei Wahnsinn, sei aber mit

Methode durchgeführt worden. Hier habe mitgeholfen, dass die Gesamtentwicklung in diesem Raum gezeigt habe, dass der hier von der Regierung immer wieder vertretene Kurs der entschlossenen loyalen Zusammenarbeit mit der loyalen Bevölkerung nicht zu jenen sensationellen Ergebnissen negativster Art geführt habe, wie sie in den anderen Gebieten, in denen sich der Gewaltkurs restlos durchgesetzt habe, eingetreten seien. Die Wahrheit habe in diesem Falle einen triumphierenden Sieg davongetragen. Die Leistungsergebnisse des bisher Erreichten hätten das Generalgouvernement in allen Bereichen relativ und in vielen Bereichen absolut an die Spitze der Gesamtleistung des seit 1939 zum Altreich geschlagenen Gebietes geführt.

Es müsse auch die Forstbeamten mit grosser Genugtuung erfüllen, dass sich dadurch die absolute Richtigkeit der Methode des Generalgouvernements bewiesen habe. Er habe mit Reichsführer SS Himmler alle Probleme auf polizeilichem Gebiet mit rücksichtsloser Offenheit besprochen. Er habe erklärt,"Gewaltpolitik in Ehren, treiben Sie Gewaltpolitik, aber dann setzen Sie in jedes Dorf 200 bewaffnete Männer, wie das die Sowjets bei ihrer Gewaltpolitik machen". Hier aber Gewaltpolitik treiben, die Polen ausrotten wollen, verfolgen, schikanieren, massenweise nach Auschwitz abführen und das Land sicherungsmässig entblössen, das heisst den Deutschen morden in diesem Raum. Und das sei auch eingetreten.

Leider habe man im Reich oft nicht die richtige Vorstellung von dem, was die deutschen Forstbeamten hier in den einsamen Waldungen leisten müssten. Er wisse es aber und auch der Führer wisse es und auch der Reichsforstmeister wisse es.

4.8.1943

Er werde darum alles in seiner Kraft stehende tun, um sie in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen. Die Fragen Sicherheit, Benachrichtigung bei Verhaftungen, Information darüber würden durch das neue Polizeisystem restlos geklärt und Präsident Eißfeldt möge sich deswegen mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ins Benehmen setzen.

Der SS-und Polizeiführer in Lublin Globocnik würde jetzt unter dem Druck seiner Argumente von Reichsführer SS abberufen und ein ruhiger Mann werde seine Stelle einnehmen. Er sei in Zukunft nicht mehr gewillt, auf diesem Gebiete nachzugeben und habe mit Reichsführer SS Himmler die Voraussetzungen für eine Besserung der Verhältnisse geschaffen. Das Nebeneinander, ja Gegeneinander zwischen Regierung und Polizei werde völlig abgebaut, äusserer Ausdruck dafür sei die Verordnung, die am 15.Juli im Verordnungsblatt erschienen sei. Die Sicherheit dieses Gebietes werde demnach nicht mehr mit polizeilichen Gewaltaktionen zu gewährleisten versucht, die Aktion in Lublin werde die letzte Grossaktion gewesen sein. Er habe erst am Tage vorher mit dem Vertreter des Reichsführers SS, SS-Obergruppenführer von dem Bach vereinbart, dass künftig von polizeilichen Grossaktionen jeder Art Abstand genommen werde, dass dafür eine völlige Dislocierung der Polizeikräfte bis hinunter in kleine Stützpunkte eingeführt werde. Auf diese Weise werde dann überall die deutsche Staatsautorität in Erscheinung treten. Auch die Wehrmacht sei aufgerufen, mitzuwirken, und zweifellos werde es im Laufe der Zeit gelingen, das Sicherheitselement wieder in die Hand zu bekommen. Zur Zeit stelle ein amtlicher sowjetrussischer General Kolbak mit einer grossen Bande unsere Polizei-

a

divisionen in Galizien vor schwerste Aufgaben. Nach seiner Liquidierung werde die Dislocierung der Polizeikräfte in beschleunigten Masse durchgeführt, die völlige Einstellung des polizeilichen Gewaltkurses vorgenommen, die sinnlosen Verhaftungswellen der sogenannten Kollektivjustiz nicht mehr vorgenommen. So hoffe man dann, das Land wieder voll in die Hand zu bekommen.

In Anbetracht der Situation im Reich, wo deutsche Menschen ungeheuer viel zu erdulden haben, dürfe man aber bei Betrachtung der Dinge im Generalgouvernement auch nicht wehleidig werden. Die Polen würden das deutsche Volk vielleicht noch schlimmer behandelt haben.

Auf dem Gebiete der Ernährung sei es gelungen, für die nichtdeutsche Bevölkerung dieses Raumes ab 1.September ds.Js. neue Sätze einzuführen. Er habe beim Reich einigermassen Verständnis für die unbedingte Notwendigkeit dieser Neuregelung gefunden. Präsident Eißfeldt möge die neuen Rationssätze bereits jetzt seinen Herren bekanntgeben. Sie bedeuteten eine erhebliche Besserung der Lebensverhältnisse der fremden Bevölkerung und seien seines Erachtens geeignet, zu einer grossen Bereinigung der Gesamtsituation zu führen. Durch eine Staffelung der einzelnen Rationssätze habe man auch einen gewissen Anreiz geschaffen, dass die Polen willig in deutsche Dienste träten. Die Nichtdeutschen in der Holz- und Forstwirtschaft würden für sich und ihre Familien mit dem erzielten Lohn auch das notwendige an Lebensmitteln kaufen können.

Er wünsche den Forstbeamten für die Fortsetzung ihrer Arbeit das Beste und verspreche, alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um ihnen zu helfen.

4.8.1943

13[15] Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp, Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und den Bereichsleitern Ollesch und Kobusch.

SS-Oberführer Bierkamp meldet die Tatsache, dass an den Grenzübergängen des Generalgouvernements immer mehr Bombengeschädigte aus Hamburg und Evakuierte aus Berlin einträfen, die ins Generalgouvernement weiterfahren wollten. Er habe nun mit einem Fernschreiben in Berlin folgende Vorschläge unterbreitet: das Generalgouvernement werde diejenigen, die hier Verwandte oder Bekannte hätten und eine Unterkunft finden könnten, in sein Gebiet einreisen lassen. Ferngehalten werden müssten diejenigen, die wahllos hereinströmten.

Er werde an die sieben Grenzübergänge des Generalgouvernements Beamte der Sicherheitspolizei schicken, die, ohne bürokratisch zu sein, die Papiere der Flüchtlinge prüfen würden und gleichzeitig die Feststellungen über den Tätigkeitsort der Verwandten oder Bekannten dieser Flüchtlinge treffen würden. Auf Grund der vorhandenen Papiere und der mündlichen Angaben würde von ihnen eine Bescheinigung ausgestellt, die dann die Unterlage für spätere genaue Überprüfungen abgeben sollte. Zur Vermeidung von aufregenden Szenen an der Grenze - die entstehen könnten, wenn Leute zurückgewiesen werden müssten - müsse dort eine Betreuung durch die Partei einsetzen und vor allem Lebensmittel bereit gestellt werden. Für alle diese Aufgaben würden von ihm vernünftige Beamte ausgesucht.

Der Herr Generalgouverneur müsse sich mit den Gauleitern der Grenzgaue in Verbindung setzen, um zu vermeiden, dass die von der Einreise ins General-

4.8.1943

gouvernement ausgeschlossenen Personen auch in den Grenzgauen ohne Aufnahme blieben und an die Patengaue weitergeschickt würden. Des weiteren müssten die Zollgrenzbeamten und die Ostbahndirektionen Anweisungen erhalten. Auch die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge müsse zwecks Ergreifung von Betreuungsmassnahmen für die ins Generalgouvernement Einreisenden herangezogen werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass es die Pflicht des Generalgouvernements sei, die Obdachlosen und die Evakuierten äusserst menschlich und grosszügig zu behandeln. Trotzdem aber müsse man Schritte ergreifen, um das Hereinströmen unsauberer Elemente in das Generalgouvernement zu verhindern. Wichtig dabei sei, dass die Massnahmen unter einer einheitlichen Führung stünden und in gemeinsamer Arbeit und im besten Einvernehmen vonstatten gingen. Er rufe daher alle Beteiligten zu engster Zusammenarbeit auf, um dieses Problems Herr zu werden.

Parteigenosse Ollesch berichtet, dass die Partei an den Grenzbahnhöfen bereits für diese Zwecke einen Bahnhofsdienst organisiert habe. Nunmehr müsse das Generalgouvernement auch, wie das im Reich der Fall sei, eine Verordnung über "Räumungsunterhalt" erlassen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Pg.Ollesch, sofort in Verbindung mit dem Amt für Gesetzgebung eine solche Verordnung zu entwerfen und ihm vorzulegen. Auf Antrag des SS-Oberführers Bierkamp spricht er sich auch für eine Betreuung derjenigen aus, die an den Grenzbahnhöfen wieder zurückgewiesen werden müssten. Das wilde Hereinfluten von Menschenmassen könne nicht verantwortet werden.

4.8.1943

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, dass man die Arbeiter der zerschlagenen Ölraffinerien in Hamburg gut bei der Karpathenöl-A.G. einsetzen könne, wenn man dort noch beschäftigte Juden aussiedle.

Pg.Ollesch hält die Errichtung von Baracken für unerlässlich notwendig und will sich im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs sofort mit Präsident Bauder in Verbindung setzen. Ebenso wird er beauftragt, sich zwecks Zurverfügungstellung von Lebensmitteln und Textilien mit den massgeblichen Stellen zu beraten.

Der Herr Generalgouverneur fasst abschliessend zusammen: Das Generalgouvernement dürfe in dieser Angelegenheit keinen unmenschlichen Eindruck erwecken und müsse wie auf den anderen Gebieten auch hier vorbildliche Betreuungsmassnahmen einleiten. Auch die Wehrmacht werde mithelfen müssen. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei schicke an die sämtlichen an der Grenze zwischen Reich und Generalgouvernement liegenden Stationen Sonderbeamte, die dort im unbürokratisch einfachen Verfahren Ausweise für die Einreise in das Generalgouvernement ausstellen würden. An der Grenze werde die Partei Verpflegsstationen einrichten sowohl für die ins Generalgouvernement Einreisenden und die ins Reich Zurückkehrenden. Innerhalb des Generalgouvernements würden nur Leute mit der Einreisegenehmigung des SD betreut. Die Ostbahn müsse von allen Massnahmen unterrichtet werden, damit sie Verständnis für Zugverspätungen usw. zeige. An den grössen Bahnhöfen im Reich müssten Anschläge gemacht werden, in denen die Bedingungen für eine Einreisegenehmigung ins Generalgouvernement

4.8.1943

(bereits dort befindliche Verwandte und Bekannte) dargelegt seien. Die Überprüfung der provisorischen Ausweise werde dann im Laufe der Zeit in aller Ruhe stattfinden müssen.-

Hauptabschnittsleiter Stahl bringt bei dieser Besprechung den Vorschlag zur Kenntnis, die am Parteitag vorgesehene Grosskundgebung aus Sicherheitsgründen zeitlich vor den Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz zu verlegen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und spricht sich dafür aus, alle Veranstaltungen möglichst überschaubar zu legen, damit alles Menschenmögliche getan werden könne, um die Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten.

13^{15} Mittagessen.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitsbesprechung (Forstliche Angelegenheiten)

am 4.August 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Dr. Boepple		
[illegible]	Obfm.	H Abt Forsten
Mevert?	Forstmeister	Abt Forsten [illegible]
[illegible]	Landforstmeister?	Abt [illegible]
[illegible]	Oberlandforstmeister?	[illegible]
[illegible]	Landforstmeister?	[illegible]
[illegible]	[illegible]	HA Forsten
[illegible]	Oberlandforstmeister?	HA F[illegible]
[illegible]	" "	[illegible]
[illegible]	" "	Abt. Forsten Lemberg?
[illegible]	" "	" Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]

4.8.1943

15.15 Besprechung mit Regierungsdirektor Dr. Albert, Korvettenkapitän Dr. Stahl vom Stabe des Reichsführers SS Himmler und Rittmeister von Palleske in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Regierungsdirektor Dr. Albert berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß von seiten des Vierjahresplans Anfang Juli 1943 die Forderung einer Erhöhung der Anbaufläche für Koxagys von 5 000 ha im Jahre 1943 auf 25 000 ha gestellt worden sei. Die Größe der Anbaufläche sei für 1943 auf 5 000 ha vereinbart worden. Der Anbau sei auch erfolgt, habe aber zum erheblichen Teil infolge mangels an Arbeitskräften kein gutes Ergebnis erbracht. Die 5 000 ha Anbaufläche seien auf verschiedene Liegenschaftsbetriebe verteilt worden. Er habe nun dem Rittmeister von Palleske bereits am 30. Juni, also noch vor dem Eingehen der Forderung des Vierjahresplans mitteilen müssen, daß im Jahre 1944 nicht mehr als 7 500 ha insgesamt mit Koxagys angebaut werden könnten. Die Festlegung der Fläche von 7 500 ha ergebe sich aus der Anbauplanung für 1944. Die Anbauplanung lasse sich nicht beliebig gestalten, sondern hier spielten manche Momente eine Rolle. Die Fruchtfolge in den einzelnen Betrieben lasse es z.B. nicht zu, bestimmte Sonderkontingente von Kulturen in größerem Maßstab anzubauen. Er habe auch Rittmeister von Palleske gegenüber auf die Notwendigkeit hingewiesen, Dünger für diese Sonderleistung bereitzustellen. Er habe nun eine eingehende Besprechung mit Korvettenkapitän Dr. Stahl über diese Frage gehabt und sich außerstande gesehen, dem Wunsche auf Erweiterung der Anbaufläche für Koxagys auf insgesamt 22 000 ha zu entsprechen, und habe nur den Anbau einer Fläche von 2 500 ha plus den bisherigen 5 000 ha für 1944 zusagen können. Diese 2 500 ha

müßten auf kleinere Betriebe verteilt werden, weil die Aufnahmefähigkeit der größeren polnischen Betriebe schon erschöpft sei. Im übrigen müsse man jetzt dazu übergehen, anstelle der zum Teil angewendeten Untersaat - Vermischung von Koxagys mit Gerste - zur Reinsaat überzugehen. Daraus ergebe sich, daß das Generalgouvernement 7 500 ha Ackerland ausschließlich für diesen Zweck zur Verfügung stellen müsse.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Korvettenkapitän Dr. Stahl, daß vom Reichswirtschaftsministerium eine Erweiterung der Anbaufläche für Koxagys als unbedingt notwendig angesehen werde, vor allem deshalb, weil die Industrie auf diesen Zusatz für die Verarbeitung des Kautschuks nicht verzichten könne. Der Herr Generalgouverneur verweist demgegenüber auf die großen Belastungen, die dem Generalgouvernement nach wie vor ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit auferlegt würden. Nun sollten wieder 7 500 ha fruchtbarsten Landes zur Verfügung gestellt werden, ohne daß deswegen das dem Generalgouvernement auferlegte Kontingent eine Minderung erfahre. Dazu kämen die mancherlei anderen Schwierigkeiten, mit denen man im Generalgouvernement zu kämpfen habe. Hier spiele vor allem die Sicherheitsfrage eine ausschlaggebende Rolle, die für den fruchtbaren Distrikt Lublin von besonderer Bedeutung sei. Jedenfalls könne das, was dem Generalgouvernement an Getreideproduktion verlorengehe, nicht einseitig vom Generalgouvernement getragen werden. Er müsse deshalb verlangen, daß dasjenige, was dem Reich zur Verfügung gestellt werde, dem Generalgouvernement in Anrechnung gebracht werde.

4.8.1943

Regierungsdirektor Dr. Albert führt weiter aus, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch noch andere Sorgen bewegten. So brauche man für die Pflege des Koxagys, eine Hackfrucht, Hackgeräte, für deren Herstellung etwa 3o to Eisen benötigt würden, die das Generalgouvernement nicht liefern könne. Das gleiche gelte für die Beschaffung von Düngemitteln, vor allem von Phosphorsäure. Weiter müsse für die Herstellung von Glashäusern zur Aufziehung der jungen Pflanzen Sorge getragen werden. Alles das seien Fragen, von deren Lösung die von ihm gegebene Zusage auch noch abhänge. Das Generalgouvernement könne sich ja auch nicht restlos der letzten Möglichkeiten entäußern, die ihm für andere Produktionszweige gegeben seien.

Rittmeister von Palleske weist darauf hin, daß im Jahre 1943 2oo to Superphosphate, 8oo to hochwertiges Kali und 45o to Stickstoff vom Reich geliefert worden seien.

Regierungsdirektor Dr. Albert erklärt, daß die Hauptabteilung E.u.L. gegenüber der Forderung einer Anbaufläche von 2o ooo ha, an der das Reich nach Aussage des Korvettenkapitäns Dr. Stahl festhalten zu müssen glaube, nach reiflicher Prüfung der Lage nur 7 5oo ha zur Verfügung stellen könne. Angesichts der Notwendigkeit einer systematischen Arbeit im Generalgouvernement und angesichts dessen, daß jeder Betrieb mit den großen Forderungen in Einklang gebracht werden müsse, seien bereits genaue Planungen für das Anbauprogramm des Jahres 1944 gemacht worden.

Abschließend weist der Herr Generalgouverneur nochmals auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen das Generalgouvernement auf allen wirtschaftlichen Gebieten zu kämpfen habe, und ersucht Regierungsdirektor Dr. Albert, zusammen mit Korvettenkapitän Dr.Stahl

4.8.1943

und Rittmeister von Palleske das in Frage stehende Problem einer nochmaligen gründlichen Prüfung zu unterziehen.

17^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Losacker.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 5.August 1943

8^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Rabka. In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befindet sich Hauptbannführer Förschle.

9^{15} Ankunft in R a b k a .

Dort besichtigt der Herr Generalgouverneur 2 Hitlerjugend-Lager, ein Lager der Oberklasse einer Mädchenschule aus Kuxhaven und ein Lager des Jungvolkes.

Weiter besichtigt der Herr Generalgouverneur das Baugelände der projektierten K.L.V.-Großsiedlung für 4 ooo Kinder.

Auf der Kurparkwiese bringen Angehörige des Jungvolkes Ausschnitte aus dem Lagerleben, Gesänge, Tänze und Kampfspiele zur Aufführung.

Der Herr Generalgouverneur richtet am Schluß der Besichtigung eine Ansprache an das Jungvolk, in der er darauf hinweist, daß auch die Kinder in der heutigen Zeit schon Opfer bringen müßten und ein schweres Schicksal auf ihnen liege. Wie dem aber auch sei und welche Nöte und Sorgen noch kommen würden, für das deutsche Volk gelte es jetzt unter allen Umständen durchzuhalten. Für die Kinder werde im Generalgouvernement gut gesorgt werden, wie das das Beispiel dieses Lagers zeige. Das Generalgouvernement könne dankbar dafür sein, daß die Jugend in die rauhe Arbeit des Tages den Sonnenstrahl des Lachens und der Fröhlichkeit hineingebracht habe. Er wünsche den Kindern, daß sie baldmöglichst erholt und neu gestärkt in die Heimatstädte zurückkehren könnten, wenn der Friede gekommen sei.

5.8.1943

11^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

12^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Der Herr Generalgouverneur berichtet von den Eindrücken, die er bei dem Besuch zweier Hitlerjugend-Lager in Rabka gewonnen hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, dem neuernannten Wehrmachtskommandanten der Stadt Krakau Generalleutnant Oppenländer zu eröffnen, daß der Titel "Kommandant der Festung Krakau" von ihm nicht gebraucht werden könne, da die Stadt Krakau keine Festung sei.

15^{15} Besprechung mit Dr. Boepple, Dr. Wendler, Dr. Losacker und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

In dieser Besprechung wird zunächst zu der Abberufung des bisherigen SS- und Polizeiführers Generalleutnants der Polizei Globocnik Stellung genommen.

Gouverneur Dr. Wendler teilt mit, daß er vor kurzem einen Brief an Reichsführer SS Himmler gerichtet habe, dessen Inhalt sich ungefähr mit dem ersten Teil des vom Herrn Generalgouverneur an Reichsführer SS Himmler gesandten Fernschreibens decke. In diesem Brief habe er den Reichsführer SS gebeten, für eine baldmöglichste Beseitigung des Zwischenstadiums Sorge zu tragen.

Mit einer Ablösung des SS- und Polizeiführers Globocnik sei für Ende August 1943 zu rechnen. Eine Verzögerung sei dadurch eingetreten, daß SS- und Polizeiführer Globocnik zum persönlichen Vortrag zum Reichsführer SS befohlen worden sei. Aus einer Rücksprache,

5.8.1943

die er mit Generalleutnant der Polizei Globocnik gehabt habe, könne er schließen, daß diese Frage nunmehr endgültig geregelt sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu den Anträgen Stellung genommen, die Professor Kubijowitsch als Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses gestellt hat.

Der Herr Generalgouverneur empfängt dann in Anwesenheit der zuvor genannten Herren Professor Kubijowitsch und überreicht ihm mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

In der anschließenden Besprechung werden die von Prof. Kubijowitsch vorgebrachten Wünsche und Anträge behandelt.

1. Die ukrainischen Bauern, welche man in den gefährdeten Waldgebieten angesiedelt hat, sollen sofort ausgesiedelt und vorläufig in den südlichen Teilen der Kreise Bilgoraj und Zamosc sowie in Hrubieschow untergebracht werden und dann später neue Ansiedlungsplätze erhalten.

Dazu erklärt Prof. Kubijowitsch, daß er mit seinem Vertreter, dem amtlichen Beauftragten für den Distrikt Lublin Dr. Holejko über diese Frage gesprochen und von ihm eingehenden Bericht über die Verhältnisse erhalten habe.

Gouverneur Dr. Wendler glaubt, sofortige Hilfe in Aussicht stellen zu können. Es werde dafür gesorgt werden, daß die Polen und Ukrainer nicht untereinander gemischt dort blieben. Die Ukrainer würden wieder aus diesem Gebiet herausgenommen und in irgendeiner

Form an andere Plätze gebracht werden, so vielleicht nach Hrubieschow, wo sie Verwandte hätten. Sie könnten dann gleichzeitig diesen Verwandten bei der Ernteeinbringung helfen.

Prof. Kubijowitsch erklärt sich mit dieser Lösung der Frage einverstanden.

2. Finanzielle Hilfe für die Umsiedler im Betrage von 300 000 Zloty.

Die Auszahlung einer Summe von Zloty 300 000,-- für die Umsiedler wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt, der gleichzeitig Präsident Dr. Losacker beauftragt, sich dieserhalb mit der Hauptabteilung Finanzen in Verbindung zu setzen.

3. Sicherungsmaßnahmen für die Bevölkerung: Verstärkung der ukrainischen Polizei, sofortige Bildung eines bewaffneten ukrainischen Ortsschutzes, Aufstellung einiger stärkerer ukrainischer Polizeikompanien mit ukrainischen Offizieren und Unteroffizieren.

Hierzu bemerkt Prof. Kubijowitsch, daß die ukrainische Hilfspolizei unbedingt so verstärkt werden müssen, daß sie der Bevölkerung einen sicheren Schutz gewähren könne.

Gouverneur Dr. Wendler weist darauf hin, daß für den ganzen Distrikt Lublin ukrainische Polizei möglichst in die ukrainischen Gebiete gelegt werde. Es sei aber zur Zeit nicht möglich, Bataillone zu formieren, weil man jetzt zum erstenmal ein Sicherheitsnetz über jede Gemeinde legen müsse. In jede Sammelgemeinde würden 20, 22 sogar 33 Mann gelegt. Dazu kämen dann Wehrmachtstruppen, die dem Distrikt Lublin zugesagt seien. Für die ukrainische Polizei bestehe

5.8.1943

keine polnische Führung, sondern die deutsche Führung sei überall gewährleistet. Für die Ausbildung von Unterführern sei Sorge getragen und zu diesem Zweck liefen bereits Kurse. Den von Prof. Kubijowitsch vorgebrachten Wünschen werde man soweit wie möglich entgegenkommen, insbesondere werde dafür Sorge getragen, daß die Ukrainer für Aufgaben nicht verwendet würden, für die sie sich nicht verpflichtet hätten. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Freiwilligkeit wieder hergestellt werde und derjenige, der ausscheiden wolle, die Möglichkeit des Ausscheidens habe. - Für die Bewaffnung der Ortswacht habe er auch über die Partei eine Anforderung auf Lieferung von 1000 Karabinern an die Polizei gerichtet. Es sei zu hoffen, daß 700 bis 800 Leute bewaffnet werden könnten. Besonders für die Kreise Cholm und Hrubieschow werde größter Wert darauf gelegt, daß die Ortswacht auch die notwendigen Waffen besitze, weil man dort mit Angriffen rechnen müsse.

4. Aufstellung einer Liste der ukrainischen Häftlinge, die sich in dem Konzentrationslager Majdanyk bei Lublin befinden.

Dazu bemerkt Prof. Kubijowitsch, daß es sich hauptsächlich um Häftlinge aus Galizien handle, die bei der Aktion gegen asoziale Elemente verhaftet worden seien und von denen die meisten heute noch in Haft säßen, während die aus dem Distrikt Lublin stammenden Inhaftierten fast sämtlich freigelassen worden seien.

Gouverneur Dr. Wendler erklärt sich bereit, dafür zu sorgen, daß grundlos vorgenommene Festsetzungen aufgehoben würden. Es sei seine Absicht, hier so großzügig wie nur möglich vorzugehen.

Der Herr Generalgouverneur hält in dieser Frage eine Zusammenarbeit der beiden Gouverneure Dr. Wendler und Dr. Wächter für notwendig und beauftragt Präsident Dr. Losacker die erforderlichen Vorkehrungen für eine Regelung dieser Frage zu treffen.

Präsident Dr. Losacker erklärt sich bereit, diese Liste im Benehmen mit Amtschef Bauer und dem Kommandeur der Sicherheitspolizei des Distrikts Galizien durchzusehen und dann dem Gouverneur Dr. Wendler darüber Bericht zu erstatten.

5. Austausch der ukrainischen und polnischen Bevölkerung nach den Plänen des Prof. Kubijowitsch.

Gouverneur Dr. Wendler führt aus, daß die Aus- und Umsiedlung nunmehr im allgemeinen beendet sei. Er habe darüber eine verbindliche Erklärung abgeben können und werde dafür sorgen, daß auch die Woits davon verständigt würden. Auf Grund der veränderten Sachlage werde nun mehr und mehr Ruhe in die Bevölkerung kommen.

Prof. Kubijowitsch bemerkt, daß es sich hier um eine interne Angelegenheit des Distrikts Lublin handle und daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Ukrainer aus gewissen Bezirken des Distrikts Lublin, in denen sie besonders gefährdet seien, herauszubringen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß hier eine Sonderaktion in Frage komme, die erst in der Zukunft durchgeführt werden könne. Die Frage müsse gegebenfalls in einer Sitzung in Lublin unter Zuziehung der beteiligten Instanzen behandelt werden.

Abschließend bittet der Herr Generalgouverneur Prof. Kubijowitsch, aus der Art der Erledigung der von ihm gestellten Anträge erkennen zu wollen, wie sehr die Regierung bemüht sei, dem ukrainischen Hauptausschuß in loyalster Weise zu helfen. Andererseits

5.8.1943

müßten aber auch die Ukrainer bei ihren Nöten und Sorgen und der Behandlung aller solcher Fragen immer daran denken, was das deutsche Volk jetzt durchzumachen habe.

18^{30} Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger, des Professors Bader, des Referenten von Palézieux und des Architekten Korinthenberg den Neubau der Kanzlei.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Freitag, den 6.August 1943

10^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Losacker.

10^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

10^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker, Präsident Struwe und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

Präsident Dr. Losacker stellt Regierungsdirektor Dr. Schmidt als seinen Vertreter während seines heute beginnenden Urlaubes vor.

Präsident Struwe berichtet dann über den Stand der Verhandlungen mit dem Reich wegen der von dort geforderten geschlossenen Einziehung eines Jahrganges und seiner Verbringung zum Arbeitseinsatz ins Reich. Auf ein diesbezügliches Fernschreiben vom 24.7. habe er in einem Antwortfernschreiben vom 28.7. die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung entwickelt. Seitdem habe er vom Reich ausser einigen telefonischen Anrufen noch keine weitere Stellungnahme erhalten.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dem Antwortfernschreiben des Präsidenten Struwe vollinhaltlich zu und erklärt, dass es unmöglich sei, aus dem Generalgouvernement stückweise die Faktoren herauszubrechen, auf denen die erfolgreiche Arbeit des Generalgouvernements für das Reich beruhe. Er erteilt Präsident Struwe die Weisung, vorerst einmal die sachliche Antwort auf sein Fernschreiben abzuwarten.

Präsident Struwe führt weiter aus, dass von den 50 000 Arbeitern, deren Gestellung für den Bergbaueinsatz im Reich das Generalgouvernement

übernommen habe, bereits 14 000 ausgemustert seien. Entgegen der Absprache habe die Werbung für die SS-Division Galizien vor Aufbringung der 50 000 Arbeiter eingesetzt, sodass dadurch eine grosse Erschwerung der Anwerbung eingetreten sei. Er habe mit Rücksicht auf die Ernteerfassung den einzelnen Kreisen die Auflage an der Gestellung von Arbeitskräften so niedrig bemessen, dass sie absolut erfüllt werden könnten. Jeder Kreis müsse täglich durchschnittlich 5 Kräfte bereitstellen. Zwecks Hinweisung der Gouverneure auf die unbedingt notwendige Einhaltung dieser Auflage habe er ein Fernschreiben entworfen, das er den Herrn Generalgouverneur zu unterzeichnen bitte.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet das Fernschreiben.

11⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

11²⁵ Besprechung mit Pressechef Gassner.

12¹⁵ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Hauptabschnittsleiter Stahl.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass wegen der Bombengeschädigten im Anschluss an die Besprechung auf der Burg beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD SS-Oberführer Bierkamp eine weitere Besprechung stattgefunden habe. SS.-Oberführer Bierkamp habe dort im Einvernehmen mit der Partei den einzelnen Hauptabteilungen ihre Aufgaben in dieser Angelegenheit zugewiesen.

6.8.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl führt aus, daß SD und NSV ihre Tätigkeit an den Grenzübergangsstellen bereits aufgenommen haben.

12[30] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Ministerialrat Dr. Weh.

Hauptabschnittsleiter Stahl erklärt, daß Staatssekretär Klopfer von der Parteikanzlei in München an den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. einen Verbindungsmann abgestellt habe, über den er/in die Gesetzgebungsarbeit des Generalgouvernements eingeschaltet werden wolle. /¯unmittelbar

Der Herr Generalgouverneur trifft für diesen Komplex folgende Entscheidung:

1. Die NSDAP., die schon bisher sämtliche wichtigen Verordnungsentwürfe im Umlaufverfahren zugestellt erhält, wird genau wie die anderen Dienststellen des Generalgouvernements an der Gesetzgebung des Generalgouvernements beteiligt.

2. In Fällen, in denen sofort gehandelt werden muß und ein Umlaufverfahren daher nicht durchführbar ist, kann naturgemäß auch die Partei nicht gehört werden. In solchen Fällen wird nur das Amt für Gesetzgebung zur Vorbereitung des Entwurfes und der Entscheidung des Generalgouverneurs tätig.

3. Zur Sicherstellung der immer schwieriger werdenden Führung des Generalgouvernements können im allgemeinen Umlaufverfahren höchstens 4 Wochen für die abschließende sachliche Äusserung einer angegangenen Stelle bewilligt werden. In der Bitte um Verlängerung der Frist

kann eine abschließende sachliche Stellungnahme nicht erblickt werden. Es muß in solchen Fällen gewärtigt werden, daß die Verordnung gleichwohl unterschrieben wird.

Dieser Grundsatz gilt entsprechend, wenn die Umlauffrist infolge besonderer Gründe kürzer als 4 Wochen gehalten werden muß.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß er dem neuen Verbindungsmann der Parteikanzlei Parteigenossen Wegener empfohlen habe, die Gesetzentwürfe, die im Umlaufverfahren kämen, mit Fernschreiben nach München zu leiten und die Stellungnahme der Parteikanzlei dazu ebenfalls im Wege des Fernschreibens zu erbitten. Dadurch könne viel Zeit gespart werden und die Parteikanzlei jederzeit ihre Stellungnahme rechtzeitig beibringen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß nur der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP beteiligt werde, nicht aber die Parteikanzlei als solche. Wenn der Arbeitsbereich von sich aus im Einzelfalle mit der Parteikanzlei in Verbindung treten wolle, bestünden dagegen keine Bedenken; die Umlauffrist müsse jedoch unter allen Umständen eingehalten werden.

12^{40} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Sonnabend, den 7.August 1943

und

Sonntag, den 8. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 9.August 1943

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Besprechung mit Generalleutnant der Polizei Becker.

Generalleutnant Becker macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung von seiner Abberufung nach Berlin.

12^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einem Überfall auf das Gefängnis in Jaslo am 5.August 1943. In der Nacht vom Sonnabend, dem 7.August bis Sonntag, dem 8.August seien 51 politische und 2o sonstige Strafgefangene bzw. Untersuchungsgefangene aus dem Gefängnis Jaslo durch Banditen befreit worden. In Verfolg einer sofortigen Aktion seien lo Gefangene wieder ergriffen worden.

In Anwesenheit des inzwischen erschienenen Inspekteurs des Sonderdienstes Dr. Hammerle wird das Programm für den Aufmarsch des Sonderdienstes im Burghof am lo. August 1943 besprochen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Durchführung dieses Programms einverstanden.

Inspekteur Dr. Hammerle geht im weiteren Verlauf der Besprechung auf die Aufgaben des Sonderdienstes ein. Er weist darauf hin, daß der Sonderdienst seinerzeit als Einrichtung der Verwaltung geschaffen worden sei. Im Verlauf der letzten Monate habe man leider in der Mittel- und Unterinstanz den Sonderdienst teilweise den Organen der Polizei unterstellt, wodurch gewisse Schwierigkeiten für den Einsatz entstanden seien. Deshalb habe sich der Erlaß einer Verwaltungsanordnung als notwendig erwiesen, nach welcher für den Sonderdienst die Vereinbarung des Herrn Generalgouverneurs

mit Reichsführer SS maßgebend sei. Demnach solle der Sonderdienst als Einrichtung der Verwaltung betrachtet werden. Lediglich als Ganzes insbesondere im Hinblick auf die Rekrutierung der Mannschaften sei er dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen unterstellt, der aber immer im Auftrage des Generalgouverneurs handle. Der Entwurf dieser Verwaltungsanordnung sei dem Befehlshaber der Ordnungspolizei zur Kenntnis gebracht worden, dessen Stellungnahme noch nicht vorliege. Eine nochmalige eingehende Prüfung dieser Verwaltungsanordnung unter Zuziehung des Befehlshabers der Ordnungspolizei werde notwendig sein.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Inspekteur Dr. Hammerle, unverzüglich den Termin für diese Besprechung anzuberaumen.

12[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann in Jaslo Dr. Gentz in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh.

Kreishauptmann Dr. Gentz überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über den Überfall auf das Gefängnis in Jaslo am 5.August 1943.

Weiter gibt Kreishauptmann Dr. Gentz dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Vorfall in seinem Kreise, bei dem fünf Familienangehörige eines Polen aus Anlaß einer gegen Banden geführten Großaktion erschossen worden sind. An die Schilderung dieses Vorfalls knüpft Kreishauptmann Dr. Gentz die Bemerkung, daß er als Kreishauptmann die politische Verantwortung für die Führung des Kreises nicht tragen könne, wenn sich weiterhin solche Vorfälle ereignen würden. Kreishauptmann Dr. Gentz kann im übrigen die Erklärung abgeben, daß die Stimmung der Bevölkerung im Kreise Jaslo im allgemeinen durchaus zufriedenstellend sei,

und daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach die ab 1. September 1943 eintretende Neuregelung der Ernährung der arbeitenden Schichten sehr gut auswirken werde.

Auf die Beschwerde des Kreishauptmanns Dr. Gentz, daß er auf dem Bausektor noch immer mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen habe, weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß sich Präsident Bauder nunmehr bereit erklärt habe, eine neue großzügige Ordnung herbeizuführen. Dem Wunsche des Kreishauptmanns Dr. Gentz nach Schaffung von Stellen für Stadtbautechniker und Straßenmeistern bzw. Straßeningenieuren will der Herr Generalgouverneur willfahren und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, für die Durchführung einer solchen Regelung im Einvernehmen mit Präsident Bauder Sorge zu tragen.

12⁴⁰ Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Notwendigkeit einer Dislocierung der Polizeikräfte hin und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, im Einvernehmen mit Generalleutnant Becker und Präsident Dr. Losacker einen Plan dafür auszuarbeiten und ihm baldmöglichst vorzulegen. Diese Dislocierung müsse sich vor allem auf die gefährdeten Gebiete beziehen, die jetzt angesichts des Ernteausnahmezustandes von besonderer Wichtigkeit seien. Er wünsche eine genaue Aufstellung dafür zu erhalten, wieviel Polizei und Wehrmacht tatsächlich schon in den Dörfern Dienst tue. Bis auf weiteres müsse die Durchführung von polizeilichen Großaktionen unterbleiben, da jetzt das Sofortprogramm der Sicherung der Ernte im Vordergrund stehe.

Ebenso dürften unter keinen Umständen weitere Aus- oder Umsiedlungen stattfinden. Auf allen diesen Gebieten müsse in systematischer Kleinarbeit auf das Ziel einer Bereinigung der Verhältnisse hingearbeitet werden. Wie auch immer die Tätigkeit der Polizei gestaltet sein möge, die wahre Autorität liege nur beim Generalgouverneur, bei den Gouverneuren und den Kreishauptmännern. Ähnliche Grundsätze müßten übrigens auch für den Bausektor Geltung gewinnen. Hier sei es ihm auf Grund einer längeren Besprechung gelungen, den Präsidenten Bauder von der Richtigkeit seiner Erwägungen zu überzeugen. Vor allem müßten aber die Kreishauptmänner die Gewißheit haben, daß sie gerade in dieser wichtigen Frage die völlige Unterstützung der Regierung des Generalgouvernements hätten.

12[55] Besprechung mit Pressechef Gassner.

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Ohlenbusch, des Pressechefs Gassner und des Hauptschriftleiters Fenske den Hauptschriftleiter Olbricht.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Hauptschriftleiter Olbricht mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Widmung.

Der Herr Generalgouverneur legt in der anschliessenden Besprechung seine Gedanken über Wesen und Aufgaben der Journalistik und der Presse dar.

13[15] M i t t a g e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 1o. August 1943

9^{30} Der ehemalige Adjutant des Herrn Generalgouverneurs SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth meldet sich von seinem Fronteinsatz zurück und übernimmt seine frühere Tätigkeit wieder.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Beauftragten der Italienischen Botschaft in Berlin di Fossombrone.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Regierungsdirektor Schmidt, Ministerialrat Dr. Weh und Rechtsrat Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verwaltungsanordnung zur Verordnung über die Einrichtung eines Sonderdienstes vor.

Regierungsdirektor Schmidt berichtet dann von der im Gange befindlichen Dislocierung der Polizei im Generalgouvernement. Daneben würden 12- bis 15 ooo Mann Wehrmacht in Zug- oder Halbzugstärke in das Land gelegt. Die einzelnen Stützpunkte würden zur Zeit festgelegt, und Ende der Woche könne er eine Karte der einzelnen Stationen vorlegen.

12^{15} Im Königssaal der Burg empfängt der Herr Generalgouverneur in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Becker, des Generalleutnants Oppenländer, des Generalmajors Grünwald, des Hauptabschnittsleiters Stahl, des Oberstleutnants Baron von Dazur, des Pressechefs Gassner und von Vertretern der Wehrmacht und Polizei eine Abordnung von Führern des Sonderdienstes aus den Distrikten.

Nachdem der Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle einen Bericht über den Werdegang, die bisherige Arbeit und Leistung und die künftigen Aufgaben des Sonderdienstes gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

10.8.1943

Ich habe schon von Generalleutnant Becker in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen einen Bericht über den Sonderdienst erhalten. Ich danke Ihnen, Herr Inspekteur des Sonderdienstes, für den heute von Ihnen gegebenen Bericht. Ich werde gleich nachher Gelegenheit haben, auf unserem Burghof zu den Männern und Ausbildern des Sonderdienstes zu sprechen.

Ich möchte hier in diesem engeren Rahmen insbesondere allen beteiligten Einrichtungen und Organisationen, die sich des Sonderdienstes angenommen haben, meinen Dank sagen, unserer Polizei, der SS, aber auch unserer Wehrmacht ebenso wie Staat und Partei. Sie alle haben an der merkwürdigen einmaligen Einrichtung des Sonderdienstes Anteil genommen, die so, wie das Generalgouvernement selbst etwas Einmaliges in der bisherigen Verwaltungsgeschichte darstellt, eine persönliche, an die Sitze der Kreis- und Stadthauptmänner gebundene Unterstützungstruppe verwaltungstechnischer Art ist, die dem Kreis- und Stadthauptmann unmittelbar untersteht und von ihm zu Aufgaben verwaltungstechnischer Art verwendet wird.

Der Sonderdienst ist weder eine Imitation der Wehrmacht noch der Polizei, weder Hilfssoldatentum noch Hilfspolizei, sondern er ist ein völlig eigenes aus den Bedürfnissen des Ostens herausgewachsenes Instrument zur Stabilisierung, vor allem zur dauernden evidenten Sicherung der Autorität des Kreis- und Stadthauptmanns. Wie die Verwaltung des Generalgouvernements von mir in einigermaßen origineller Weise aufgebaut wurde, so war damals meine Überlegung: diesen Männern draußen muß irgendein Instrument gegeben werden, das angesichts der ungeheueren auf unserer deutschen Polizei lastenden Aufgaben, die es immer wieder notwendig machen, daß

größere Polizeiformationen zusammengezogen oder, wie es sich in Galizien zeigt, plötzlich vom Lande weggezogen werden, ihnenunter allen Umständen ein Grüppchen beläßt, das den Kreishauptmann und seine Behörde hält. Dieser Gedanke von mir hat sich in der Tat als viel nützlicher herausgestellt, als ich damals annahm. Die Schwierigkeiten wuchsen und mit ihnen wuchs auch das Bedürfnis des Landes nach der Schaffung des Sonderdienstes. Ich muß schon sagen: ich könnte mir heute die Verwaltung dieses Landes ohne den Sonderdienst gar nicht mehr denken.

Ich freue mich, daß sich die Einrichtung des Sonderdienstes allgemein durchgesetzt hat und daß wir die verschiedenen Fragen, die immer wieder auftauchen und die da lauten: wohin gehört der Sonderdienst, was ist er, womit ist er vergleichbar? - bereinigt haben. Der Sonderdienst darf nicht mehr sein wollen, als er ist: keine Paradetruppe, kein Sonderhausregiment des Generalgouverneurs, keine Staatsschutztruppe oder nationale Miliz. Der Sonderdienst ist einfach ein aus der Praxis und den Bedürfnissen dieses Landes hervorgegangenes verwaltungstechnisches Instrument, das allerdings die einheitliche Ausrichtung, Ausrüstung und Erziehung braucht. Denn wir Deutsche sind nun einmal so, daß wir uns eine solche Einrichtung nicht in einem wilden Schlendrian denken können, sondern nur entstanden aus einer einheitlichen präzisen soldatischen Auffassung heraus. Der Ausdruck "Sonderdienst" wurde von mir gewählt, um eine Art militante Angleichung des Begriffes an das soldatische Empfinden herzustellen. Und in diesem Sinne wird der Sonderdienst als Hilfstruppe der Verwaltung betrachtet.

Ich muß allen Anwesenden, vor allem den Herrn der Polizei und Wehrmacht dafür danken, daß sie dieses Instrument so förderlich entwickält haben. Ich hoffe,

10.8.1943

daß auch in Zukunft diese Entwicklung weitergehen wird. Die Zeiten werden nicht einfacher werden, wir werden noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Umso notwendiger wird es sein, den völlig isoliert lebenden totalen Repräsentanten der deutschen Verwaltung, den Stadt- und Kreishauptmännern dauernd eine solche Schutzorganisation zur Verfügung zu stellen.

Dem Herrn Generalgouverneur werden darauf die Führer des Sonderdienstes vorgestellt.

12.30 Besichtigung des Ausbildungsbataillons Krakau des Sonderdienstes auf dem Burghof durch den Herrn Generalgouverneur.

Nach Abschreiten der Front und Meldung durch den Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Führer und Männer:

Männer des Sonderdienstes! Ich habe Euch heute auf den Hof dieser alten deutschen Burg zu Krakau befohlen, um Euch vor Eurem dienstlichen Einsatz im Generalgouvernement ins Auge zu sehen. Eure Ausbildung ist abgeschlossen. Euch und Euren Ausbildern gebührt mein Dank und meine Anerkennung. Ihr habt Euch zu diesem großen Dienst für Führer und Reich im Generalgouvernement verpflichtet, um der deutschen Führung und Verwaltung in diesem Raum eine unentbehrliche dienstliche Schutzorganisation zu geben. Das ist Dienst wie anderer Dienst auch. Ihr habt Euch mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz Eurer ganzen Kraft, Eures Lebens und Eurer Gesundheit für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren der Verwaltung zu verbürgen. Darauf seid Ihr vereidigt, und dazu rufe ich Euch jetzt auf. Ich danke Euch, daß Ihr meinem Rufe Folge geleistet habt.

10.8.1943

Der Sonderdienst ist Ehrendienst, und eigenartig wie alles hier im Generalgouvernement ist Euer Dasein. Ihr seid als Sondereinrichtung geschaffen und habt Euch in 3 Jahren Eures Bestehens schon die Berechtigung erworben, mit in erster Linie da genannt zu werden, wo es sich um die Aufgaben des Schutzes dieses Raumes handelt. Ihr seid als deutsche Männer dieses Raumes in diese Sonderposition eingetreten. Ihr habt hier deutsche soldatische Haltung gelernt im Aufblick zu der großen soldatischen Tradition unseres Volkes. Ihr seid mit der Garant dafür, daß die Fahne des Führers und Reiches in diesem Raum nie mehr niedergeholt werden wird. Dieses Land ist und bleibt deutsch geführt und deutsch bestimmt bis in alle Zukunft. Dieses Land ist ja auch Eure Heimat. Um Euch zu befreien hat der Führer diesen Raum dem Großdeutschen Reich eingefügt. Ihr als die volksdeutschen Söhne dieses Raumes seid auch berufen, der deutschen Führung hier zu dienen. Es ist ein Ehrendienst, und in diesem Dienst sind Kameraden aus Euren Reihen gefallen. - Wir gedenken der Toten. -

Ich danke dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger und seinem Stellvertreter Generalleutnant Becker, daß sie in meinem Auftrag den Sonderdienst so wertvoll gefördert haben; ich danke auch dem Inspekteur des Sonderdienstes für seine ausgezeichnete treue Haltung, darüber hinaus aber danke ich auch allen Stellen der Wehrmacht und Polizei dafür, daß sie den Sonderdienst so gehütet und gefördert haben. Es ist mein Wunsch, den Sonderdienst mehr und mehr zu einem stolzen Instrument der deutschen Führung dieses Raumes zu entwickeln.

10.8.1943

Kameraden, wenn Ihr ins Land hinausgeht, so seid Zeugen dafür, daß diese Zeit der Anfang der größten Zeit unseres deutschen Volkes ist. Traget den Führer im Herzen, dann seid Ihr wahrhaft auf dem richtigen Wege.

Anschließend spricht Generalleutnant Becker dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank dafür aus, daß er dem Sonderdienst stets ein großes Interesse entgegengebracht habe. Die Männer des Sonderdienstes seien in den vergangenen Jahren sorgfältig ausgebildet und erzogen worden. Für diese Ausbildung danke er dem Inspekteur des Sonderdienstes, den Offizieren und Unteroffizieren. Die Grundlagen für einen praktischen Einsatz seien nunmehr gelegt, und er könne der Erwartung Ausdruck geben, daß sich die Männer des Sonderdienstes nunmehr auch in der Praxis bewähren würden, in der sie den Kreis- und Stadthauptmännern für die Erfüllung ihrer wichtigen Verwaltungsaufgaben zur Verfügung stünden. Er grüße die Männer des Sonderdienstes und hege die Hoffnung, daß sie ein Hort des Deutschtums in diesem Raum sein mögen.

Mit der Führungehrung und einem Vorbeimarsch der Kompanien schließt der Appell.

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n .

10.8.1943

15^{15} Präsident Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur die aus Anlaß des Tages der NSDAP. im Generalgouvernement erscheinende Prägebriefmarke mit der Aufschrift "Großdeutsches Reich Generalgouvernement" vor.

15^{30} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur übergibt ein Exemplar der Prägebriefmarke dem Hauptschriftleiter Stöppler mit der Bitte um bildliche Veröffentlichung und erläuternden Text in der Krakauer Zeitung.

16^{10} Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Hauptabschnittsleiter Stahl, Hauptbannführer Förschle, SA.-Oberführer Peltz in Gegenwart des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger die einzelnen Veranstaltungen des Parteitreffens im Generalgouvernement.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Hauptbannführers Förschle zwecks Besichtigung des HJ.-Lagers zum Jordan-Park.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

[illegible]och, den 11. August 1943

[illegible] des Herrn Generalgouverneurs zum Flugplatz.

[illegible] des Luftgaues VIII, Besichtigung des [illegible] und der Werft, Teilnahme an Vorträgen. [illegible]ließend Mittagessen.

13[45] [illegible]fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

[illegible] des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 12. August 1943

16^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{55} Besprechung mit Referenten von Palézieux.

17^{10} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Gegenstand der Besprechung ist der Ablauf der einzelnen Veranstaltungen am Tag der NSDAP. im Generalgouvernement.

Parteigenosse Stahl berichtet, daß die Einweihung des Hauses der Jugend vom Programm abgesetzt sei, da der SD die Sicherheit der Einweihungsteilnehmer nicht gewährleisten zu können glaube.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß unter keinen Umständen eine Veranstaltung vom vorbereiteten Programm abgesetzt werden dürfe und daß die Einweihung im einfachen Rahmen stattfinden müsse.

18^{15} Besprechung mit Staatssekretär Bühler und Staatssekretär Boepple und Ministerialrat Dr. Weh über die allgemeine Lage und Übergabe der Regierungsgeschäfte an Staatssekretär Dr. Bühler durch den Herrn Generalgouverneur.

18^{50} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

19^{30} A b e n d e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Freitag, den 13.August 1943

9^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Pressechef Gassner.

9^{25} Begrüßung des Reichsjugendführers Axmann.

9^{30} F a h n e n w e i h e der HJ. im Burghof durch den Reichsjugendführer in Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und führender Vertreter aus Staat, Partei und Wehrmacht.

10^{30} Verkündung des Jugendschutzgesetzes in Anwesenheit von HJ.-Führern und B.d.M.-Führerinnen des Generalgouvernements im Königssaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierbei das Wort zu folgender Ansprache:

Reichsjugendführer! Es ist mir eine große Freude, Sie im Namen der Deutschen des Generalgouvernements begrüßen zu können und Ihnen unser aller herzlichen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß Sie heute aus Anlaß des Tages der Partei 1943 im Generalgouvernement erschienen sind.

Dieser Tag der Partei hat eine große - ich möchte fast sagen - historische Bedeutung, zeigt er doch in einem Augenblick der deutschen Geschichte, in dem zur Durchsetzung der Freiheitsidee der Nation und Bewegung von uns allen der äußerste Einsatz gefordert wird, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wahrhaft das Führungsinstrument des Großdeutschen Reiches ist. Wir wollen gerade in diesem fremdvölkischen Raum zeigen, daß die Bewegung des Führers ungebrochen und unbeugbar ihren Schicksalsweg fortsetzt. Ihr persönliches Erscheinen erfüllt daher nicht nur die Ihnen entgegenflammenden Herzen unserer Jungen und Mädel mit großer Begeisterung, sondern auch uns, die wir

13.8.1943

die verantwortlichen Führer für das Gesamtgeschehen in diesem Raume sind. Es erfüllt uns auch mit großer Freude, daß die Reichsinstanzen an dem Geschehen in diesem Raum innigen Anteil nehmen.

Mein Dank aber gilt Ihnen, Reichsjugendführer, für Ihr unermüdliches,vorbildliches und kämpferisches Wirken im Dienste der deutschen Jugend. Wir beide haben schon zusammengearbeitet in der schönen Zeit, in der uns große Planungen beschäftigten und in der wir in der Akademie für Deutsches Recht die Grundsätze des deutschen Jugendlebens ausarbeiteten.

Heute ist es mir eine besondere Freude, Ihnen, Reichsjugendführer, davon Kenntnis zu geben, daß ich mit Wirkung von heute eine Schutzverordnung für die deutsche Jugend im Generalgouvernement unterzeichnet habe, deren Inhalt auch Sie persönlich und Ihre Mitarbeiter sicher mit großer Freude erfüllen wird.
In dieser Schutzverordnung für die deutsche Jugend ist es uns geglückt, alle maßgeblichen und weitgesteckten Absichten der Reichsjugendführung auf dem Gebiete der Jugendbetreuung in einem vorbildlichen Gesetzeswerk zu vereinen. Die Schutzverordnung für die deutsche Jugend im Generalgouvernement teilt das Leben der Jugend in die schönen Abschnitte der Kindheit und Jugendzeit ein und überträgt jedem dieser Altersabschnitte eine eigene Schutzzone. Im Vordergrund steht nicht so sehr der Schutz, sondern ein schützendes Behüten der Jugend im Leistungsvertrag.

Sie, Reichsjugendführer,wissen, daß die Jugend des Generalgouvernements in die Gesamtleistung des Deutschtums dieses Raumes eingereiht ist, und ich kann Ihnen als Generalgouverneur bestätigen, daß Sie auf die Jugend des Generalgouvernements stolz sein können. Was diese Reichs- und volksdeutsche Jugend geleistet hat, was sie in stetem Einsatz draußen in den einsam

13.8.1943

gelegenen und rings umbrandeten Siedlungen an Einsatz zu geben hat, reiht sich würdig den Leiden und Nöten und der Lebensopferbereitschaft unseres deutschen Volkes im Reich an. Für mich ist daher der heutige Tag, an dem ich Ihnen diese Verordnung übergebe, auch ein stolzes Zeichen des Dankes, den ich der deutschen Jugend dieses Raumes abstatte. Seien Sie, Reichsjugendführer Axmann, überzeugt, daß ich persönlich, und alle meine Regierungs- und Staatsstellen sowie meine Parteidienststellen in der Pflege und Förderung der deutschen Jugend dieses Raumes nicht eine uns offiziell auferlegte Pflicht sehen, sondern die aus dem Herzen aufsteigende Bewußtheit, daß die Jugend dieses Raumes die einzige Gewähr für die dauernde Innehabung dieses Raumes darstellt. Ich habe mir angesichts des bedeutsamen Charakters dieser Verordnung erlaubt, Ihnen ein Exemplar in besonderer Ausführung fertigen zu lassen, und bitte Sie, dieses Exemplar zur Erinnerung an das Generalgouvernement zu übernehmen.

Reichsjugendführer Pg. Axmann erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich möchte Ihnen aufs tiefste danken für Ihre herzlichen Worte der Begrüssung. Ich darf mit diesem Dank meine Versicherung verbinden, daß mich in den Osten und besonders in das Generalgouvernement nicht nur das Gebot der Pflicht führt, sondern auch vor allem der Drang meines Herzens. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir in den vergangenen Jahren bemüht gewesen sind, die gesamte deutsche Jugend innerlich auf diesen Raum so auszurichten, daß man heute davon sprechen kann, daß der Ostraum wieder zu einem geistigen Besitz der deutschen Jugend geworden ist. Ich bin glücklich, erleben zu können, daß die Jugendarbeit im Generalgouvernement durch Sie

persönlich die aktivste Förderung erfährt; ich weiß aus meiner vergangenen Arbeit unter Ihnen, wie sehr Ihnen die Fragen der Jugend, ihre Erziehung am Herzen liegen. Für mich bedeutet der heutige Tag insofern einen Feiertag, da ich erlebe, daß das Jugendschutzgesetz, das damals in der Akademie für Deutsches Recht ausgearbeitet worden ist, auch im Generalgouvernement Gesetz geworden ist. Ich bin auch besonders froh darüber, weil das Jugendschutzgesetz im Generalgouvernement in einigen Bestimmungen noch weitergeht als im Reich. Wir freuen uns alle darüber, daß durch das Jugendschutzgesetz des Generalgouvernements nicht nur der 3-wöchige Urlaub reichsgesetzlich geregelt ist, sondern daß darüber hinaus der werktätigen Jugend für die Teilnahme an Wehrertüchtigungslagern nochmals 3 Wochen zur Verfügung stehen. Es kann somit behauptet werden, daß dieses Gesetz zur Zeit das modernste Jugendschutzgesetz in der Welt ist. Nicht zuletzt erblicken wir in ihm den Ausdruck der Kraft und der Stärke des Reiches im vierten Kriegsjahr. Alle, die sich mit den sozialen Fragen in anderen Ländern beschäftigt haben, wissen, daß auf dem Gebiete sozialistischer Leistung für die deutsche Jugend nirgendwo Gleichwertiges getan wurde. Mit meinem Dank für die Verkündung des Jugendschutzgesetzes darf ich auch meinen Dank für die Gesamtförderung der Arbeit der HJ. an Sie, Herr Generalgouverneur, verbinden. Ich weiß, daß Ihr Bekenntnis zur Jugend niemals nur Worte waren, daß dieses Bekenntnis seinen Ausdruck in der Tat und in Ihrem Handeln gefunden hat.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dann in Anerkennung der Verdienste um die Jugendarbeit im Generalgouvernement der B.d.M.-Führerin Fischer und Hauptbannführer Förschle sein Bild.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu den Tuchhallen in Krakau.

13.8.1943

11[00] Eröffnung der Ausstellung "Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" in den Tuchhallen.

Nach einer von einem Streichquartett zu Gehör gebrachten musikalischen Einleitung begrüßt Präsident Ohlenbusch den Herrn Generalgouverneur und die erschienenen Ehrengäste von Staat, Partei und Wehrmacht. Er gibt dann einen kurzen Überblick über Entstehung und Wesen der Ausstellung.

Darauf gibt Hauptabschnittsleiter Stahl im Auftrage des Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Generalgouverneurs Dr. Frank die Anordnung über die Stiftung des Kulturpreises des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. bekannt.

Generalgouverneur Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Dr. Frank ergreift sodann das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Es ist ein besonders schöner Augenblick, der uns im Rahmen der diesjährigen Parteiveranstaltungen hier vereint. Nicht nur, daß westmärkische Kunst, also Künstler aus der Rheinpfalz, dem Saarland und aus Elsaß-Lothringen - diese drei bekanntlich heute parteiorganisatorisch unter dem Begriff "Westmark" zusammengefaßt - hier erscheinen und ihre Bilder zeigen, es liegt auch über der ganzen heutigen Veranstaltung die Schlußfuge eines weitgespannten weltgeschichtlichen und auch kunstgeschichtlichen Wogens.

Daß es gerade dieser Raum des Generalgouvernements insbesondere in seinen Distrikten Galizien, Krakau und Lublin ist, der westmärkischen Bauern und Bürgern vor annähernd zweihundert Jahren eine Heimat gab, ist für uns Deutsche an sich schon ein starker Halt in diesem Land. Man stelle sich einmal die damalige weltgeschichtliche und europageschichtliche Situation vor:

ein Deutsches Reich von irgendwie nennenswerter internationaler, staatlicher und machtpolitischer Potenz existierte damals nicht. Die deutschen Menschen kamen aus den Räumen ihrer eigenen Fürstentümer, Herzogtümer, Kurfürstentümer; sie waren dem Rufe ausländischer Fürsten und Herrscher gefolgt, ein Land mit Arbeit und Zukunftskraft zu erfüllen. Und so zogen sie denn aus dem blühenden Land zwischen Rhein, Saar und Mosel in diesen Ostraum und erfüllten ihn mit dem Samenkorn deutscher Leistung und deutscher Kraft. Sie brachen nicht unter dem Empfinden zusammen, daß hinter ihnen die Heimat staats- oder gar wehrpolitisch ihnen keinen Schutz gewähren konnte, sondern sie breiteten innerhalb eines fremden Volkstums unter dem Ringen mit fremden staatlichen Organisationen ihre Leistungswucht aus.

Ein selten schöner Augenblick ist es, daß nun die künstlerischen Söhne des gleichen deutschen Volksstammes der Rheinfranken, die sich dort in diesem Wetterwinkel Europas nördlich des Elsaß fanden, hier herein kamen, um an der Stätte ihrer Vorfahren die Gebiete künstlerisch zu erfassen, die von diesen mit Einsatz ihres Blutes und ihrer Kraft geformt worden waren.

Schon ein erster Blick über das, was heute die Wände schmückt, zeigt, wie sich die farbige, lachende, sonnige Strahlkraft des deutschen Rheins in dieses Land breitet, wie hier lichtvoll dargestellt wird, was in dieser Landschaft und in ihrem Dienste nach Licht drängt.

Ich bin glücklich, daß dieses Bogengespannte heute gelöst ist und daß nunmehr Blut zu Blut geformt, in einem und demselben Machtbereich ein mittlerweile staatlich aufgestiegenes Großdeutsches Reich seinenn Platz finden kann. Wieviele Grenzen und Zollstationen

13.8.1943

mußten nicht jene armen pfälzischen Bauern durchziehen, unter wievielen Räuberanfällen litten sie nicht! Heute ist es wieder der gleiche Sturm, den diese Bauern zu bestehen haben, wenn die Banditen durch den galizischen Wald ziehen. Immer wieder ist es der gleiche Kampf um die Scholle, der aber auch mit derselben Wucht ausgetragen wird.

Wenn so dieser zeitliche Bogen gespannt ist, der uns hier im Osten mit der Westmark verbindet, so ist damit auch die Zukunftsaufgabe des Deutschtums in diesem Raum erneut vor Augen gestellt. Es ist eine der schönsten Aufgaben, die sich hier die Bewegung in allen ihren Bereichen, die sich die Regierung des Landes und der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gestellt haben, in diesem Raum die Wurzeln deutscher Art wieder aufzurichten und dem Deutschtum zurückzugewinnen. Leider ist ja gerade infolge des Schwachwerdens unseres Reiches in vergangenen Jahrhunderten diese pfälzische Siedlung, die da und dort isoliert aufgebaut war, von der fremden Volksflut erst umspült und dann in den giftigen Bereich einer allmählichen Vernichtung einbezogen worden. Gewissermassen im letzten Augenblick gelang es Adolf Hitler, dieses Volksdeutschtum westmärkischer Herkunft im Generalgouvernement durch Einrichtung unseres Staates zu retten.

So führt der Blick in die Vergangenheit im stolzen Gefühl der Sicherheit, er gewährt aber auch die Gewißheit einer nunmehr unzerstörbaren Zukunft des deutschen Lebens und der deutschen Siedlung in diesem Raum.

Dieses Land verlangt die Farbigkeit. Es ist kein Zufall, daß in der Geschichte der ästhetischen Grundgesetze dem deutschen Charakter das Lineare mehr zuerkannt ist, während dem Slawen mehr das Farbige und Malerische eignet. Vielleicht ist dieser Charakterunterschied auch ein Ausdruck der geschichtlichen

13.8.1943

Entwicklung: bei uns die klare Aufstiegslinie, die nunmehr in der Kulmination des Großdeutschen Reiches ihren starken Ausdruck findet, in der slawischen Welt das immer von Farbpunkt zu Farbpunkt wellenartig hin und her Wogende. Daher ist es selten eindrucksvoll, daß sich diese Farbigkeit unserer rheinischen Landschaft innerhalb des linearen, etwa niedersächsischen Grundcharakters mit dieser Landschaft und diesem Volkstum im Raume kunstgesetzlich durchaus paaren läßt.

Ich glaube, daß es gerade unsere westmärkischen Künstler damit auch verdienen, daß wir Deutschen im Generalgouvernement sie mit besonderem Vorzug betreuen und daß dieser Charaktervorgang von uns auch plastisch unterstützt werden soll.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, ist bis jetzt die farbig lebensvollste und entspricht meines Erachtens der Buntheit unseres Raumes durchaus. Für uns Deutsche in diesem Raum liegt daher in der Verbindung mit der Westmark eine weitere Wurzelschlagung der Gewißheit unserer Arbeit.

Indem ich die Künstler aus der Westmark begrüße und ihnen für ihren Einsatz danke, indem ich allen Dienststellen des Staates, der Wehrmacht und der Partei wie des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums meinen Dank dafür sage, daß sie diese Ausstellung ermöglicht haben, wird mir gleichzeitig die große Freude zuteil, die Namen der ersten Preisträger+) des Kulturpreises der NSDAP., Arbeitsbereich Generalgouvernement, bekanntzugeben.

Generalgouverneur Dr. Frank verkündet hierauf die Preisträger und schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

+) s.Krakauer Zeitung v.14.August 1943

13.8.1943

Mögen die Preisträger das Gefühl mit nach Hause nehmen, daß sich das Generalgouvernement und die Deutschen des Generalgouvernements ihnen als den Gebenden verbunden fühlen. Ich eröffne die Ausstellung mit dem Wunsche, daß die Deutschen des Generalgouvernements an ihr innigen Anteil nehmen.

(Lebhafter Beifall)

Mit der Führerehrung findet der feierliche Akt seinen Abschluß.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt dann die ausgestellten Werke.

12.00 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12.25 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

14.00 Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

14.50 Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Reichsjugendführers zum Hause der Jugend in der Präsidiumstraße zwecks Einweihung und Übergabe des Hauses an den Reichsjugendführer.

Nach Vortrag eines Musikstückes ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Reichsjugendführer! Ich habe die große Freude, Ihnen, Pg. Axmann, das Haus der deutschen Jugend in Krakau im Namen der Deutschen des Generalgouvernements, im Namen der Regierung des Generalgouvernements und im Namen aller Parteistellen zu übergeben. Es freut uns ganz besonders, daß Sie persönlich aus Anlaß der Übergabe des Hauses hier anwesend sind.

13.8.1943

Das Haus der Jugend in Krakau hat eine hohe und edle Zweckbestimmung, soll es doch eine vorbildliche Heimstätte deutschen Jugendlebens an der führenden Stelle des Generalgouvernements sein. Es soll in der Hauptstadt des Generalgouvernements allen Repräsentanten des großen nationalsozialistischen Hitlerjugendwerkes und auch den Angehörigen der großen Organisationen hier eine Stätte für Zusammenkünfte sein. Es ist eine Perle in schöner Lage, mit den Mitteln des Krieges einfach und zweckmäßig erstellt, kein Luxusbau, sondern ein aus den Notwendigkeiten und Erfahrungen der bisherigen Entwicklung des Jugendlebens im Generalgouvernement als kriegswichtig anerkanntes Bauwerk.

Ich bitte Sie, Reichsjugendführer, das Haus in Ihre Obhut zu übernehmen und und es als ein Zeichen anzusehen, daß es der Hitlerjugend in dankbarer Anerkennung ihres großen Wirkens in diesem Raum und für die großen Verdienste gewährt wird, die sich alle jugendlichen Deutschen in diesem Raum um den Aufbau dieses Nebenlandes und der Bewegung erworben haben.

Sie wissen, Reichsjugendführer, daß im Generalgouvernement viele tausend Kinder unseres Volkes weilen, die aus den luftgefährdeten Gebieten unseres Vaterlandes stammen, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Erklärung abgeben, daß alle mir unterstehenden Dienststellen des Generalgouvernements, des Staates und der Partei ihre hohe Ehre dareinsetzen, diesen Kindern, diesen Jungen und Mädeln unseres Volkes eine Heimstätte fürsorglicher Umhegtheit zu gewähren, um damit auch unsere Dankbarkeit der Heimat gegenüber zu beweisen und ein Stück Heimataufbau im Osten durch Einseelung der Jugend in diesem Raum vollziehen zu können.

Ich habe auch die große Freude, Ihnen folgende Ankündigung machen zu können: die Regierung des

Generalgouvernements hat sich entschlossen, eine eigene HJ.-Stadt - so kann man fast sagen - in Rabka zu errichten. Alle Dienststellen, insbesondere auch das Technische Zentralamt in der Regierung des Generalgouvernements haben sich zusammengetan, um diesen Bau, der eminent kriegswichtig ist und in seiner Totalität weit über 8 ooo Jugendlichen nicht nur eine Heimstätte, sondern auch eine Schulungs- und Gesundungsstätte sein soll, zu errichten. Die materiellen und finanziellen Mittel für den Bau stehen zur Verfügung, und am Montag nächster Woche wird die Arbeit begonnen werden. Damit wird im Generalgouvernement die erste HJ.-Stadt ausschließlich aus der Tradition der HJ. heraus, aus der Not dieser Zeit mit leuchtender Siegesgewißheit der unsterblichen Zukunft unseres Volkes errichtet.

Seien Sie, Reichsjugendführer, nochmals aus vollem Herzen bedankt und überzeugt, daß die Deutschen dieses Raumes getreu ihrer nationalsozialistischen Verpflichtung dem Führer, dem Reich, der Bewegung und unserem Volk gegenüber alles tun werden, um auch Ihnen in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Führungsaufgabe der deutschen Jugend mit allen Mitteln zu helfen.

Reichsjugendführer Axmann übernimmt mit Worten des Dankes das Haus der Jugend und gelobt im Namen der Hitlerjugend des Generalgouvernements weitere getreueste Pflichterfüllung.

Anschließend wird das Haus der Jugend besichtigt.

13.8.1943

16^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} Aufführung des Schauspiels "John Gabriel Borckmann" von Henrik Ibsen unter Mitwirkung von Staatsschauspieler Paul Wegener und seinem Ensemble.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg und Empfang des Paul Wegener-Ensemble.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 14.August 1943

10⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptdienstleiter Sündermann und Pressechef Gassner.

10³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Brigadeführer Cerff, Präsident Ohlenbusch und Pg. Kobusch.

11⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung der vorgenannten Persönlichkeiten zur Parteiführertagung ins Haus Urania.

Nach der Rede des Pg. Sündermann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossen! Ich danke zunächst in unser aller Namen den Parteigenossen Cerff, Studentkowsky und Sündermann für ihre Ausführungen, die sie auf dieser Parteiführertagung als Vertreter des Reiches gemacht haben.

Dieser Parteitag der NSDAP. des Generalgouvernements ist für uns, meine Parteigenossen, eine stolze Bewährungsprobe. Vor einigen Wochen war die Situation so, daß man sich fragen konnte, ob im Rahmen des jetzt so unmittelbar auf den Nerven brennenden Geschehens des Krieges und der Politik Platz für eine Parteitagung ist. Man konnte sich sagen: wozu sollen denn die Fahnen schwingen und Marschmusik in den Straßen ertönen, wenn jeder heute das Empfinden in sich trägt, daß Deutschland durch einen tiefen Graben des Krieges und der Not zu gehen hat und daß jeder, ob Mann ob Frau angestrengtest tätig ist. Wozu brauchen wir da noch eine Zusammenkunft, um uns über Selbstverständlichkeit zu unterhalten. Diese Frage konnte gestellt werden und wurde gestellt. Dazu kamen noch Transportschwierigkeiten und die Sicherheitssituation des Landes. Wir waren uns aber darüber klar geworden, daß,

wenn etwas besonders kriegswichtig ist, dies das Bekentnis der alten Parteigenossen zu Adolf Hitler und zu seinem Werk ist und daß es nicht dabei angängig ist, Transport- oder Sicherheitsfragen in den Vordergrund zu rücken.

(Langer Beifall)

Wir Nationalsozialisten haben nie gefeiert, wenn wir zusammenkamen, sondern wir haben gearbeitet von früh bis spät auch da, wo wir uns im Feiergewande der Bewegung versammelten.

Es besteht kein Zweifel, daß dieser Parteitag gerade in Krakau, gerade hier im Herzen des Ostens in diesem Augenblick eine ungeheuere Bedeutung für unsere Arbeit besitzt. Die kleinen Knirpse haben ja schon Morgenluft gewittert, die ganz lächerlichen Urwaldraben, diese Knäckebrotfresser und alten Dörrfleischknacker sind schon dagewesen, haben schon wieder gewartet und geblaubt, nun ist Mussolini gestürzt und nach ihm kommt jetzt die NSDAP. daran. Ich aber sage: gerade weil wir jetzt allein in der Welt sind, sind wir so stark wie der ewige Herrgott selbst.

(Langer Beifall)

Man täuscht sich, wenn man diese Bewegung, die ich persönlich seit ihren Uranfängen kenne, seit dem Juni 1919, da ich neben dem Gefreiten Adolf Hitler in der Universität in München saß, für eine Art nur so nach außen zu vorübergehendem Zwecke zusammengeholte Gemeinschaft hält. Wir sind der Ausdruck dafür, daß das deutsche Volk, komme was kommen will, am Leben bleiben wird und wir sind zugleich auch der Ausdruck dafür, daß das Deutsche Reich unsterblich ist.

Aus diesen Überlegungen heraus habe ich unseren Parteitag veranstaltet. Ich möchte Ihnen, den Parteiführern im Generalgouvernement, all' den braven unermüdlichen Amtswaltern und Amtswalterinnen unserer

14.8.1943

Bewegung, der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände aus übervollem Herzen Dank sagen für Ihr unermüdlich tapferes, unter ungeheueren Schwierigkeiten sich immer wieder bewährendes Arbeiten. Was wäre aus diesem Land und was wäre aus der Handvoll Deutscher in diesem Raum, was aus den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten dieses Gebietes geworden, wenn wir nicht Ihre treue Arbeit gehabt und gespürt hätten.

Die Arbeit der Partei wird durch diesen jetzt veranstalteten Tag einen neuen Auftrieb bekommen. Wir haben die Parteiarbeit hier begonnen, gestützt auf die Urprinzipien der Bewegung. Wir waren nicht irgendwie hineingestellt in eine Tradition voll interner Schwierigkeiten. Von Anfang an stellte ich für die Bewegung hier einige fundamentale Grundsätze auf. Der erste Grundsatz war die absolut einheitliche Zusammenballung aller nationalsozialistischer Energien auf ein Ziel, und zwar ideologisch wie auch organisatorisch: ideologisch insofern, als es für uns in diesem Raum keine andere deutsche weltanschauliche Tradition gibt als die nationalsozialistische; denn wir haben im Jahre 1939 in dieses Land gebracht die Weltanschauung des Nationalsozialisten und nicht irgendeine der sich von früher her leider da und dort im Altreich fortschleppenden früheren Anschauungen. Auf organisatorischem Gebiet haben wir erklärt: der einzige Wert, der hier parteigenössisch wichtig ist, ist der, Nationalsozialist zu sein und dann erst Angehöriger einer Gliederung oder eines angeschlossenen Verbandes. Diese Einstellung hat kein Werturteil über die Gliederungen zur Folge gehabt. Jeder weiß, daß, da wir nur eine Handvoll Deutscher in diesem Raume sind und unter dieser Handvoll Deutscher nur eine Gruppe Nationalsozialisten, eine Spaltung unserer Arbeit unvermeidlich gewesen wäre, wenn wir hier die Organisationen der doch schon an sich stabil gewordenen großen Verbände

des Reiches von vornherein hier eingeführt hätten. Es hat sich gezeigt, daß der Begriff Arbeitsbereich der NSDAP. auch von anderen Teilen Europas übernommen wurde; es gibt heute Arbeitsbereiche in Holland, im Osten usw.. Diese Tatsache zeigt wiederum, daß wir auf dem richtigen Wege waren und sind, es zeigt aber auch wiederum, daß wir uns auch weiterhin bemühen müssen, die Führenden zu bleiben.

Die Leistung des Generalgouvernements ist dank auch Eurer Arbeit eine nunmehr restlos anerkannte. Ich will hier nur zwei Zahlen nennen: wir haben im vorigen Jahr 760 000 to Brotgetreide an das Reich abgeliefert und damit allein fast 70 % des Gesamtgetreides gestellt, das aus dem übrigen besetzten Osten ins Reich kam. Wir haben bald eineinhalb Millionen Arbeiter in das Reich abgestellt und wir bezahlen dem Reich 3 Milliarden Zloty Wehrbeitrag. Darüber hinaus vollführen wir in diesem Land unausgesetzt in jeder Form Leistungen für das Reich. Auf all' dies hinweisen zu können, ist auch ein Stolz der NSDAP dieses Raumes.

Es ist ganz klar, daß uns noch besonders schwere Aufgaben bevorstehen. Mit der zunehmenden Schwierigkeit der Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe im Reich in den luftgefährdeten Gebieten werden in den kommenden Monaten wichtigste Industrien in diesen Raum hineingelegt. Mit diesen Werken wird nicht nur eine Strukturwandlung des Gebietes eintreten, sondern es werden viele Tausende von Deutschen, Betriebsführer, Werkmeister, Arbeiter usw. in dieses Land kommen, die von vornherein für die Partei in diesem Raum wichtiger Zuwachs sind. Die Industrieverlagerung ins Generalgouvernement bedeutet aber auch ein immer weiter in den Mittelpunkt des Geschehens Rücken. Wir werden

14.8.1943

zu einem Herzstück, das nach Osten, nach Süden und Westen gleich weit entfernt ist. Die Partei muß angesichts dieser Entwicklung daher mit dem Abschluß dieses Parteitages völlig auf Draht sein und ich bin fest überzeugt, daß es Ihnen, Parteigenossen, auch gelingen wird. Wenn man wie gestern unsere Hitlerjugend und B.d.M.-Mädels gesehen hat, wie sie durch die Straßen zogen und auf die Burg marschierten, kann auch uns auch einmal das Herz im Leibe lachen.

Wir haben wirklich in diesen Jahren etwas aufgebaut. An diesem Aufbau soll sich auch die Heimat erfreuen, und unsere Heimatbewegung soll wissen, daß wir Nationalsozialeisten hier, mag auch dieser oder jener Fehler gemacht haben, im großen gesehen eine historische Leistung vollführt haben.

(Langer Beifall)

Man hört da und dort soviel von Stimmung: sie sei schlecht, es würde an der Partei kritisiert usw. - oder: warum redet der Führer nicht - da kann ich nur sagen: sorgen wir im Generalgouvernement auf jeden Fall dafür, daß von uns aus ins Reich hineinstrahlt der gehärtetste Wille zur Durchsetzung des Siegeswillens Adolf Hitlers und unseres deutschen Volkes.

(Stürmischer Beifall)

Denn wir sind das große Kriegskind, das Generalgouvernement ist des Führers und seiner deutschen Nation ureigenstes Gebilde. Wir sind sein Eigen, mit seinem Willen wurden wir geschaffen. In unserer Geschichte gibt es nur ihn! So können Sie auch verstehen, daß ich sehr stolz bin, daß ich es fertiggebracht habe, die erste deutsche Briefmarke mit der Aufschrift "Großdeutsches Reich - Generalgouvernement" hier erscheinen zu lassen.

14.8.1943

Wir wollen zeigen, daß für uns Stimmungsprobleme nicht existieren. Uns über Stimmung Gedanken zu machen, bleibt uns gar keine Zeit, weil wir viel zu viel für den Führer und unser Volk zu tun haben. Hier kann auch die Stimmung nicht schlecht sein, weil wir lauter kraftvolle Burschen sind. Ich brauche mir nur Eure Dickschädel anzusehen, so kann ich mir denken, wie jeder draußen unter den Polacken herumwirtschaftet. Das ist auch notwendig und ich habe nichts dagegen. Miesmacher kann ich nicht gebrauchen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn einer fragt: warum spricht denn der Führer nicht, so sage ich: der Führer spricht nicht mit Worten, sondern er spricht mit den Geschützen an der Ostfront, er spricht nicht, indem er wie wir die Zunge in Bewegung setzt, sondern er spricht mit deutschen Divisionen. Den Führer wollen wir so hochstellen, daß er nicht nach unseren Maßen gemessen wird; denn vor ihm und seiner Größe ist das Größte, was wir tun, Zwergwerk. Nach uns wird niemand mehr fragen, während sein Name durch die Jahrtausende leuchtet. Daher soll man sich hüten, seinen Namen so billig in die eigenen Betrachtungen einzubeziehen. Wenn wir hier in Krakau stehen, dann doch nur deshalb, weil es einen Adolf Hitler gibt.

Unser Werk, meine Parteigenossen, ist, Ihr wißt es, ungeheuer kriegswichtig. Darum Kopf hoch, Herz hoch, den Marschtritt klar und Härte gezeigt in allem, wo es nottut! Im übrigen aber mit der ganzen schöpferischen Geistelgelöstheit und seelischen Glaubensdurchdrungenheit weitermarschiert!

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

14.8.1943

12^{05} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Distriktsstandortführer Globocnik.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

15^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg 14 S.A.-Führer der S.A. im Generalgouvernement.

In einer kurzen Ansprache spricht er den S.A.-Führern für die geleistete Aufbauarbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus und weist auf die große Bedeutung der S.A.-Arbeit im Generalgouvernement hin.

16^{00} Weihe von 25 S.A.-Fahnen im Burghof.

Nach Abschreiten der angetretenen Formationen ergreift S.A.-Obergruppenführer Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Weiherede:

Kameraden der S.A.! Im Rahmen des Tages der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Arbeitsbereich Generalgouvernement seid Ihr hier zu einer feierlichen Stunde auf die alte Burg zu Krakau gekommen. In diesem schönen alten Hof werden nun die alten Kampfsymbole unserer nationalsozialistischen Bewegung geweiht werden. Unser oberster S.A.-Führer Adolf Hitler hat seine Weihe in diese Symbole miteingebaut, denn sein Geist, sein Arbeiten, sein Werk, sein Opfergang für Deutschland hat seit dem Jahre 1919 das stürmische Symbol seelisch-geistiger Haltung geformt, das in die Geschichte des Deutschtums als SA.-Geist eingehen wird.

14.8.1943

Tausende und Abertausende deutscher Männer haben der Kampfparole des Führers folgend nunmehr seit 24 Jahren über alle Schwierigkeiten und gegenüber allen Feindseligkeiten dieses flammende Symbol der S.A.-Standarten und S.A.-Fahnen gehalten, getragen und mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigt. Seid Euch dessen bewußt, Ihr S.A.-Männer des Generalgouvernements, daß Ihr hier die stolze Tradition echten nationalsozialistischen Kämpfertums übernehmt. Diese Fahne ist nicht nur ein Stück Tuch, sondern ein Stück des lebendigen deutschen Herzens. Es flattern in ihm nicht nur der Wind und der Stumr, es ist in ihm auch der Herzschlag unserer Nation. Es strahlt an ihm nicht nur die Farbe, sondern vor allem der durch nichts zu besiegende Glaube.

Adolf Hitler, seine Bewegung, sein nationalsozialistisches Großdeutsches Reich und seine großdeutsche Wehrmacht werden den Sieg über den Juden davon - tragen.

Wenn in diesem Augenblick im Osten die Bolschewiken gegen unsere Wehrmacht anrennen, so ist das derselbe Feind, den unsere S.A. im engsten Verein mit den anderen Gliederungen der NSDAP. der S.A., der SS, dem NSKK und dem NSFK jahrzehntelang siegreich bekämpft hat.

Ihr, meine S.A.-Männer, seid von mir in Verpflichtung genommen im Namen des Führers und seiner Bewegung; von Euch erwarte ich, daß Ihr genau so wie die S.A. im alten Kampf des Reiches hier im Generalgouvernement die Vorkämpfer unerbittlichster nationalsozialistischer Grundhaltung seid. Die S.A. ist die Sturmhand des kämpfenden Deutschtums des Generalgouvernements. Ihr müßt überall an der Spitze sein, wo es um den Kampf und die Durchsetzung unserer Reichs- und Bewegungsparolen geht. Eure Haltung insgesamt wie die jedes Einzelnen von Euch muß die einer absoluten Bewährung sein. Auf Euch rechne ich in schwerer Stunde,

14.8.1943

auf Euch schaue ich, wenn ich der S.A. gedenkend mich mit den Sorgen dieses Raumes beschäftige, als einem beruhigenden Faktor, der notfalls mit äußerster Autoritätsgewährleistung den Befehlen des Führers, des Reiches, der Regierung und der Partei zur Durchsetzung verhilft.

Es ist nicht die Stunde, weich zu werden, launisch zu sein oder egoistisch. Wir sind hier für eine große Gemeinschaftsaufgabe im Osten zusammen verschworen. Der Führer hat uns in diesen Raum gestellt, auf daß wir so wie dereinst im Kampf des Reiches diesen Raum dem Deutschtum für alle Zukunft sicherstellen.

S.A.-Männer, S.A.-Kameraden! Eine tiefe Bewegung ergreift mich und uns alle, wenn wir derer gedenken, die unter dem Symbol dieser S.A.-Fahne für den Führer gefallen sind und wenn wir der Tausenden gedenken, die als S.A.-Männer in der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches Dienst tun, wenn wir all' derer uns nacheifernd erinnern, die das, was wir sooft geschworen haben, mit der Tat besiegelt haben. Lieber sterben als nachgeben! Wenn der Sturm aufsteigt und die Sorgen am Horizont erscheinen, dann steht die S.A. in der vordersten Linie der Führerverbundenheit.

Und so will ich die Weihe Eurer Fahnen vornehmen. Der Geist Horst Wessels, der Geist der Vorkämpfer des Führers, die aus der Ewigkeit auf uns herabblicken, möge in diese Fahnen überströmen und diese Eure Symbole mögen dem Lande, den Deutschen und allen anderen Bewohnern zeigen, daß unsterblich wie Horst Wessel die S.A. ist.

Ich danke Euch für Euren Einsatz und erwarte, daß die S.A. des Generalgouvernements stärker und stärker wird, daß sie wachsen möge, daß sie sich aufgerichtet zeigt, allen Stimmungen entgegentritt und

daß sie somit das wird, wozu ich Euch berufen habe: die Sturmgarde des kämpfenden Deutschtums des Generalgouvernements.

Der Gruß an den Führer und die Lieder der Nation beenden die Feier.

IV/9 16[50] Empfang reichsdeutscher Schriftleiter. Anwesend sind u.a. stellvertretender Reichspressechef Sündermann und Pressechef Gassner sowie Hauptschriftleiter Stöppler und mehrere Schriftleiter der Krakauer Zeitung.

Im Anschluß an den Empfang wird im Kasino der Burg der Tee gereicht. - Der Herr Generalgouverneur ergreift während des Tees das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er den auswärtigen Schriftleitern einen kurzen Überblick über den Werdegang und die Verhältnisse des Generalgouvernements gibt, auch auf die Schwierigkeiten hinweist, mit denen die Regierung des Generalgouvernements in den vergangenen Jahren zu kämpfen hatte.

19[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

14.8.1943

2o^{oo} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor dem Hause Urania. - Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der vor dem Hause aufgestellten Ehrenformationen der S.A. und der Politischen Leiter ab und begibt sich sodann in das Haus. Dort wird er von Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt.

Die

Generalmitgliederversammlung
des Arbeitsbereiches General-
gouvernement der N.S.D.A.P.

wird durch den Einmarsch der Standarte und der Fahnen eingeleitet. Das Musikkorps der Luftwaffe bringt darauf die Rienzi-Ouvertüre von Richard Wagner zu Gehör.

Hauptabschnittsleiter Stahl eröffnet dann die Generalmitgliederversammlung und erinnert daran, daß vor drei Jahren Generalgouverneur Dr. Frank im Auftrage des Führers die Parteiorganisation im Generalgouvernement gegründet habe. Aus allen Standorten und Städten des Generalgouvernements seien die Vertreter der Parteigenossenschaft heute an dieser Stätte erschienen, und ihnen solle jetzt die Parole für das kommende Jahr gegeben werden. In den vergangenen drei Jahren habe jeder Parteigenosse sein bestes getan, und ohne den Einfluß der Partei sei nichts im Generalgouvernement geschehen. Man könne wohl mit Fug und Recht sagen, daß die Partei aus dem Generalgouvernement nicht mehr weg zu denken sei.

14.8.1943

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank ergreift nunmehr das Wort. Er führt aus:

Deutsche Männer und Frauen! Als wir das letzte Mal im August 1942 unsere Mitgliederversammlung abhielten, waren wir inmitten großer kriegerischer Ereignisse. Heute liegt ein Jahr des schwersten Kampfes, ein einzigartiger sorgendurchtobter Ausschnitt aus dem Weltkriegsgeschehen hinter uns. Es leuchten die Namen von schweren unvergleichlichen Kampfestaten unserer Wehrmacht in diesem Jahre auf. Von Stalingrad bis Tunis erstreckte sich die furchtbare Linie entsetzensvollster kriegerischer Auseinandersetzungen mit Feinden im Weltformat. Aber in diesen umsorgten Monaten, Wochen, Tagen und Stunden formte sich auch jenes einzigartig ernste und entschlossen-geschlossene Gesicht, das die deutsche Nation heute trägt.

Die Fahnen flattern im Sturmwind der Zeit; sie flattern froh und siegesgewiß und zukunftssicher. Aber sie deuten auf den Sturm, der über unser Volk in einer grandiosen Erfülltheit gekommen ist, mit Schrecken, Herzeleid, mit Sorgen, Hunger und Tränen. Es ist eine Zeit, in der das Tiefste unseres deutschen Wesens aufgerüttelt wird.

Dieweilen wir uns hier in dem alten deutschen Krakau zur Feier der Bewegung versammeln, toben ringsum die kampfdurchtosten Fronten. Männer leben und sterben in die Nacht, und die Feinde kommen, aus Tausenden von Rohren kommt der Tod über die Leiber unserer Soldaten. In die Wogen des Atlantik wühlen sich die Unterseeboote hinein. In einem entsetzlich schweren Kampf in der Luft tobt die Vernichtung. Stätten deutscher Gesittung, Art und Größe werden uns in terroristischen Angriffen verbrecherischer Luftgangster zerdonnert, Städte, in denen sich die deutsche

14.8.1943

Kultur feierlich zusammenpflegte, um die Blüte unseres Geistes höherzustellen als die Niederung derer, die sie heute zerstören können.

Seien wir uns daher zu Beginn dieser heutigen Stunde des Todernstes der Zeit bewußt! Wir sind nicht zusammengekommen, um uns in müden Parolen aufzurichten. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die stolze Künderin der großen Mission unseres Volkes, ist heute die Lehrerin für das große Geschehen dieser Zeit. Fürwahr, seit unserer letzten Mitgliederversammlung im Jahre 1942 ist dieses ernste Antlitz aus der Mitte unserer Nation emporgestiegen und schaut uns prüfend und wägend an. Nur ganz großen einmaligen Volksschicksalen ist das bestimmt, was auch uns als Volk nunmehr gekommen ist.

Für uns Nationalsozialisten dieses Raumes ist es daher auch klar, daß alle unsere Arbeit, all' unser Mühen, Sinnen und Planen auf diesen nunmehr total gewordenen Krieg eingestellt zu sein hat. Die Zeit billiger Worte wird über uns nicht kommen; sie war nie da. Wir sind nicht in diesem Raum, um vergänglichen Gewinnen nachzustreben oder um uns hier sicher zu fühlen; wir sind hier genau so in Gefahr und bedroht wie ganz Deutschland. Daher heißt es, die Herzen zusammennehmen und die Sterne prägen.

Der totale Krieg formt das Schicksal in einem Maße, wie das noch nie in der Geschichte eines Volkes der Fall war. Wir haben ein Gesicht, das jedem von uns in das Herz strahlt, das uns ernst wägt und uns immer wieder mit dem mahnenden Blick eines Jahrtausend anschaut, das Antlitz unseres Führers. Seine ernsten tiefen Augen leuchten über ein Jahrtausend hinweg.

14.8.1943

Wenn ich diese ernsten Worte an den Anfang des heutigen Abends stellte, dann tue ich es, weil wir dem Schicksal, das uns bestimmt ist, auch gewachsen sein werden.

(Beifall)

Wir haben nichts zu vertuschen. Bei allem Ernst und aller Sorge ist aber auch schon dafür gearbeitet worden, daß wir die Sorgen bestehen werden. Was in diesen letzten Wochen und Monaten die Soldaten der deutschen Ostfront, die Soldaten Siziliens geleistet haben, ist das größte Ruhmesblatt deutschen Soldatentums

(Lebhafter Beifall)

500 Divisionen asiatischer, bolschewistischer Mordbanditen branden unausgesetzt, mit allen Waffen versehen, an die Front unserer Soldaten heran, und diese Front steht. Das ist der Dank der Front an Dich, Heimat, das Du stark geblieben bist. Diese Front ist die Front unseres Volkes, sie ist die Front des nationalsozialistischen Reiches, sie ist aber auch die Front aller anständigen Menschen der Welt gegenüber Juda und der Weltplutokratie.

(Lebhafter Beifall)

Und wir werden an dieser Front nicht müde werden, niemals wird diese Front versagen.

Was die wenigen deutschen Soldaten auf Sizilien geleistet haben, grenzt an das Übermenschliche. Wie hat man sich's in England und Amerika vorgestellt, daß man glaubte, hier so einen kleinen Sprung auf eine kleine Insel machen zu können, und was haben diese Männer geleistet, die dort die deutschen Soldatenehre vertreten!

14.8.1943

Und dann: was leistet die Heimat! Noch vor einem Jahr konnten wir nicht ahnen, welche Schrecken, welche gigantischen Übermaße an menschlichem Leid unserem Volk bestimmt sein sollen. Denken Sie an die Tausende und Hunderttausende blühender deutscher Menschen, Männer, Frauen und Kinder, die sozusagen in einem Augenblick hilfslos unter einem Bombenhagel und Feuerregen ihr Alles zerstört sehen: sich, ihr Leben, alles, was sie sich in Jahrzehnten mühevollen Werkes aufgebaut und fleißig erspart hatten, was sie sich sammelten, mühevoll, in treuer Tradtion zu ihrer Familie, - alles dahin. Heimatlos sind sie auf die Straße gestellt, mit Brandnarben, ohne Kleider, und ringsum Berge von Schutt und Zerstörung, die Flammen, der Feuertod flüssigen Asphalts und Phosphors! Dieses deutsche Menschentum verläßt die Ruinen, hat den Trotz im Angesicht und sagt: wenn uns die Verbrecher auch das Letzte nehmen, Deutschland wird leben.

(Stürmischer Beifall)

Und dann ziehen sie los, und dann ist Deutschland eine einzige Hilfsorganisation. Unsere Partei hat ihre Organisation in den Dienst dieser verfolgten unschuldigen Opfer des jüdischen Hasses gegen unsere Kultur gestellt. Es kann kein Zweifel sein, daß aus dieser Woge von Haß und Terror und Mord ein Gebet aufsteigt: England, Du wirst es büßen, Du wirst es zahlen!

(Lebhafter Beifall)

Und dann kommt die Nachricht, daß sich in Italien der Wechsel eines Regimes vollzogen hat, daß die faschistische Partei plötzlich aufgelöst wird. Und wiederum glaubt der Jude in der Welt, triumphieren zu können. Der Faschismus in Italien ist nicht tot.

14.8.1943

Im übrigen ändert das nichts daran, daß Adolf Hitler und seine Bewegung den Kampf gegen Judas siegreicher denn je fortsetzen werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen in diesem Ringen entschlossener denn je; ganz gleichgültig, wie einer jemals zu unserer Bewegung stand, - wir wissen: wer gegen Adolf Hitler ist, der müßte notwendigerweise für den Juden sein, wer gegen unsere Bewegung ist, der müßte für die Niederlage Deutschlands sein, wer gegen unsere Fahnen ist, der müßte auf die Fahne Moskaus schwören. Etwas anderes gibt es nicht; denn für uns ist es die höchste Ehre, daß Adolf Hitler von den Todfeinden unseres Volkes auch tödlich gehaßt wird.

Volksgenossinnen und Volksgenossen! Die Bewegung dieses Raumes ist sich dieser Faktoren bewußt. Ich habe Ihnen zu Beginn dieses Abends diese Probleme deshalb ganz offen gesagt, weil sie erklärlicherweise jeden Deutschen heute beschäftigen. Nach vier Jahren schwersten Krieges denkt jeder über den Krieg nach. Aber ich weiß, daß die Deutschen dieses Raumes nur den Ehrgeiz kennen, innerhalb der Opfer- und Kampfgemeinschaft unseres Volkes mit an der Spitze zu marschieren. Ihr, meine Deutschen des Generalgouvernements, seid der Front im Osten nahe und wißt, welche Opfer sie bringt. Ihr wißt, wie sie kämpft, sich müht, wie unsere Soldaten sterben und ihre Wunden heimbringen. Wir sind daher in dieser Bewegung auch versammelt zum Kriegsdienst; denn die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat von Anfang an keine andere Aufgabe gehabt, als diesen Raum und diese Menschen in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen.

14.8.1943

Wir können auf ein Jahr Arbeit unter allen diesen Erschwernissen zurückblicken. Ich möchte allen Parteigenossinnen und Parteigenossen dafür danken, daß sie im abgelaufenen Jahr die Parteiarbeit wieder mit so unsagbarem Fleiß und Eifer vorwärtsgetrieben haben. Was wir heute hier an Fahnen und Kampfzeichen unserer Bewegung sehen, ist wiederum Ausdruck für die wachsende Kraft der Bewegung dieses Raumes. Wir sind in vollem Marsch, und niemand wird diesem Marsch Einhalt gebieten. Wir fürchten uns vor dem Fremdvölkischen dieses Raumes nicht nur nicht, sondern wir wissen, daß, wenn irgendwie gegen die deutsche Aufbauarbeit dieses Raumes Widerstand geleistet werden sollte, nicht die Deutschen, sondern die Polen das Land verließen und daß jeder Terror gegen uns nicht deutsche, sondern das polnische Leben hier enden lassen würde. Ich bin daher nach wie vor entschlossen, den Weg der Deutschwerdung dieses Raumes mit aller Energie vorwärts zu treiben.

(Beifall)

Die Parteigenossinnen und Parteigenossen müssen im Rahmen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben und Arbeitsnotwendigkeiten dieses Gebietes an dieser Aufgabe besonders interessiert sein.

Gestern machte mir die Jugend unserer Bewegung auf der Burg zu Krakau die schöne eindrucksvolle Freude ihrer Fahnenweihe. Als wir diese Tausende von deutschen Knaben und Mädchen aus unserem Generalgouvernement mit ihren leuchtenden Augen und ihren glühenden deutschen Gemütern vor uns sahen, da war uns allen so recht klar geworden, daß nunmehr nach so vielen Jahren eines entsetzlichen Ringens mit den Dingen und Menschen dieses Land anfängt, den deutschen Menschen eine Heimat

14.8.1943

zu werden, eine Heimat, die sich in ihrer Schönheit und ihrer Arbeitsentwicklung zeigt, die emporsteigt und mit ihren Leistungen für das großdeutsche Vaterland in jeder Form vorbildlich ist.

Die Partei steht hier an erster führender Stelle und es war daher nicht mehr als Dankesschuld, die ich als Generalgouverneur der Partei abstatte, daß ich den Festtag der Partei bestimmt habe zur Herausgabe der ersten symbolischen Postmarke im gesamten Großdeutschen Reich, auf der zum erstenmal statt: "Deutsches Reich" steht: "Großdeutsches Reich - Generalgouvernement".

(Beifall)

Dieses Symbol bedeutet eine Parole, und die Parole heißt: wir sind uns immer mehr dieses großen einmaligen Reiches bewußt, zu dessen Gedeih' und Nutz' wir allein in unserem Land zu arbeiten haben. Dieses Großdeutsche Reich ist das persönliche Werk eines Mannes: Adolf Hitlers -, und wir können nicht oft und eindringlich genug sagen, daß mit dieses Mannes Werk "Großdeutschland" für uns die Verpflichtung verbunden ist, dieses Reich zu halten und ihm immer mehr zu dienen. Das "Generalgouvernement hat mit der ersten Marke "Großdeutsches Reich" dem Deutschen Reich selbst eine Linie der Entwicklung gegeben. Hoffen wir, daß wir bald im Deutschen Reich auch die Marke haben "Großdeutsches Reich". Wir sind entschlossen, immer die "Großdeutschesten" zu sein, die es gibt. Wir kennen hier nicht den Unterschied der Stämme. Ob Bayern, Sachsen, Friesen oder Rheinländer, Ostpreußen, Franken, Pfälzer, Württemberger, Thüringer, Schlesier, Brandenburger, Schleswig-Holsteiner, - was immer die deutsche Heimat an ihren besten Männern und Frauen hierher schickt, wir schmelzen sie zu einer einheitlichen

14.8.1943

großdeutschen Schicksalsgemeinschaft zusammen. Welche Aufgabe für die Bewegung! Was sie im letzten Jahr auf dem Gebiet der Zusammenfügung der deutschen Menschen getan hat, ist zwar kriegsbedingt, aber in jeder Weise doch Erfolg verheißend.

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank erstattet darauf einen Leistungsbericht. Er erwähnt dabei insbesondere die zahlreichen Versammlungen, Feiern, Filmveranstaltungen, Musikaufführungen, gedenkt vor allem der vorbildlichen Truppenbetreuung, in deren Rahmen unzählige Bücher, Illustrierte Zeitungen, Rundfunkapparate usw. verteilt wurden. Besondere Anerkennung zollt er dem Fraueneinsatz, der hauptsächlich der Verwundetenbetreuung gegolten habe, und hebt die Leistungen der Parteiorganisation auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialpolitik wie im Rahmen des Berufserziehungswerkes hervor. Er fährt dann fort:

Die von mir gegebenen Zahlen beleuchten eine wirklich große und unbestrittene Leistung, und auch hierfür möchte ich allen Amtswaltern und Amtswalterinnen des Arbeitsbereiches meinen herzlichen Dank sagen.

Wir Nationalsozialisten haben jetzt die Aufgabe, das zu halten, was mit dem Schlagwort "Innere Front" bezeichnet wird. Diese deutsche Front ist im Inneren wie im Äuseren, mit Waffen wie mit Menschen der Heimat, ein großes Ganzes geworden. In Hamburg wie an der Front fallen die Menschen für Deutschlands Größe.

Auch wir im Generalgouvernement haben eine Reihe von traurigen Ereignissen erlebt, die wertvollste deutsche Männer und Frauen aus unserer Mitte gerissen haben. Es sind viele Hunderte Deutscher der Verwaltung, des Staates, der Polizei und der Partei unter

14.8.1943

den Mordanschlägen eines feindseligen organisierten Untermenschentums für ihr Volk und Vaterland gefallen. Diese deutschen Menschen sind genau so wie die Soldaten, die in vorderster Front stehen, zu nennen. Es ist kein Zweifel, daß einmal unter den großen Opfern der heutigen Zeit auch diesen Opfern unserer inneren Front ein würdiges Gedenken zuteil werden wird.

In den kommenden Monaten werden uns die Fragen der Menschenführung beschäftigen. Es darf in keiner Weise sein - und wir müssen uns auf das schärfste dagegen wenden,- daß, während die Soldaten an der Front bluten, in der Heimat am Krieg unlauter verdient werden kann. Wenn dieses ekelhafte Zeug von miserablen Volksgemeinschaftsdeserteuren selbst in dieser Notzeit nur an den persönlichen Vorteil und Profit denkt und darin sein Lebensziel sieht, so müssen wir dafür sorgen, daß dieser Ungeist, der im Weltkrieg 1914 bis 1918 zu den ekelhaften Erscheinungen des Kriegsgewinnlers geführt hat, jetzt nicht irgendwie wieder ersteht.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben hier im Lande überall unsere scharfen Augen. Ich möchte immer wieder betonen, daß ich auch in Zukunft jedes Urteil auf diesem Gebiet vollstrecken lassen werde. Wir werden dafür sorgen, daß der Soldat, daß der kämpfende und arbeitende deutsche Mensch in der Heimat davor geschützt ist: wenn er alles opfert, darf nicht ein anderer an seinem Opfer schmutzige Verdienste einheimsen können. Das ist eine der Aufgaben der Bewegung. Sie muß lauter vor dem Volke stehen, sie hat die Gewissensrichtung zu geben, sie hat das große seelische Steuer in der Hand, mit dem sie den strauchelnden Helden und den deutschen Menschen der inneren Front immer wieder zur Würde der geschichtlichen Aufgabe lenkt.

14.8.1943

Es ist auch ein überflüssiges Beginnen, wenn man versuchen wollte, sich in dieses Land hereinzudrängen, um sich vor Pflichten zu drücken, die man in der Heimat nicht zu erfüllen gedenkt. Ich spreche es hier ganz offen aus: wenn meine Kommissionen in den nächsten Wochen jemanden feststellen, der unangemeldet und sogar unter Übergehung der Ernährungsbehörden dieses Raumes versucht, hier sich vor Pflichterfüllungen im Reiche zu drücken, so werde ich ihn als Deserteur unverzüglich der geeigneten Strafe entgegenführen.

(Beifall)

Es soll niemand glauben, daß er uns auf die Dauer entwischt. Wenn dies der einzige Dienst ist, den wir in der Heimat der kämpfenden Front leisten können, dann ist er doch entscheidend. Wenn man glaubt, hier im Generalgouvernement irgendwie anders leben zu sollen, als das die Heimat vorschreibt, so habe ich dafür kein Verständnis. Wir kennen die Notwendigkeiten dieses Raumes. In zunehmendem Maße wird von mir nun eine völlige Gleichschaltung der Lebensbedingungen in diesem Raum mit denen der Heimat stattfinden. Es ist unmöglich, daß in den kommenden Notmonaten des Kampfes in diesem Raum anders gelebt wird als in der Heimat. Ich würde sehr bitten, daß Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, die allerdings wenigen beklagenswerten Ausnahmen rücksichtslos zur Tilgung bringen. Ich betone das deshalb, weil ich weiß, daß das weitüberragende Gros der deutschen Bevölkerung dieses Raumes in jeder Weise pflichtbewußt und opferbereit seinen Dienst für Deutschland erfüllt. Haltung und Glauben, Führung und Kampf gehören zusammen.

14.8.1943

Wir haben in dieser Aufgabe der Menschenführung in der Partei bisher alles getan, was denkbar ist.

Die zweite Aufgabe ist die der Menschenbetreuung, der Betreuung der Deutschen, die nun vielleicht aus bombengeschädigten Gebieten aus dem Reich zu uns kommen. Sie liebevoll aufzunehmen, sie wieder mutig aufzurichten, zum Leben und auch zur Arbeit zu führen, ist eine der schönsten Aufgaben, die die Bewegung in diesem Raume hat. Wenn ich an die Tausenden und Abertausenden von deutschen Kindern denke, die wir aus den bombengeschädigten Gebieten des Reiches bei uns aufgenommen haben, wenn ich sie mir immer wieder vor Augen führe, wie sie lächeln und glücklich in diesem Raum eine neue Heimat bekommen haben, so kann die Partei stolz auf diese Gemeinschaftsaufgabe hinweisen.

Die dritte Aufgabe ist die Betreuung der deutschen Kultur in diesem Raum. Ich glaube, wir können alle mit dem deutschen Kulturleben im Generalgouvernement außerordentlich zufrieden sein. Was sich hier in Musik und Theater, in Veranstaltungen künstlerischer Art auf allen Gebieten entwickelt hat, führte zu einer weiteren Verstärkung der Heimatbeziehungen des Deutschen zu unserem Raum. Die deutsche Kultur hat sich hier in den früheren Jahrhunderten eine gewaltige und eindrucksvolle Heimstätte geschaffen. Der Name "Veit Stoß" leuchtet auf und ist uns Mahnung und stolzer Zeuge dafür, daß nicht das Wirtschaftliche einem Volk den Weg ins Freie und in die Größe gibt, sondern die Bewährung der größten künstlerischen und schöpferischen Genialität. Ihm in allen Formen nachzuspüren und nachzueifern, ist unsere Aufgabe. Der Kulturpreis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der gestern zum erstenmal verliehen wurde, soll Zeuge dafür sein, welche Bedeutung unsere Bewegung diesem Gebiet beimißt. Es ist auch ein grosses Glück für uns, daß wir dank dem persönlichen Ent-

gegenkommen des Führers unser Staatstheaterorchester behalten können und daß wiederum dank dem Entgegenkommen des Führers die weitere Entwicklung unseres Kulturlebens allenfalls durch Hereinnahme größerer deutscher Filme aus dem Reich eine ungeheure Steigerung erfahren wird.

Eine weitere Aufgabe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die Fortführung jener sozialistischen Maßnahmen, die wir für die deutschen Werktätigen in unserem Bereich durchzuführen haben. Ihe habe gestern dem Reichsjugendführer das Schutzgesetz für die deutsche Jugend im Generalgouvernement übergeben. Diese Verordnung ist vorbildlich und bringt der deutschen schaffenden Jugend des Generalgouvernements eine Lebenssicherung, wie sie zur Zeit in diesem Ausmaß noch nirgendwo besteht. Diese Gabe des Staates Generalgouvernement an die Partei ist auch ein Beweis dafür, wie sehr sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung des volksdeutschen Schicksals in diesem Raum angenommen hat. Dieser Sozialismus der Tat wird sich aber noch weiterhin in der Fürsorge, der Regelung des Wohungswesens, des Ernährungsproblems, der Marktversorgung usw. in jeder Weise zeigen. Ich habe auch den neuen Stadthauptmann von Krakau besonders darauf aufmerksam gemacht, welche gesundheitlichen Schäden einzutreten drohen, wenn die Qualitätsverbesserung des Kraakauer Brotes noch länger auf sich warten läßt.

(Beifall)

Wir haben dafür zu sorgen, daß alle diese Nöte des Einzellebens mehr und mehr verschwinden. Aber, Parteigenossen und Parteigenossinnen, denken Sie auch immer daran, mit welch' unsagbaren Schwierigkeiten die

<u>14.8.1943</u>

deutsche Arbeit in diesem Raum, in dem wir zu 99 % auf die Arbeit fremden Volkstums angewiesen sind, zu kämpfen hat. Das ist keine einfache Sache, und jeder, der in diesem Raum an einer führenden Stelle steht, jeder, der hier eine Verantwortung zu tragen hat, weiß, was es heißt, polnischen Schlendrian nach und nach wieder ins Reine zu bringen.

In diese sozialistische Aufgabe gehört weiter der unerbittliche Kampf, den die Partei um die <u>Sicherung aller Lebenswerte</u> des <u>deutschen Volkstums</u> führt. Auch die Bereitwilligkeit unserer nationalsozialistischen Gliederungen, die als S.A.,S.S. oder Polizeidienst für die Sicherheit dieses Landes eintreten, gehört hierher. Der Deutsche soll bis weithin an die Grenze unseres Raumes mehr denn je erkennen, daß hier niemand ungestraft gefährdet werden kann. Dies ist umso schwieriger, als es die allgemeinen Anforderungen an die Sicherheitsexekutive des Reiches unter Umständen fast unmöglich machen, diesen Sicherheitsfaktor immer sogleich im Augenblick restlos einzusetzen. Ich werde glücklich sein an dem Tag, an dem ich weiß, daß in gemeinsamer Arbeit aller Sicherheitsfaktoren, unter treuer Mitwirkung der Wehrmacht und der Polizei die Sicherheit dieses Raumes und die Sicherheit der deutschen Menschen hier wieder restlos hergestellt ist. Schwere Opfer haben uns diese Männer hier gebracht, und es ist gut, wenn wir auch darüber ganz offen sprechen. Wenn draußen im Lande ein einsamer deutscher Mensch unter Tausenden von Polen arbeitet, so verdient er eine besondere Anerkennnung. Es ist nicht an dem, daß die Städte nicht gesichert wären; aber schier unmöglich ist es, zu jedem Förster, zu jedem Kreishauptmann, in jede Dienststelle auf dem Lande, auf jedes Gut, auf dem ein deutscher Mensch

arbeitet, in jede Mühle und jede Fabrik eine solchen Sicherheitsschutz zu legen, daß ein Angriff auf Leben und Gut aussichtslos wäre. Jedoch werden sich die Sicherheitsfaktoren in zunehmendem Maße auch auf das Land verteilen und in jeden Winkel des Raumes kommen, in dem die Sicherheit notorisch immer wieder gestört wird. Sie wird durch die Polizei in dislozierten und aufgeteilten Einzelstationen gewährt werden. Die Polizei übernimmt im engsten Einvernehmen mit der Wehrmacht diese Aufgabe, und wir werden dann künftig nicht mehr zu polizeilichen Großeinsätzen zu greifen brauchen, weil die Polizei in kleinen Abteilungen überall im Lande dauernd sichtbar und aktiv vorhanden sein wird.

(Beifall)

Diese Aufteilung der Polizei wird die Lösung des Sicherheitsproblems bringen. Daß gerade unsere deutsche Polizei in diesem Kampf sich so unendlich bewährt hat, zeigt die Zahl vieler hunderter Gefallener, zeigen die Opfer, die sie und mit ihr die Gendarmerie in diesem Kampf für die Sicherheit unseres Raumes gebracht haben.

Weiter wird es Aufgabe der Bewegung sein, mit dem deutschen Leben aus Glauben, Menschenführung und Betreuung, aus Treue, aus Bekenntnis zur deutschen Kultur und aus deutscher Tatkraft dieses Gebiet immer mehr zu des Führers ureigenstem Land zu machen.

Der Krieg hemmt nun alle diese Pläne, wo er irgend kann. Was wir trotzdem in diesen vier Jahren aufgebaut haben, hat sich im Dienste Deutschlands bewährt. Mit einer Zahl von vielen Hunderttausenden von Tonnen Brotgetreide hat das Generalgouvernement dem Reich seinen Dank abgestattet. Sie wissen, daß daraus große Schwierigkeiten für die Ernährung entstanden sind.

14.8.1943

Ich habe nun zum 1. September dieses Jahres eine allgemeine Regelung der Lebensmittelzuteilung auch für die Fremdvölkischen im Interesse der Arbeitskraft dieser Werktätigen für Deutschland, im Interesse auch der Beseitigung des völlig korrupten Schwarzhandels, der allüberall in diesem Land getrieben wurde, eingeführt. Es ist unmöglich, daß sich solche Zustände dauernd aufrecht erhalten lassen. Wenn aber ab 1. September die Ernährung der fremdvölkischen Bevölkerung auch restlos sichergestellt sein wird, dann werde ich mit allen Mitteln den illegalen Schleich und Schwarzhandel dieses Landes ausrotten. Ich werde es auch verstehen, unsere Polizei so einzusetzen, daß mir dabei keiner durch allzu weite Maschen entschlüpfen kann.

Nehmen Sie noch eine Parole mit! Es ist ein Wort und heißt: Stärke! Was ich jetzt von den Deutschen dieses Raumes verlangen muß, was ich von allen Männern und Frauen dieses Raumes geradezu als äusserste grundgesetzliche Haltung in allen Dingen des Lebens verlange, ist Stärke. Ich brauche jetzt, um den Aufgaben gewachsen zu sein, die vor uns liegen, Eure Stärke. Ich kann sie nicht hier im Land haben, die Weichen, die Duckmäuser, die feinen Redner, die käuflich süßlichen Defätisten, die Witzbolde und die Kritikaster! Ich kann sie hier nicht brauchen, und wenn ich sie erwische, wehe ihnen! Ich brauche Euch starke Männer und starkbewußte Frauen. Wir stehen nicht im Jahre 1943 deshalb, um nun weich zu werden. Denn nicht dieses Jahr wäre verloren, nicht wir, unsere Generation, sondern ein Jahrtausend wäre verloren, wenn Ihr jetzt schwach würdet. Denkt daran!

14.8.1943

Ich brauche Eure Stärke. Wenn Ihr schwach werdet, dann geht in die Lazarette und schaut Euch unsere Verwundeten an, wie die mit ihren Schmerzen im Streckverband daliegen, blaß und bleich, das Grauen der Front in ihren Herzen, aber das Leuchten des Siegeswillens in ihren Augen! Werdet nicht mürbe unter den Terrorangriffen, unter den Gerüchten, unter dem Geschwätz, ist es doch immer wieder dieselbe schmutzige Flut, mit der der Feind von rückwärts unsere Front zerbrechen will. Ich brauche Eure Stärke, und deswegen wird die Arbeit der Bewegung in diesem Jahr gefördert und gehämmert. Man wird uns hören, denn die Partei wird marschieren. Nicht die Partei trägt das Kainszeichen im Gesicht, und der Führer hat sein Volk noch nie verlassen. Er leuchtet über uns, in dieser Zeit ist niemand groß genug, sich auch nur mit ihm zu messen.

Ich brauche Eure Stärke. Ihr müßt jetzt in den kommenden Monaten und Wochen aus dem Generalgouvernement einen glühenden Block der Geschlossenheit schmieden. Ihr deutschen Männer und Frauen - ich bitte jeden einzelnen von Euch, schaue jedem ins Auge, greife jedem ans Herz - von Euch muß das Gebet aufflammen: Deutschland muß siegen, Deutschland muß leben!

Und wenn Ihr schwach werdet, geht an die Gräber der Gefallenen und neigt Euch! Wenn Ihr schwach seid, dann habt den Mut, den Gräbern Euch zu zeigen! Wenn Ihr schwach werdet, dann denkt daran, daß der Todfeind Deutschlands sich freut über Eure Schwäche, weil er die Hoffnung hat, wieder einen gewonnen zu haben, der Deutschland verraten könnte.

Ich brauche Eure Stärke, der Führer braucht unser aller Stärke. Und wenn er schweigt und nicht spricht, dann weiß er, warum er schweigt; denn für ihn sprechen

die Waffen der deutschen Soldaten an den Fronten. Laßt Euch nicht aus dieser starken Schicksalsverbundenheit reißen und von ihr trennen. Ein Jahrtausend der Zukunft liegt vor uns, Generationen deutscher Menschen warten auf den Raum, den wir ihnen geben. Die Front kämpft, auf daß diese Zukunft komme. Die Toten mahnen uns, die noch nicht Geborenen erheben uns, und der ewige Herrgott soll wissen, daß unsere Herzen ein einziges flammendes Gebet sind: Herr! Laß Adolf Hitler siegen!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Hauptabschnittsleiter Stahl dankt Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank für seine Worte und gibt bekannt, daß vom Führer folgendes Telegramm eingegangen ist:

An Herrn Generalgouverneur Dr. Hans Frank, Krakau.

Ich danke Ihnen für das mir namens der Deutschen im Generalgouvernement anläßlich des Tages der NSDAP in Krakau ausgesprochene Gelöbnis treuer Gefolgschaft. Ich bin überzeugt, daß mit den übrigen Volksgenossen auch die Deutschen im Generalgouvernement in dem Kampf um die Erringung und Sicherung der europäischen Freiheit ihre ganze Kraft einsetzen werden; denn der Endsieg wird so oder so unser sein.

Adolf Hitler

(Stürmischer Beifall)

14.8.1943

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Generalmitgliederversammlung ihren Abschluß.

21[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Parteihaus und Teilnahme am Kameradschaftsabend der Blutordens- und Ehrenzeichenträger der Partei.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonntag, den 15.August 1943

11[00] Großkundgebung der NSDAP. Arbeitsbereich Generalgouvernement auf dem Adolf-Hitler-Platz.

Nach dem Einmarsch der Standarte Horst Wessel und der Fahnen spricht der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement V.i.A. Hauptabschnittsleiter Stahl:

lo ooo Deutsche sind auf dem Adolf-Hitler-Platz in Krakau zu einer Schluß- und Großkundgebung zusammengekommen, um ein Bekenntnis zum Führer und zum Großdeutschen Reich abzulegen. In Arbeitstagungen, Feierstunden und Appellen hat die Führerschaft der Partei des Generalgouvernements sich von Ihnen, Herr Generalgouverneur, für das kommende Kampfjahr die Parole geben lassen. Jetzt stehen hier als Sinnbild des gesamten Deutschtums im Generalgouvernement die Gliederungen der Partei und das gesamte Krakauer deutsche Volk, um von Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Siegparole zu empfangen, die uns gestern der Führer durch ein Telegramm übersandt hat. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, zu der versammelten deutschen Bürgerschaft Krakaus zu sprechen.

Dann spricht der Herr Generalgouverneur:

Es ist dies die erste öffentliche Kundgebung des deutschen Krakaus seit Bestehen des Generalgouvernements. In diesem festlichen Augenblick bekennt sich das Deutschtum dieses durch den heldenmütigen Einsatz der großdeutschen Wehrmacht im Jahre 1939 dem Deutschen Reich angefügten Raumes mit besonderer Dankbarkeit und treuer glühender Hingabe zum Führer. In Adolf Hitler sehen wir den Wiedererwecker des deutschen Lebens dieses Weichselraumes, das - vor vielen Jahrhunderten durch großartige Pionierleistungen unserer Vorfahren begründet, in der Kampfepoche schwerer

15.8.1943

Volkstumskrise zurückgedrängt - durch Adolf Hitler nunmehr endgültig von diesem Raume wieder Besitz ergriffen hat. Niemals werden über diese Stadt, über den Raum des Generalgouvernements die deutschen Fahnen niedergeholt werden. Dieses Land bleibt deutsch in alle Ewigkeit.

Die Zeiten großartiger Kulturleistungen schauen auf uns herab. Dieser alte Platz der alten deutschen Stadt Krakau ist umragt und durchzogen wie der ganze Weichselraum von den unzerstörbaren Zeugen aus Kunst und Kultur. Sie blicken auf uns mahnend und festigend herab. Sie sind für uns die Zeugen, daß deutsche Menschen allüberall, wo sie ihr Werk einer sauberen geistig-seelischen Ausgerichtetheit beginnen, große unvergängliche Werke zu schaffen vermögen. Heute ist dieser Platz glücklich, daß, wie es seine Baumeister vor vielen Jahrhunderten in ihren kühnsten Träumen kaum zu denken gewagt hatten, die Vertreter des ganzen großen deutschen Volkes auf ihm versammelt sind. Es ist das stolze Bild des deutschen Volkes in Waffen, unserer Soldaten des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS, unserer S.A.-Kameraden, unserer Beamten, der Deutschen aller Dienststellen des Staates, unserer Parteigenossen und der deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die wir hier stehen. Wir alle sind hier auf diesem Platz, um zu bekennen, daß wir mit Adolf Hitler dem Endsieg unseres Volkes über Juda und alle Vernichter unseres Reiches gläubig entgegentreten wollen. Wir werden durch keine Drohung, durch keine Not und durch keine Sorge jemals weich werden. Das Geschlecht, das Adolf Hitler geformt hat, ist unbesiegbar, weil es stark, gläubig und treu ist.

15.8.1943

Dieser Kampf ist uns vom ewigen Herrgott geschickt, um die größten Eigenschaften des deutschen Charakters sich bewähren zu lassen. Dieser Kampf kostet Opfer: die Deutschen im Generalgouvernement haben schon Hunderte verloren in diesem Volkstumsringen; sie sind alle in der gleichen Ehrenhalle des Pantheon unseres Volkes ewige Zeugen der Unvergänglichkeit unserer Nation, der Größe unserer soldatischen und volksgenössischen Entschlossenheit. Wir gedenken in treuer Ergriffenheit und Dankbarkeit aller Toten dieses großen Ringens unseres Volkes.-

Der Tag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat den Kampfgeist der Deutschen dieses Raumes aufs neue gezeigt. Wie das Reich und wie die Wehrmacht, so ist auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unzerstörbar. Entschlossenheit flammt in unseren Herzen, und wir können nur den ewigen Herrgott bitten: Herrgott! belohne das Opfer,unseres Volkes und gib uns endlich Freiheit, Größe und Sieg und bewahre uns den Führer!

(Langanhaltender Beifall)

Parteigenosse Stahl:

Führer, Dein Befehl lautet: So oder so, wir werden den Endsieg an unsere Fahnen heften. Führer, wir grüßen Dich! Sieg-Heil! Sieg-Heil! Sieg-Heil!

13^{00} Der Herr Generalgouverneur nimmt mit dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement General der Infanterie Haenike und General der Flieger Sommé den Vorbeimarsch von Ehrenformationen aus Heer, Luftwaffe, Waffen-SS und der Gliederungen der Partei ab.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

15.8.1943

17.30 Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

18.15 Besprechung mit Gouverneur Dr. Losacker.

18.45 Empfang der Sieger und Siegerinnen des diesjährigen Leistungswettkampfes der HJ. im Generalgouvernement in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler sowie Führern und Führerinnen der HJ. des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur spricht zu den Jungen und Mädels folgende Worte:

Euch, deutsche Jugend dieses Raumes,danke ich von ganzem Herzen für diese schönen und so zukunftsweisenden Erfolge. Es ist eine große Tat, die Ihr vollführt habt, wie Ihr mitten in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes Euren idealen Glauben desSports so deutlich zum Ausdruck gebracht habt. Die Leistungen, die mir berichtet wurden, sind hervorragend, und ich glaube, daß damit die Jugend des Generalgouvernements in eine sehr schöne Position der gesamtsportlichen Wertung der deutschen Jugend eingetreten ist. Ihr habt damit dem Deutschtum in diesem Raum einen großen Dienst erwiesen, denn in diesen sportlichen Leistungen steckt eine der Kräfte, mit denen das Deutschtum hier die Zukunft sichern wird.

Ihr könnt Euren Kopf hochhalten, alle Eure Kameraden auch, die mit ihren Leistungen nicht an die erste Stelle kamen, aber sich ebenfalls eingesetzt haben. Ihr habt dem Führer und seinem Reich einen großen Dienst erwiesen; dafür danke ich Euch ganz besonders. Ihnen, Parteigenosse Förschle, allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen spreche ich meine Anerkennung für das Verhalten der Jugend in diesen Tagen des Parteitages aus. Vom ersten Tag bis zum jetzigen

15.8.1943

Abschluß war der Geist der Jugend mitbestimmend und in allen Veranstaltungen gab sie uns die Gewißheit, daß das Werk, das wir hier begründen, unzerstörbar ist.

Ich habe diese Stunde mit Absicht in den festlichsten Saal, den es im Generalgouvernement gibt, gelegt. Ihr sollt das Erlebnis in die Heimat mitnehmen, dasswir in diesem Raum im Namen des Führers und des großdeutschen Volkes weilen, und daß jeder von Euch berufen ist, sich in diesem Raume die höchsten Ziele zu setzen. Denn wir sind ein Staat und ein Volk, in dem nicht die Abstammung, Geld oder Vermögen das Entscheidende sind, sondern die Leistungen. Jeder von Euch kann zu den höchsten Positionen unserer Gemeinschaft aufsteigen. Vor Euch liegt das große Reich, das vom Führer mit seinen Soldaten erkämpft wird; Euch wird man einmal die Fahne des Reiches übergeben, und Ihr müßt sie mit gleicher Entschiedenheit weitertragen. Denkt in Eurem Wirken und in Eurem Arbeiten immer daran, daß diese Burg ein Symbol für die Größe der Ziele ist, die sich Adolf Hitler gestellt hat und die er uns übergeben hat. In Eurem jungen Bewußtsein soll die Erinnerung an diese Stunde leuchten und Euch sagen, daß Ihr es durch Eure Leistung schon so weit gebracht habt: auf dieser Burg seid Ihr schon einmal im Namen des Führers empfangen worden. Ihr müßt Euch vornehmen, daß es in Eurem Leben so weitergehen soll, dann wird es richtig werden. Ich wünsche, daß Ihr Eure Arbeit, ganz gleich, welchen Beruf Ihr Euch erwählt, in Pflichterfüllung, mit Opfersinn, Gemeinschaftsgeist und Kameradschaftspflicht erfüllt, die Euch vom Reichsjugendführer, von Euren Jugendführern, von Eurer Schule und aus den allgemeinen Programmpunkten unserer Bewegung gelehrt werden.

15.8.1943

Wir können im Generalgouvernement auf diesen Tag der Partei stolz sein. Er hat dem Deutschtum und der Arbeit des Führers einen großen Auftrieb gegeben. Und Ihr seid daran in erster Linie beteiligt.

Anschließend läßt sich der Herr Generalgouverneur von Hauptbannführer Förschle einzeln die im Türkenzelt versammelten Sieger und Siegerinnen vorstellen.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Mogilska-Theater zwecks Teilnahme an einer aus Anlaß des Parteitages im Generalgouvernement von K.d.F. durchgeführten Sonderveranstaltung für die Verwundeten.

V/9 21^{00} In Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs, der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie zahlreicher Mitglieder der Regierung, ferner von Vertretern aus Staat, Wehrmacht und Partei gelangt im Hofe der Burg zu Krakau die

IX. Symphonie von Ludwig van Beethoven

zur Aufführung. Geleitet wird die Aufführung von Generalmusikdirektor Professor Fritz Luberich.

Mitwirkende sind:

Das Orchester des Oberschlesischen Landestheaters Beuthen

die Vereinigten Chöre des Meisterschen Gesangvereins Kattowitz, des Städtischen Chors Gleiwitz und des Männergesangvereins Kattowitz.

Ferner:

Die Solisten Margot Köchlin (Sopran), Kammersängerin Gertrud Freimuth (Alt), Kammersänger Erich Enderlein (Tenor) und Kammersänger Rudolf Watzke (Baß).

15.8.1943

22^{30} A b e n d e s s e n

(Übernachtung auf der Burg)

907

Krakau

Montag, den 16.August 1943

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude des Wehrkreiskommandos.

11^{00} Aus Anlaß der Übersiedlung des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement nach Krakau findet vor dem neuen Wehrkreisgebäude die Befehlsübernahme durch General der Infanterie Haenike in Form einer Flaggenhissung statt.

14^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Ministerialrat von Streit, Regierungsrat Arnold, Kulturreferent Jänicke, Regierungsbaumeister Stahl und den Referenten Dr. Noglik und Kormann.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen das Haus Hauptstraße Ecke Basteistraße, das ursprünglich als Italienische Gast- und Gesellschaftsstätte gedacht war, der Kulturvereinigung zur Verfügung gestellt und entsprechend ihrer Zweckbestimmung ausgebaut werden soll.

In einer längeren Aussprache werden die Pläne für den Ausbau des Hauses erläutert.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß nach den bisherigen Besprechungen der Übergabe des Hauses an die Kulturvereinigung durch die Stadtverwaltung Krakau keine Schwierigkeiten im Wege ständen, da auch die außenpolitische Frage bereits geklärt sei.

Regierungsbaumeister Stahl gibt einen Überblick über den gegenwärtigen baulichen Zustand des Hauses und erläutert im einzelnen, welche baulichen Veränderungen noch vorgenommen werden müßten.

16.8.1943

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. Das Haus Hauptstraße Ecke Basteistraße wird der Kulturvereinigung zur Verwaltung übergeben.

2. Die Geschäftsstelle der Kulturvereinigung wird unverzüglich, soweit es der bauliche Zustand des Hauses gestattet, in diesem Hause untergebracht.

3. Über die Frage der Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel sind unverzüglich Verhandlungen mit Ministerialrat von Streit aufzunehmen.

4. Präsident Ohlenbusch wird beauftragt, für die Beschaffung der notwendigen Einrichtungsgegenstände und Möbel gegebenenfalls im Wege freiwilliger Spenden Sorge zu tragen.

5. Das am Westring gelegene für Zwecke des Fascio bestimmt gewesenen Gebäudes soll als Gästehaus der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt werden.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 17.August 1943

15.00 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15.05 Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

15.10 Besprechung mit Präsident Senkowsky, Oberregierungsrat von Streit in Anwesenheit der beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple und des Ministerialrats Dr. Weh.

Nach einer kurzen Erörterung der einzelnen Titel des Haushaltsplanes 1943/44 erfolgt die Unterzeichnung durch den Herrn Generalgouverneur. Vorher wird auf seinen Wunsch hin der Zusatz aufgenommen: "Über die Ausgaben auf dem Bausektor ergeht eine besondere Regelung". Dazu erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er sich mit dem jetzigen Zustand auf dem Bausektor nicht zufrieden geben könne und daß zur Zeit Verhandlungen auf diesem Gebiete im Gange seien.

Als Zweites unterzeichnet der Herr Generalgouverneur einen Erlaß, durch den sämtliche Verwaltungen aufgefordert werden, den Haushalt 1944/45 vorzubereiten und zu einem bestimmten Termin Voranschläge einzubringen.

15.50 Bankdirigent Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe zweier Schreiben an den Befehlshaber im Luftgau VIII und den Staatssekretär für das Sicherheitswesen vor, mit denen die Ergreifung von Maßnahmen für einen zweimal im Monat auf dem Luftwege Warschau-Krakau durchzuführenden Geldtransport bzw. eine starke polizeiliche Sicherung der Transporte von der Staatsdruckerei Warschau nach dem Flughafen Warschau erbeten wird.

17.8.1943

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die beiden Schreiben.

16^{00} Besprechung mit Präsident Struve.

16^{05} Präsident Naumann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den derzeitigen Stand der Ernteerfassungsaktion.

16^{15} Besprechung mit Generalmajor Grünwald.

16^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur bittet sämtliche Herren zu einem T e e .

17^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den zur Zeit im Wehrdienst stehenden Oberregierungsrat Dr. Schepers, den früheren Leiter der Abteilung Raumordnung.

Oberregierungsrat Dr. Schepers teilt mit, daß ihm Staatssekretär Muhs in einer Besprechung erklärt habe, daß der Führer dahin entschieden habe, daß die Abteilungen Raumordnung angesichts der Kriegswichtigkeit ihrer Aufgaben wieder als selbständige Behörden in Funktion treten sollten. Staatssekretär Muhs werde auf Grund dieser Führerentscheidung an den Herrn Generalgouverneur mit der Bitte herantreten, seine das selbständige Funktionieren der Abteilung Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements

17.8.1943

aufhebende Verordnung wieder zurückzunehmen und das selbständige Funktionieren einer Abteilung Raumordnung im Staatssekretariat der Regierung dieser Führeräußerung entsprechend wieder in Gang zu setzen. Zum Leiter dieser Abteilung solle wieder Oberregierungsrat Dr. Schepers bestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß auch er damit einverstanden sei, daß Dr. Schepers infolge seiner hervorragenden Bewährung die Position des Leiters der Abteilung Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements wieder erhält.

Dr. Schepers teilt weiter mit, daß Staatssekretär Muhs über diese beiden Punkte in absehbarer Zeit dem Herrn Generalgouverneur schriftlich seine Wünsche und Stellungnahme übermitteln werde.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß, wenn das Schreiben Staatssekretärs Muhs während der Zeit seiner Abwesenheit eintreffe, Staatssekretär Dr.Bühler von dem Inhalt dieses Protokolls mit der Maßgabe verständigt wird, die Abteilung Raumordnung wieder in Tätigkeit zu setzen und Oberregierungsrat Dr.Schepers unter Wiederberufung als Leiter der Abteilung bei der Wehrmacht unverzüglich dafür zu reklamieren.

19 15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21 28 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia ins Reich.

Mittwoch, den 18. August 1943

bis

Dienstag, den 31. August 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.